



Universität Potsdam



Denise Dittrich

Die FDP und die deutsche Außenpolitik

Denise Dittrich
Die FDP und die deutsche Außenpolitik

Denise Dittrich

Die FDP und die deutsche Außenpolitik

Eine Analyse liberaler Außenpolitik
seit der deutschen Wiedervereinigung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2009

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel. +49 (0)331 977 4623, Fax -4625,

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends Thesis**

wird herausgegeben von Prof. Dr. habil. Jochen Franzke,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 7 (2009)

Denise Dittrich: Die FDP und die deutsche Außenpolitik

Satz: Martin Anselm Meyerhoff

Lektorat: Angela Christina Unkrüer

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Koordination: Kai Kleinwächter

Umschlagfotos: Roland Kowalke, © Dieter Kaugk/PIXELIO

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Nutzungsrechte liegen bei WeltTrends e.V.

ISSN 1866-0738

ISBN 978-3-86956-011-3

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/3440/>

URN urn:nbn:de:kobv:517-opus-34400

[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-34400>]

Für meine Familie

Danksagung

Ich möchte mich besonders bei der Erhard-Hübener-Stiftung für die finanzielle Unterstützung dieser Publikation bedanken.

Veröffentliche Deine Abschlussarbeit!

Welt Trends *Thesis*

Du suchst eine Möglichkeit für eine solide akademische Veröffentlichung Deiner Abschlussarbeit. Weder ein billiges Internet-Portal noch ein teurer Verlag sollen es sein. Ein bezahlbares Buch zum Anfassen, für Deine nächste Bewerbung, für Deine Eltern oder für die Nachkommen – das möchtest Du? Immerhin ist es die größte akademische Arbeit, die Du – bis jetzt – abgeschlossen hast. Die Arbeit, die darin steckt, sollte eine ordentliche Publikation schon wert sein!

Wir bieten Dir diese Möglichkeit. Seit über 15 Jahren publiziert **WeltTrends** akademische Texte in verschiedenen Reihen. Seit über einem Jahr produzieren wir die WT-Thesis. Herausgeber ist der erfahrene Hochschullehrer, Prof. Dr. Jochen Franzke. Wenn Du Dir eine der bisherigen Arbeiten anschauen willst, dann geh auf unsere Internet-Seite www.welttrends.de oder auf die Homepage des Universitätsverlages Potsdam (Publikationen).

Schnell, preiswert und akademisch vollwertig!

Unser Angebot: WeltTrends übernimmt Lektorat, Satz und Werbung.

Der Universitätsverlag Potsdam realisiert die Buchpublikation sowie die Online-Veröffentlichung auf dem zertifizierten Publikationsserver der Universität Potsdam und den Nachweis in den relevanten bibliographischen Datenbanken und Bibliothekskatalogen. Du erhältst 10 Autoren-exemplare, weitere Exemplare gibt es zum Sonderpreis.

Deine Kosten: Sie liegen deutlich unter den üblichen Verlagsangeboten. Ein Beispiel: Bei einem Umfang von 100 Seiten und bei einer Auflage von 50 Exemplaren kostet dies 500 Euro. Übrigens: Einen Teil der Kosten kannst Du Dir bei VG Wort zurückholen.

Dein Ansprechpartner: Wenn Du Interesse hast, dann ruf an (0331 – 977 4540), schreib uns (redaktion@welttrends.de) oder wende Dich direkt an den Herausgeber der Reihe, Prof. Dr. J. Franzke (WiSo-Fakultät der Universität Potsdam), und besprich mit ihm die konkreten Konditionen und das weitere Verfahren.

Wir beraten und betreuen Dich bei Deiner ersten Publikation – WeltTrends, der kompetente akademische Dienstleister für Studenten.

WeltTrends • c/o Universität Potsdam • Prof. Dr. Jochen Franzke
Tel. +49/331/977-3414 • E-Mail: j.franzke@welttrends.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	9
Einleitung	11
1. Die deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung: Konstanten und Veränderungen	14
1.1. Die deutsche Außenpolitik	14
1.2. Der Diskurs zur „Neuen“ deutschen Außenpolitik	19
2. Die FDP und die deutsche Außenpolitik	29
2.1. Programmatik, Strukturen und Personen	29
2.2. Das außenpolitische Handeln der FDP bis 1990	36
2.3. Das außenpolitische Handeln der FDP ab 1990	46
3. Die Positionen der FDP zu ausgewählten ausenpolitischen Fragen	62
3.1. Zur EU-Vollmitgliedschaft der Türkei	62
3.2. Zur deutsch-amerikanischen Partnerschaft	68
3.3. Zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	73
4. Von der „Partei der Außenminister“ zu einer international ausgerichteten modernen liberalen Partei – Eine Bilanz	79
5. Anhang	85
5.1. Kontinuität, Prinzipien und neue Herausforderungen für liberale Außenpolitik. Beschluss des Präsidiums der FDP, Berlin, 6. September 2005.	85
5.2. Zehn Leitsätze zum transatlantischen Verhältnis, 55. Ord. Bundesparteitag der FDP, Dresden, 05.-06. Juni 2004.	91
5.3. Antrag der FDP-Bundestagsfraktion zur Glaubwürdigkeit des nuklearen Nichtverbreitungsregimes stärken – US-Nuklearwaffen aus Deutschland abziehen, Berlin, den 12. April 2005.	93

5.4.	Deutsche Außenpolitik im Lichte des Irak-Krieges, Beschluss des FDP-Bundesvorstands vom 7. April 2003.	95
5.5.	EU-Beitritt der Türkei, Beschluss des 54. Ord. Bundesparteitages der FDP, Bremen, 16. – 18. Mai 2003	100
5.6.	Die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990	102
6.	Bibliografie	104
6.1.	Monographien	104
6.2.	Dokumente	107
6.3.	Zeitschriftenartikel	109
6.4.	Webseiten	111



Denise Dittrich, geb. 1980, hat von 2000 bis 2006 an der Universität Potsdam studiert. Nach ihrem Diplom in Politikwissenschaft erwarb sie noch einen Master in Internationale Beziehungen, ein gemeinsamer Studiengang der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Potsdam.

Denise Dittrich arbeitet seit 2008 als Referentin für Politikberatung und internationale Politikanalyse bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei
BFD	Bund Freier Demokaten
Bfa	Bundesfachausschuss
CDU	Christlich Demokratische Union
ČSSR	Tschechoslowakei, heutiges Tschechien
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DP	Deutsche Partei
EG	Europäische Gemeinschaft
ESVP	europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FNSt	Friedrich-Naumann-Stiftung
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GG	Grundgesetzes
ISAF	International Security Assistance Force
JuLis	Junge Liberale
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDPD	Die Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MOE-Staaten	Abkürzung für die mittel- und osteuropäischen Länder im außersowjetischen Teil der Warschauer Vertragsorganisation
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSS	National Security Strategy (Nationale Sicherheitsstrategie)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nation (dt. Vereinte Nationen)
WEU	Westeuropäische Union
WP	Wahlperiode

Einleitung

Die FDP galt über Jahrzehnte als die Partei der Außenminister. Von den 59 Jahren Bundesrepublik Deutschland war die FDP 40 Jahre an der Regierung. Fast 30 Jahre lang hatten FDP-Politiker das Amt des Außenministers inne. Die FDP hat die Westbindung Deutschlands mitgetragen, die Ostpolitik nach 1969 vorangetrieben, die Entspannungspolitik durchgesetzt und die Frage der deutschen Einheit, so Franz Walter, „am stärksten von allen Parteien durchkonzipiert“¹.

Seit der deutschen Wiedervereinigung veränderte sich das Koordinatensystem der deutschen Außenpolitik. Seitdem beobachten wir eine widerspruchsvolle Anpassung an die neuen internationalen Rahmenbedingungen. Dieser Prozess wurde in den letzten Jahren in einer kontroversen Debatte über Kontinuität und Wandel der internationalen Politik Deutschlands reflektiert. In diesem Kontext entstand die nachfolgende Diplomarbeit zur Entwicklung der außenpolitischen Positionen der liberalen Partei im Zeitraum von 1990 bis 2005.

Im ersten Kapitel wird die Debatte Kontinuität und/oder Wandel in der deutschen Außenpolitik nachvollzogen. Dabei werden zuerst Entwicklungsphasen sowie normative und rechtliche Grundlagen bundesdeutscher Außenpolitik benannt. Hierbei orientiere ich mich an den Konzepten von Stephan Bierling, Christian Hacke und Helga Haftendorn. Hinsichtlich des Spannungsverhältnisses zwischen Kontinuität und Wandel greife ich auf das Konzept von Monika Medick-Krakau zurück. Dieser Diskurs soll als Orientierung verstanden werden, um meinen Untersuchungsgegenstand in die übergeordnete Debatte einordnen zu können.

Im zweiten Kapitel behandle ich die außenpolitische Position der FDP im Kontext der bundesdeutschen Außenpolitik. Vorgestellt werden die außenpolitisch relevanten Strukturen und Personen sowie die wichtigsten programmatischen Beschlüsse. Dem folgt die Darstellung des außenpolitischen Handelns sowohl als Bestandteil der Regierung (1990 bis 1998) als auch als Opposition (1998 bis September 2005).

Im folgenden dritten Kapitel zeige ich an drei ausgewählten Fallbeispielen (EU-Mitgliedschaft der Türkei, das deutsch-amerikanische Verhältnis und Auslandseinsätze der Bundeswehr) die Entwicklungslinien der außenpolitischen Position der FDP im Kontext der deutschen Außenpolitik.

1 Walter, Franz (1998), Avantgarde oder überflüssig? Die FDP, in: Walter, Franz (1998), Die Bonner Parteien auf dem Weg in die Berliner Republik: Politische Kolumnen, Verlag Dr. Kovač, S. 140.

Im abschließenden vierten Kapitel fasse ich meine Erkenntnisse zusammen und kläre die Frage nach Kontinuität und/oder Wandel in der außenpolitischen Programmatik der FDP.

Hinsichtlich der Literatur zu diesem Thema hat sich gezeigt, dass – im Unterschied zu den umfangreichen Publikationen zur deutschen Außenpolitik generell – zur Entwicklung der außenpolitischen Position der FDP sehr wenig veröffentlicht wurde. Die meisten Monographien über die Freien Demokraten bieten einen allgemeinen Überblick über die Partei bis 1989 oder sind eine reine Zusammenstellung von Reden liberaler Außenpolitiker. Zum Bereich Außenpolitik gibt es nur Einzelfallstudien, die sich ausschließlich mit der Entwicklung der deutschlandpolitischen Programmatik der FDP beschäftigen.² Bereits 1993 bemängelte Theo Schiller, dass von den deutschen Traditionsparteien die FDP, die in „sozialwissenschaftlicher Hinsicht [...] am wenigsten erforschte“³ sei. „Nicht einmal eine deskriptive Informationsgrundlage“ gebe es für die FDP.⁴ Im Jahre 2005 gab Jürgen Dittberner, Professor für Politikwissenschaft und langjähriges FDP-Mitglied, mit seinem Buch: „Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung“⁵ eine profunde Gesamtdarstellung der FDP. Allerdings beinhaltete auch diese Publikation kein „ausenpolitisches Kapitel“ über die Freien Demokraten.

Methodisch basiert die Arbeit auf der Auswertung von Dokumenten der FDP, Veröffentlichungen von FDP-Politikern in Zeitschriften und im Internet. Eine wichtige Grundlage für diese Arbeit bilden die qualitativen Interviews mit Experten aus Politik⁶ und Wissenschaft, die der FDP angehören bzw. ihr nahestehen. Die Autorin hatte bei der Auswertung die Vertraulichkeit, um die die Interviewpartner gebeten

2 Glatzeder, Sebastian J. (1980), Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeption in Entstehung und Praxis, Baden-Baden; Heitmann, Clemens (1989), FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972, Liberale Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung, Sankt Augustin; Rütten, Theo (1984), Der Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden; Schmidt, Michael (1995), Die FDP und die deutsche Frage: 1949-1990, LIT Verlag.

3 Schiller, Theo (1993), Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung, in: Niedermeyer, Oscar/Stöss, Richard (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen, S. 119.

4 Vgl., ebenda., S. 122.

5 Vgl., Dittberner, Jürgen (2005): Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

6 In erster Linie Abgeordnete der FDP-Fraktion des 15. Deutschen Bundestages mit außenpolitischen Funktionen.

hatten, zu beachten. An dieser Stelle möchte ich allen Gesprächspartnern für ihre Kooperationsbereitschaft danken.⁷ Besonderer Dank gilt Herrn Dr. Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen zwischen 1974 bis 1992.

Christian Hacke bezeichnete die FDP als „die interessanteste außenpolitische Formation“⁸ im deutschen Parteiensystem. Die Autorin nimmt diese nicht von der Hand zu weisende Charakterisierung als Leitmotiv und akademische Herausforderung und hofft, in der vorliegenden Diplomarbeit einen konzeptionell anregenden und empirisch gesättigten Beitrag über die außenpolitische Position der FDP in der Gegenwart zu leisten. Die Arbeit behandelt den Zeitraum bis zur Bundestagswahl im September 2005. Entwicklungen nach der Bundestagswahl wurden nicht mehr erfasst.

- 7 Dr. Ole Diehl, Referent für Außen- und Entwicklungspolitik der FDP-Fraktion im Bundestag; Kay Ehrhardt, Vorsitzender des Arbeitskreis Europa- und Außenpolitik des Landesverband Berlin; Rainer Erkens, Referent für Außen- und Entwicklungspolitik sowie Parteienforschung der Friedrich-Naumann-Stiftung, Liberales Institut; Dr. Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister a.D., FDP; Prof. Dr. Helmut Hubel, Professor des Lehrstuhls für Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Jena; Harald Leibrecht, MdB, FDP; Helmut Schäfer, Staatsminister a.D., FDP; Dr. Rainer Stinner, MdB, FDP.
- 8 Hacke, Christian (2003), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Neuauflage. München, S. 344.

1. Die deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung: Konstanten und Veränderungen

*„Außenpolitik heißt Vorwärtsschreiten,
Außenpolitik heißt, die gegebenen
Möglichkeiten nutzen.“⁹*
(Gustav Stresemann)

1.1. Die deutsche Außenpolitik

Entwicklungen von 1945 bis 1990

Nach Stephan Bierling ist die außenpolitische Geschichte Deutschlands, die „des Aufstiegs vom Paria zum Partner in der Weltpolitik“¹⁰ und lässt sich in verschiedene Phasen unterteilen.¹¹ Die erste Phase umfasst die Jahre von 1945 bis 1955, in denen nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern die Alliierte Hohe Kommission die Autorität über die deutsche Außenpolitik innehatte. In der zweiten Phase (1955-1969) erlangte die Bundesrepublik parallel zur Integration in das westliche System (EVG, NATO) im begrenzten Maße ihre Souveränität zurück. In der dritten Phase der „Emanzipierung“, von 1969 bis 1989, lag das außenpolitische Schwergewicht auf der Ost- und Deutschlandpolitik bei gleichzeitiger Vertiefung der Westintegration.

1. Phase

Zwischen 1945 und 1949 fielen die Weichenstellungen für die deutsche Außenpolitik der nächsten vier Jahrzehnte. Mit der Berliner Erklärung vom 05. Juni 1945 übernahmen die Siegermächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Die drei Westzonen wurden 1949 vereint zur Bundesrepublik Deutschland und auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Mit der Verfassung vom 23. Mai 1949 erlangte

9 Zitiert in: Gerhardt, Wolfgang, Was jetzt zu tun ist! Ziele freidemokratischer Außenpolitik, Rede auf dem 53. FDP-Bundesparteitag in Bremen, 18. Mai 2003.

10 Bierling, Stephan (1999), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Normen, Akteure, Entscheidungen, Oldenbourg Verlag, München, S. 307.

11 Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik ist kein Teil dieser Arbeit. Rückblicke auf die Außenpolitik der DDR bietet u.a. der Artikel von Crome, E./Krämer, R. (1993), Die verschwundene Diplomatie, in: WeltTrends-Heft Nr. 1, Neue Weltordnung, S. 128-146.

die Bundesrepublik den Entscheidungsspielraum für nationale Politik zurück. Die außenpolitische Handlungsfähigkeit behielten sich zunächst die Alliierten vor. Für die Bundesrepublik erließen die Westmächte ein Besatzungsstatut, der die Befugnisse zwischen der deutschen Regierung und der alliierten Kontrollbehörde regelte. „Auswärtige Angelegenheiten, einschließlich der von Deutschland oder in seinem Namen abgeschlossenen internationalen Abkommen“ unterlagen den Hochkommissaren. Das zentrale Element souveränen außenpolitischen Handelns, eine eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wurde den beiden deutschen Staaten nur eingeschränkt zugestanden. Mit der kleinen Revision am 06. März 1951 gaben die Alliierten die Kontrolle der deutschen Gesetzgebung auf und garantierten Adenauer erweiterte außenpolitische Kompetenzen.¹² Mit dem Inkrafttreten der Pariser und Bonner Verträge am 05. Mai 1955 erklärten die Alliierten Hohen Kommissare das Besatzungsregime für beendet. Obwohl die Bundesregierung nach den Bestimmungen des Generalvertrages „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ besaß, lagen die Entscheidungen, die Deutschland als Ganzes und Berlin betrafen weiterhin bei den Siegermächten.¹³

2. Phase

In den folgenden Jahren versuchte die Regierung unter Konrad Adenauer, die Handlungsfähigkeit der deutschen Außenpolitik wieder herzustellen und Vertrauen in die deutsche Politik zu schaffen, um mittelfristig die deutsche Einheit und nationale Souveränität zu erreichen. Westintegration hieß die Leitlinie ihrer Außenpolitik. Der erste Schritt der Westbindung war die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO im Jahr 1955. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf der Grundlage der Römischen Verträge vom 25. März 1957 und die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an weiteren europäischen Zusammenschlüssen, u.a. an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie an der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), führten sie ihre Integrationspolitik erfolgreich weiter fort. Innerhalb der Westbindung konzentrierte sich die Bonner Regierung besonders auf die bilateralen Beziehungen mit Frankreich und den USA. Am Anfang waren große Teile der Bevölkerung und der politischen Eliten gegen Adenauers

12 Vgl., Haftendorn, Helga (2001), Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung: 1945-2000, DVA, Stuttgart, S. 30.

13 Vgl. Haftendorn, Helga (2001), a.a.O., S. 56.

Politik der Westbindung. Sie befürchteten, dass die Bundesrepublik als Teil der westlichen Allianz die Beziehung zu Moskau gefährden und damit eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten auf unbestimmte Zeit oder sogar für immer verhindern würde. Kurt Schumacher (SPD) beschimpfte Adenauer sogar als „Kanzler der Alliierten“.

In den 1960er Jahren wurde ein außenpolitischer Wandel eingeleitet. Nach der Berlin-Krise (1958-1961) und der Kuba-Krise (1962) drängten die Vereinigten Staaten von Amerika unter Präsident Kennedy verstärkt auf Entspannung gegenüber dem Ostblock.¹⁴ Die Unionssparteien und Adenauer taten sich schwer, ihre antikommunistische, starre Rechtsposition aufzugeben und einen Beitrag zum weltweiten Entspannungsprozess zu leisten.

3. Phase

Erst die neue sozial-liberale Regierung unter Willy Brandt (1969-1974) machte die entscheidenden außenpolitischen Schritte in der Ostpolitik, trotz teilweise heftiger Kritik seitens der Opposition bzw. aus den eigenen Reihen. Mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages (28.11.1969) und den Ostverträgen mit der UdSSR (Moskauer Vertrag, am 12.08.1970), der VR Polen (Warschauer Vertrag, am 07.12.1970) und der ČSSR (Prager Abkommen, am 11.12.1973) schlug die sozial-liberale Regierung als erste nach dem Zweiten Weltkrieg einen neuen Weg in der westdeutschen Außenpolitik ein. Mit diesen Verträgen sprachen sich sowohl die Sowjetunion und Polen als auch die Bundesrepublik Deutschland für einen Gewaltverzicht aus. Mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze wurde der Status quo der DDR seitens der Bundesrepublik anerkannt. Ein weiterer wichtiger Schritt in der Entspannungspolitik war der Grundlagenvertrag mit der DDR aus dem Jahr 1972. Darin wurde die Aufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen geregelt, mit dem Ziel eines „gutnachbarlichen Miteinanders“¹⁵ beider deutscher Nationen. Die Westbindung der Bundesrepublik stand nicht mehr im Vordergrund der neuen Regierung. Der Wechsel an der Spitze der sozial-liberalen Koalition mit Helmut Schmidt als neuem Bundeskanzler führte zu keiner Veränderung in der außenpolitischen Richtung. Die neue Ostpolitik unter Brandt wurde auf internationaler Ebene weitergeführt und leistete einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung

14 Vgl., Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm (2000), Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Pieper Verlag, München, S. 52.

15 Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm (2000), a.a.O., S. 59.

des Ost-West-Konflikts (KSZE-Prozess). Schmidt befürwortete auf Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses sogar die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik.

Am 01. Oktober 1982 kam es zur politischen „Wende“, d.h. zur Bildung der ersten christlich-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Die liberal geprägte außenpolitische Linie der Bundesrepublik wurde auch in der neuen Regierung fortgesetzt. Die neue Koalition bekräftigte nachdrücklich den NATO-Doppelbeschluss und leitete die Installierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik ein. Die Europapolitik rückte unter Kohl in den Mittelpunkt der bundesdeutschen Außenpolitik. Besonders zu Frankreichs Präsidenten François Mitterand pflegte er ein intensives Verhältnis. Zudem bemühte er sich, das Verhältnis zur amerikanischen Reagan-Regierung nicht zu vernachlässigen und eine Beziehung zu dem neuen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow aufzubauen. In den deutsch-deutschen Beziehungen galt weiterhin das Prinzip des gutnachbarlichen Miteinanders. Im Jahre 1987 reiste erstmals Erich Honecker, der Staatsratsvorsitzende der DDR und Generalsekretär der SED, auf Einladung von Helmut Kohl in die Bundesrepublik. Im Verlauf des Jahres 1989 geriet das DDR-Regime in immer größere Isolation, weil sie den Reformkurs von Gorbatschow nicht mit trug. Parallel dazu kam es zu Massenausreisen aus der DDR. Die Botschaften der BRD in Prag, Budapest, Warschau sowie die Ständige Vertretung in Ostberlin wurden von Flüchtlingen überrannt und mussten geschlossen werden. Am 09. November 1989 fiel die Berliner Mauer und im Oktober 1990 wurde Deutschland wiedervereint.

Wiedervereinigung

Mit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 und der dadurch zurück gewonnenen vollen staatlichen Souveränität kam national sowie international die Debatte über Deutschlands neue Rolle in den internationalen Beziehungen auf. Die (neue) gesamtdeutsche Außenpolitik stand vor neuen Herausforderungen. „Wir leben in einer Gezeitenwende von geschichtlichem Ausmaß. Nichts wird mehr so sein, wie es war – weder bei uns in Deutschland noch irgendwo“¹⁶, so Hans-Dietrich Genscher. Würde ein vereintes Deutschland den Weg der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen, oder zurückkehren zu seiner aggressiven Machtpolitik, wie es viele Nachbarländer befürchteten?

Eine Bestandsaufnahme der deutschen Interessen und der

16 In seiner Rede vom 11. August 1990 in Hannover. Zitiert in: Frölich, Jürgen, Liberalismus in Deutschland seit 1945. Eine Skizze, Archiv des Liberalismus, Gummersbach, S. 45.

außenpolitischen Ziele nach dem Ende des Kalten Krieges hat es bisher noch nicht gegeben. Prinzipiell gibt es viele Aufsätze und Nachschlagewerke über die deutsche Außenpolitik. Allerdings kein Standardwerk, in dem Vertreter aus Politik und Wissenschaft ein abschließendes Fazit bzw. eine gemeinsame Standortbestimmung über Deutschlands Außenpolitik sowie Deutschlands außenpolitischen Interessen ziehen.

Normative und rechtliche Vorgaben

Die normativen und rechtlichen Vorgaben für die deutsche Außenpolitik wurden 1949 im Grundgesetz (GG) festgelegt. Zwar wird dem Bereich Außenpolitik kein eigenes Kapitel gewidmet, dennoch finden sich an verschiedenen Stellen Bestimmungen zur auswärtigen Politik. Sogar in der Präambel des GG gibt es Vorgaben für die deutsche Außenpolitik. Deutschland bekundet darin seinen Willen, „als *gleichberechtigtes Glied* in einem *vereinten Europa* dem *Frieden der Welt* zu dienen“¹⁷. Die europäische Integration ist, neben der Gleichberechtigung unter allen anderen Staaten und der Wahrung des Friedens, ein festgeschriebenes Element.¹⁸

Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik ferner zur internationalen Zusammenarbeit (Art. 24 GG). Im Art. 25 GG wird das Verhältnis zwischen Bundesrecht und Völkerrecht geklärt.¹⁹ Die ausschließliche Gesetzgebung für alle auswärtigen Angelegenheiten besitzt die Bundesregierung (Art. 32 I, Art. 73 I, Art. 24 I GG). Ausgenommen die Bundesländer sind für die Gesetzgebung zuständig; dann können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit Drittstaaten Verträge abschließen (Art. 32 III). Die außenpolitischen Kompetenzen auf Bundesebene sind auf mehrere Organe verteilt. Die Bundesregierung ist dabei der zentrale Akteur. Sie formuliert und implementiert die Sachentscheidungen. Der Regierungschef, der Außenminister sowie der Verteidigungsminister sind die klassischen Akteure der Exekutive in den auswärtigen Beziehungen. Die einzelnen Zuständigkeitsverteilungen sind im GG nicht stringent formuliert; auch gibt es keine festgeschriebene Hierarchie im Bereich der

17 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in: Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland (2000), Bonn, S. 14.

18 Das wichtigste Postulat ist die Wahrung des Friedens, das gleich an vier Stellen des GG erwähnt wird: in der Präambel und in den Art. 1 II, Art. 24 II sowie Art. 26 I. Das Postulat, die nationale und staatliche Einheit zu wahren, wurde mit der Herstellung der deutschen Wiedervereinigung am 03. Oktober 1990 erfüllt und ist seither nicht mehr im Grundgesetz enthalten.

19 Deutschland erkennt darin unmittelbar das Völkerrecht an und unterwirft sich diesem, im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, die von einer Dualität von nationalem Recht und Völkerrecht ausgehen.

Exekutiven. Die außenpolitischen Aktivitäten werden je nach Sachlage entweder im Kanzleramt oder im Auswärtigen Amt zusammengefasst, im Bundeskabinett abgestimmt, in den einzelnen Ressorts konzentriert sowie in den festgelegten Ausschüssen koordiniert.²⁰

„Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik“ (Art. 65 GG). Auch wenn dieser Artikel den Kanzler nicht explizit die Verantwortlichkeit für die Außenpolitik zuweist, so ergänzt die Geschäftsordnung der Bundesregierung (§ 1) diesen Artikel, indem es von Richtlinien der inneren und äußeren Politik spricht. Zudem besitzt der Kanzler die Organisationsgewalt (Art. 64 GG) und ihm untersteht ein eigenständiger außenpolitischer Apparat im Kanzleramt. Der Bundeskanzler nimmt somit eine starke verfassungsrechtliche Stellung ein. Der Außenminister ist implizit nur im Art. 65 GG als einer der Bundesminister benannt.

1.2. Der Diskurs zur „Neuen“ deutschen Außenpolitik

„Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik“ – so beschreibt der Politikwissenschaftler Gunther Hellmann von der Universität Frankfurt/Main die Außenpolitik der rot-grünen Regierung in der außenpolitischen Fachzeitschrift *WeltTrends*.²¹ Hellmanns provokante Rede vom „großmächtigen Deutschland“ und einer „Krise der deutschen Außenpolitik“ im Frühjahr 2004 hat eine Debatte unter Wissenschaftlern und Politikern über Deutschlands Rolle in der Welt angeregt. In dieser Debatte lassen sich drei Grundpositionen unterscheiden: Autoren, die den deutschen außenpolitischen Entscheidungsträgern empfehlen eine „machtbewusstere“ Außenpolitik zu verfolgen, Autoren, die genau hiervon abraten und Autoren, die keinen grundsätzlichen Wandel in der deutschen Außenpolitik feststellten. Die aktuelle politische sowie wissenschaftliche Auseinandersetzung wird besonders von zwei Schlüsselbegriffen geprägt: „Wandel“ und „Kontinuität“. Bei der Diskussion geht es um eine Standort- und Interessenbestimmung sowie über die Zukunft der deutschen Außenpolitik. Es geht auch um die Frage, ob sich die deutsche Außenpolitik im Hinblick auf ihre Ziele und Instrumente dem Verhalten anderer westlicher Demokratien anpasst, sich „normalisiert“?

20 Vgl., Fröhlich, Stefan (2001), „Auf dem Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Schöningh Verlag, Paderborn, S. 14.

21 Hellmann, Gunther (2004B): Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: *WeltTrends*-Heft Nr. 42, Frühjahr 2004, S. 79-88.

Kontinuität und Wandel

Wie lassen sich die Begriffe Kontinuität und Wandel konzeptionalisieren? Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurden verschiedene Theorien des außenpolitischen Wandels entwickelt. Als Grundlage der folgenden Analyse dient das theoretische Konzept von Monika Medick-Krakau. Die Politologin unterscheidet drei idealtypische Abstufungen außenpolitischer Wandlungsprozesse:

1. Der Ansatz der **inkrementalistischen Anpassung** besagt, dass sich die Außenpolitik an die weltpolitischen Veränderungen schrittweise und sektorspezifisch anpasst, ohne den grundlegenden Kurs signifikant zu ändern. Diesen Ansatz unterstützen die Vertreter der realistischen Schule (John Mearsheimer: 1990) bzw. Befürworter der so genannten „Normalisierungstheorie“. Sie fordern, dass das vereinte und souveräne Deutschland sich an seinen eigenen nationalen Interessen orientiert und eine selbstbewusste Machtpolitik betreiben soll. Der neue „deutsche Weg“ sei „selbstverständlich und normal“²², argumentiert Egon Bahr. „Es sei mithin ein Gebot der politischen Klugheit, dass Deutschland sein wieder erlangtes Gewicht in Europa nicht leichtfertig ignoriere, sondern es bewusst und unter Berücksichtigung der neuen Lage einsetze“²³, so Volker Rittberger.

2. Der **systemimmanente Wandel** wird als ein sich beständig fortentwickelnder außenpolitischer Kurs gesehen. Veränderungen bewegen sich innerhalb der gesetzten Grenzen des Kontinuitätskorridors. Die außenpolitischen Grundorientierungen der alten Bundesrepublik, beispielsweise die Westbindung oder die Integration Europas, sind auch für das vereinigte Deutschland verbindlich. Ausgangspunkt für ihre Position ist die Annahme, dass sich Deutschlands Position im internationalen System nicht wesentlich verändert hat. Nach wie vor befindet sich Deutschland in wechselseitigen Abhängigkeiten. Diese außenpolitische Position wird vor allem von den Vertretern der institutionalistischen und konstruktivistischen Schule unterstützt, die der Auffassung sind, dass sich die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung grundsätzlich kaum verändert hat. „Während es bei der Mittelwahl zum Teil beträcht-

22 Risse, Thomas (2004), Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?, in: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte, März 2004, S. 24.

23 Rittberger, Volker, Zwischen Macht und Normpolitik, in: DIE ZEIT, 27. Mai 2002.

liche Veränderungen in der deutschen Außenpolitik gegeben hat [...], dominiert bei den außenpolitischen Zielen die Kontinuität“²⁴, so Thomas Risse.

3. Der **fundamentale Wandel** bedeutet eine grundlegende Veränderung des vorangegangenen Kurses. Autoren wie Karlheinz Weißmann oder Rainer Zitelmann unterstützen diesen Kurs. Keine außenpolitische Verhaltensoption dürfe mehr unter Verweis auf ‚die deutsche Geschichte‘ tabuisiert werden.²⁵ Auch die Westbindung müsse auf „Kosten und ihrem Nutzen für Deutschland abgewogen werden“²⁶. Jedoch sind es nur wenige Autoren, die sich für einen fundamentalen Wandel aussprechen. Viele Verfasser meinen, dass sich die deutsche Außenpolitik mit dem Amtsantritt von Gerhard Schröder bereits fundamental gewandelt hat.

Dies sind die Befürworter des Kontinuitätskurses, wie der Historiker Hans-Peter Schwarz. Er sieht in der Außenpolitik von Rot-Grün einen „machtpolitischen Größenwahn und fundamentalen Wandel“²⁷ gegenüber der Außenpolitik der alten Bundesrepublik. Hanns W. Maull spricht von „außenpolitischen Abwegen ins Abseits“ und vom Macht- sowie Einflussverlust.²⁸ Gunter Hellmann, der eine „machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik“ sieht, ruft auf „zu überzeugen, nicht zu drohen, einzubinden statt zu beherrschen, Partner zu gewinnen, statt Gegner in Schach zu halten“²⁹. Der konservative Historiker Michael Stürmer beschreibt Bundeskanzler Schröders Außenpolitik sogar als ein „Echo des Wilhelminismus“, das aus dem Kanzleramt schallt.

Wandel ist seit 1990 nicht nur „das Signum der internationalen Politik“³⁰. Insbesondere Deutschland unterlag vielen Veränderungen. Welchen wichtigen internen Bedingungen und externen Handlungsoptionen musste sich Deutschland aufgrund weltpolitischer Umbrüche stellen und welchen Wandel haben sie in der deutschen Außenpolitik verursacht?

24 Risse, Thomas (2004), a.a.O., S. 24.

25 Vgl., Rittberger, Volker, a.a.O.

26 Ebenda.

27 Schwarz, Peter (2005), Außenpolitik mit Kompass. Zur internationalen Rolle der Bundesrepublik, in: Links: Politische Meinung, Nr. 430, S. 5.

28 Maull, Hanns W. (2004C), „Normalisierung“ oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel, in: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2004, Bonn, S. 17.

29 Hellmann, Gunther (2004B): a.a.O., S. 79.

30 Medick-Krakau, Monika (1999), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden, Nomos, S. 3.

Interne Veränderungen

Werner Weidenfeld konstatiert zwei zentrale Veränderungen, die die deutsche Außenpolitik in den letzten 15 Jahren von innen heraus nachhaltig geprägt haben. Zum einem die deutsche Wiedervereinigung und zum anderen der Regierungswechsel von 1998.³¹ Zwei voneinander getrennte deutsche Staaten im Herzen Europas vereinigten sich und erlangten am 15. März 1991 mit In-Kraft-Treten des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“³² die volle nationale Souveränität zurück. Deutschland sah sich nun als gleichberechtigter Partner in Europa und auf der internationalen Bühne. Daraufhin entstand vor allem in Frankreich und Großbritannien eine Debatte über Deutschlands (neue) außenpolitische Rolle. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Wiedervereinigung, speziell für die eigene Stellung als europäische Großmacht? Vor allem die britische Premierministerin Margaret Thatcher befürchtete, „dass ein vereintes Deutschland nicht genauso denken und handeln würde wie die Bundesrepublik (...). Schon jetzt sei eine Art von Siegestaumel im deutschen Denken spürbar, der für alle anderen ungemütlich sei (...).“³³

Diese Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht. Erst der rot-grüne Regierungswechsel 1998 brachte einen politischen Wandel mit sich. „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“, so überschrieb die neue Bundesregierung ihre Koalitionsvereinbarung. In seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 forderte Schröder das „Selbstbewusstsein“ Deutschlands als „erwachsene Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss“. „Jetzt ist [die neue Generation] aufgerufen, einen neuen politischen Pakt zu schließen, gründlich aufzuräumen mit Stagnation und Sprachlosigkeit, in die die vorige Regierung unser Land geführt hat“.³⁴ Ursache nach Helga Haftendorn war der Generationswechsel in der politischen Elite, durch den die deutsche Außenpolitik neue Akzente bekam. Kriegserfahrung und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit prägten das politische Verständnis der Politikergeneration von Gerhard Schröder und Joseph Fischer nur noch in geringem

31 Vgl., Weidenfeld, Werner (2001), *Wende, Wechsel und Europa. Realistische Perspektiven internationaler Politik*, Leske+Budrich, Opladen, S.121.

32 Ratifiziert durch die beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges am 12.09.1990.

33 Ansprenger, Franz (2001), *Eine Außenpolitik für Deutschland*, in: Ansprenger, Franz (2001), *Wie unsere Zukunft entstand. Von der Erfindung des Staates zur internationalen Politik – ein kritischer Leitfad*, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 299.

34 Schröder, Gerhard (1998A), *Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder*, 10.11.1998, in: *Internationale Politik*, Dezember 1998, Nr. 12, S. 84.

Maße. Ihre „politische Sozialisation“ erhielten beide [der eine mehr, als der andere] während der Studentenrevolution von 1968, so die Politologin.³⁵

Externe Veränderungen

Die Ursachen für den Wandel in der deutschen Außenpolitik liegen keineswegs nur bei der rot-grünen Regierung. Sie erklären sich in erster Linie durch das veränderte internationale Umfeld.³⁶ Die weltpolitischen Umbrüche von 1989 bis 1991, der Kosovokrieg 1999, die Anschläge des 11. September 2001 in den USA sowie der Irakkrieg 2003 sind die ausschlaggebenden Ereignisse, die einen Wandlungsprozess in der deutschen Außenpolitik hervorgerufen haben.

Das Ende des Kalten Krieges brachte eine fundamentale Umwälzung des internationalen Systems mit sich. Alle Staaten standen vor neuen politischen Herausforderungen. Besonders in Europa änderte sich das entstandene System struktureller Abhängigkeiten grundlegend. Die Machtverteilung in Europa war nicht mehr länger bipolar, wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern multipolar. Besonders für das wiedervereinigte Deutschland änderte sich einiges.

Das Land im „Herzen Europas“ war nicht mehr länger das Grenzland zum Osten. Kein anderer Staat in Europa wird von so vielen kleinen und großen Nachbarländern umgeben. Seit den Römischen Verträgen von 1957 hatte Frankreich in Westeuropa die Position des *primus inter pares* innegehabt. Diese Konstellation änderte sich mit der deutschen Wiedervereinigung. Deutschland übernahm die Mittellage in Europa und überholte Frankreich in Größe, Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Stärke. Deutschlands neue internationale Rolle lag besonders in Europa, dem „Zukunftsmodell für regionale Zusammenarbeit von Staaten und für die Welt“, so Hans-Dietrich Genscher.³⁷ Oberstes Ziel blieb die europäische Integration und die Erweiterung der EU. Die klassische Maxime der „sowohl-als-auch“-Politik, d.h., dass Deutschland immer versuchte, zwischen Paris und Washington zu vermitteln und den einen nicht gegenüber dem anderen zu bevorzugen, war zugunsten einer eindeutigen Positionierung an der Seite Frankreichs aufgegeben worden. Bundeskanzler Schröder führte das enge deutsch-französische Kooperationsverhältnis zwischen Kohl und Mitterand mit

35 Vgl., Haftendorn, Helga (2001), a.a.o., S. 389.

36 Seit Beginn der 1990er sind es laut Hacke (2003) höchstens 10% der außenpolitischen Entscheidungen, die der Bundeskanzler autonom entscheiden kann. Die restlichen außenpolitischen Entscheidungen (90%) fallen im multilateralen Rahmen.

37 Interview mit Hans-Dietrich Genscher am 18. November 2005.

Jacques Chirac fort. „Damit brach Berlin“, so Hanns W. Maull „mit einem zentralen Leitmotiv bundesdeutscher Außenpolitik“.³⁸

Nach der Wiederwahl Schröders erlangte die deutsch-französische Partnerschaft sogar eine neue, bislang einmalige Qualität und Intensität. So initiierten Paris und Berlin seit Herbst 2002 eine Reihe von gemeinsamen außenpolitischen Initiativen, u.a. im Zusammenhang mit der Verfassungsdebatte innerhalb der Europäischen Union sowie in der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Art und Weise, wie Paris und Berlin im Kontext der Verfassungsdiskussion, vor allem aber in der Auseinandersetzung um den Stabilitäts- und Wachstumspakt agierten, löste bei den kleineren Mitgliedsstaaten erhebliche Irritationen und Befremdung aus und weckte Argwohn über ein mögliches deutsch-französisches Kondominium. Während der Verhandlungen über die Co-Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (CAP) und die deutschen Netto-Zahlungen wollte Deutschland die Agrarsubventionen senken. Dies war eine öffentliche Herausforderung an Jacques Chirac. Um dies durchsetzen zu können, brauchte Schröder die Unterstützung der kleinen Staaten. Nach bilateralen Gesprächen bekam er deren Zusage. Kurz vor der Abstimmung lenkte Schröder, ohne die anderen Staaten zu informieren, zu Gunsten Frankreichs ein. Dies verursachte laut Rainer Stinner, dem außenpolitischen Experten der FDP-Bundestagsfraktion, „einen psychologischen Bruch“ zwischen Deutschland und den kleineren Staaten. Zum ersten Mal agierte Deutschland nicht mehr nach Genschers Grundsatz als „Anwalt der Kleinen“³⁹. Dies stellt einen fundamentalen Wandel im Bereich deutscher Europapolitik dar.

Bis 1990 befand sich die Bundesrepublik in weitreichender Abhängigkeit von ihren Verbündeten, den USA. Mit der Wiedervereinigung änderte sich das. Dennoch war die deutsch-amerikanische Partnerschaft bis Ende 2001 elementarer Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Besonders nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 bekundete der deutsche Kanzler der amerikanischen Regierung „uneingeschränkte Solidarität“. Kurz darauf beteiligte sich die Bundeswehr an der militärischen Operation *Enduring Freedom* gegen das Taliban-Regime in Afghanistan. Nichtsdestotrotz stieß der offizielle Kurswechsel in der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, 2002 in der Nationalen Sicherheitsstrategie⁴⁰ (NSS) formuliert, auf den Wider-

38 Maull, Hanns W. (2004C), a.a.o., S. 18.

39 Interview mit Hans-Dietrich Genscher am 18. November 2005.

40 Die so genannte „Bush-Doktrin“ griff auf die politischen Grundsätze der Reagan-Administration und die von dem Neo-Konservativen Paul Wolfowitz schon 1992 maßgeblich erarbeitete neue „Verteidigungsrichtlinie“ zurück. Sie drückt den globalen Hegemonieanspruch der USA in der Welt

stand der deutschen Regierung. „Dieses Denken widerspricht den deutschen Prinzipien, deren Ziel es ist, eine Welt zu schaffen, deren Idee auf einen starken Multilateralismus beruht“. ⁴¹ Für Hellmann markierte dieses Auseinanderdriften keine überraschende Wendung, sondern vielmehr ein weiteres Puzzlestück einer umfassenderen „Resozialisierung Deutschlands in den Kreis der Großmächte“. Autoren wie Mearsheimer und von Bredow sehen in Schröders Verhalten einem Teil seines seit längerem betriebenen Projektes der „Normalisierung“ deutscher Außenpolitik. ⁴²

Ein Krieg bringe Dinge ans Licht, die sonst verborgen geblieben wären, so formulierte es einst Charles de Gaulle. Der Irakkrieg 2003 hat dies bestätigt. Noch nie gab es einen so großen Bruch in den deutsch-amerikanischen Beziehungen und eine so enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Die Auseinandersetzung, wie man am besten mit der vom irakischen Diktator Saddam Hussein gestellten Drohung umgehen sollte und ob das irakische Regime wirklich in terroristische Aktivitäten verwickelt ist, kulminierte in offener diplomatischer Feindseligkeit, als Schröder das Thema Irakkrieg für den Bundestagswahlkampf benutzte. Der Bundeskanzler bezeichnete die amerikanischen Irakpläne als militärische Abenteuer. Zwei Tage vor der Bundestagswahl am 22. September 2002 zog die deutsche Justizministerin Däubler-Gmelin zudem Parallelen zwischen Bush und Hitler. Der offene Widerstand Deutschlands traf auf amerikanischer Seite auf Unverständnis und Verärgerung, nachdem Schröder sogar eine deutsche Beteiligung an einem militärischen Vorgehen verneinte, falls die Vereinten Nationen ein Mandat erlassen würden. Somit wandte er sich selbst gegen das Prinzip des Multilateralismus.

Mittlerweile wurde die transatlantische Krise überwunden. Am 27. Februar 2004 unterzeichneten beide Regierungen die Erklärung über das „deutsch-amerikanische Bündnis für das 21. Jahrhundert“. Darin bekräftigen beide Seiten, dass die transatlantischen Beziehungen auch weiterhin auf einem festen Fundament stehen. Dennoch legte die Krise sehr grundlegende Werte- und Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den USA offen, die auch in Zukunft eine Rolle spielen werden.

aus und beansprucht das Recht auf Selbstverteidigung durch eigene militärische Intervention.

41 Vgl., Auswärtiges Amt, Globale Zusammenarbeit, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/index_html, 22.07.2005.

42 Vgl., Hedstück, Michael/Hellmann, Gunther (2003), „Wir machen einen deutschen Weg.“ Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik, Diskussionspapier, S. 2.

Viele Staatsmänner und Wissenschaftler hofften, dass mit dem Ende des Kalten Krieges die Kriege aufhören und der Frieden siegen werde. Nach Immanuel Kant führen Demokratien keine Kriege gegeneinander („Zum ewigen Frieden“). Laut UN-Charta existiert grundsätzlich kein *ius ad bellum*. Nach dem Kalten Krieg – zwischen dem 09. November 1989 und dem 11. September 2001 – waren die Gefahren, die das internationale Staatensystem bedrohten, eher vage und weniger akut. Die Welt wurde nicht mehr von einem großen Zentralkonflikt beherrscht. Konflikte bestanden hauptsächlich aus Unruhen, die durch regionale Instabilitäten und ethnische Kriege verursacht wurden. Zu der ersten sicherheitspolitischen Herausforderung des wiedervereinten Deutschland kam es im Sommer 1991. Im Vielvölkerstaat Jugoslawien brach der Bürgerkrieg aus.⁴³ Die EU, die Vereinten Nationen sowie die KSZE/OSZE versuchten vergebens, den Konflikt zu beenden. Zuerst galt die christlich-liberale Bundesregierung als „hartnäckigster Verfechter der Einheit Jugoslawiens“⁴⁴. Später entwickelten Kanzler Kohl und Außenminister Genscher ein so großes Verständnis für das Unabhängigkeitsstreben der Teilstaaten Slowenien und Kroatien, dass sie am 23. Dezember 1991 die beiden Republiken ohne die restlichen 11 EG-Staaten anerkannten.⁴⁵ Mit diesen diplomatischen Alleingängen setzte sich die deutsche Regierung machtpolitisch das erste Mal in der EG durch und warf ihr altes Credo, das „Prinzip der Gemeinsamkeit“, über den Haufen.

Ende der 1990er Jahre nahm die Anzahl der Kriege wieder zu.⁴⁶ Auch in Europa hat der Krieg als Mittel der Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wieder Einzug gehalten und Deutschland war aktiv dabei. Die rot-grüne Koalition hat Deutschland im März 1999 in den ersten bewaffneten Konflikt der Nachkriegszeit geführt. In den späten 1990er Jahren entstand in Deutschland ein Konsens über die seit 1972 verbotenen *out-of-area*-Einsätze (Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes) und *Peacekeeping*-Missionen (Friedensmissionen). Den Frieden zu wahren und notfalls zu verteidigen ist ein wichtiges

43 Erstmals seit 1945 gab es wieder einen Krieg in Europa, der geprägt war durch Massaker, Vertreibungen und Flüchtlingswellen.

44 Hacke, Christian (2003), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Neuauflage. München, S. 400.

45 Ursprünglich hatte die EG eine gemeinsame Anerkennung der beiden Staaten ins Auge gefasst, die auch am 15. Januar des darauf folgenden Jahres erfolgte.

46 Es kommt zwar kaum noch zu zwischenstaatlichen Kriegen, jedoch entstanden neue, zum Teil noch unbekannte Konfliktformationen. Gegenwärtig kann festgestellt werden, dass die sicherheitspolitische Entwicklung durch eine Zunahme von „asymmetrischen Kriegen“ (Münkler) und internationalem Terrorismus gekennzeichnet ist. Weltweit stehen sich nicht mehr nur Staaten, sondern auch Regime und gewaltbereite transnationale Akteure gegenüber.

Ziel deutscher Außenpolitik geworden. Seit der weltpolitischen Wende von 1989/90 beteiligt sich die Bundeswehr mehrfach an internationalen Friedensmissionen: im Persischen Golf, in Kambodscha oder in Somalia.

Seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 12. Juli 1994 sind Bundeswehreinmärsche nicht mehr länger auf das Bundes- oder Bündnisgebiet beschränkt. Am 27. September 1994 erklärte Bundesaußenminister Kinkel vor der 49. Generalversammlung der Vereinten Nationen „dass Deutschland sich voll an UN-Friedensoperationen beteiligen könne... und das „Ende des Trittbrettfahrens erreicht sei.“⁴⁷ Inzwischen verteidigen deutsche Bundeswehroldaten den Frieden über das NATO-Gebiet hinaus und beteiligen sich an militärischen Einsätzen im multilateralen Rahmen. Deutschland akzeptiert den militärischen Einsatz der Bundeswehr als ein legitimes Mittel der Politik. Sicherheitspolitisch ist eindeutig ein fundamentaler Wandel festzustellen.

Fazit – „Wandel mit Kontinuitäten“

Der „Wandel“ in der Außenpolitik, der als Synonym für die „neue“ Außenpolitik benutzt wird, suggeriert auf den ersten Blick eine völlige Veränderung der „Alten“. Diese schwarz-weiße Kategorisierung der Außenpolitik, Wandel oder Kontinuität führt meiner Meinung nach zu falschen Ergebnissen. Beide Begriffe beschreiben die deutsche Außenpolitik nicht *per se*, sie sind komplementäre Bestandteile politischer Entwicklungsprozesse. Der Begriff einer „verspäteten Nation“⁴⁸ lässt sich auch sehr gut auf Deutschlands souveräne Außenpolitik übertragen. Bis 1998 konnte man die deutsche Außenpolitik als *“one of the most consistent foreign policies of any Western power”*⁴⁹ bezeichnen.

Wenn ich die deutsche Außenpolitik betrachte, finde ich außenpolitische Traditionslinien, die sogar nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch zur Staatsraison gehören: die Verpflichtung zum Multilateralismus, die europäische Integration, die Fortführung einer engen deutsch-französischen Beziehung, den Erhalt der transatlantischen Freundschaft, ein kooperatives Verhältnis zu Russland sowie das Ziel, den Frieden in der Welt zu sichern. Die deutsche Außenpolitik ist in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung durch einen

47 Schöllgen, Gregor (2000), Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in *Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte*, B24/200, S. 17.

48 Schöllgen, Gregor (2001), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart* (2. Auflage), München, S. 224.

49 zitiert nach Hellmann, Gunther (1996), *Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany*, in: *Mershon International Studies Review*, Vol. 40, p.3.

hohen Grad von Kontinuität geprägt. Oberflächlich betrachtet, hielt sich auch die rot-grüne Regierung an die außenpolitischen Traditionslinien der Bundesrepublik. Analysiert man die Außenpolitik unter Schröder jedoch genauer, so kam es zu fundamentalen Veränderungen innerhalb dieser Kontinuitätslinien.

Prinzipiell ist Deutschland nach wie vor bereit, sich in regionale und globale Institutionen und Organisationen einzubinden und dafür Souveränitätsrechte aufzugeben; allerdings agiert die Bundesrepublik dabei verstärkt interessengeleitet. So versuchte die rot-grüne Regierung, sich mehrmals aus multilateralen Verpflichtungen zurückzuziehen oder diese zumindest abzuschwächen, z.B. deutsche Nettobeiträge zum EU-Haushalt, Umgang mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, Irakkrieg. Das Neue in der deutschen Außenpolitik unter Rot-Grün lag nicht darin, „was“ für eine Außenpolitik betrieben, sondern „wie“ diese umgesetzt wurde. Ich spreche deshalb von einer inkrementalistischen Anpassung deutscher Außenpolitik. Oberflächlich bewegt sich die deutsche Außenpolitik auf Kontinuitätskurs, sektorspezifisch kommt es speziell seit 1998 zur Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen und dadurch teilweise zu fundamentalen Veränderungen.⁵⁰

„Deutschland ist nach dem Krieg groß geworden in einer Rhetorik der Leugnung deutscher Sonderwege. Wir haben uns quasi selbsttherapeutisch europäisiert und eine Art Quarantäne über die deutsche Mentalität verhängt, wenn es darum geht, nationale Interessen auszusprechen. [...] Bis tief in die Ära Kohl hinein war deutsche Außenpolitik von dem Bewusstsein geprägt, dass wir uns auf der Sonderschule der Demokratie den Abschluss erst mühsam erarbeiten müssten. Schröder war, wenn man so will, der erste Kanzler der Normalität“⁵¹, so der Karlsruher Philosoph Peter Sloterdijk.

50 Vgl., das theoretische Konzept von Monika Medick-Krakau über den außenpolitischen Wandel S. 9.

51 zitiert in: Hellmann, Gunther (2004A): Von Gipfelstürmern und Gratwanderern: „Deutsche Wege“ in der Außenpolitik, in: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte, März 2004, S. 34.

2. Die FDP und die deutsche Außenpolitik

2.1. Programmatik, Strukturen und Personen

Die außenpolitische Programmarbeit liegt in erster Linie in der Verantwortung der FDP-Führungsspitze. Die beiden wichtigsten Personen sind der Parteivorsitzende und Fraktionsvorsitzende. Die FDP-Bundestagsfraktion ist für die FDP das zentrale Forum. Sie bündelt die liberalen Meinungen, bringt Gesetzesentwürfe in den Bundestag ein und erarbeitet die Parteiprogrammatik. Die Arbeit in der FDP-Fraktion muss geplant, koordiniert und organisiert werden. Dies ist die Aufgabe des Fraktionsvorstandes. Der Fraktionsvorstand der FDP besteht aus dem Vorsitzenden, fünf Stellvertretern⁵², vier Parlamentarischen Geschäftsführern⁵³, dem Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär und dem Schatzmeister der Partei. Zum erweiterten Fraktionsvorstand der FDP gehören auch die Arbeitskreisvorsitzenden. Im Bereich der außenpolitischen Programmatik wird die Fraktion zudem durch zahlreiche, langjährig aktive Parteimitglieder, u.a. durch die ehemaligen liberalen Außenminister, unterstützt. Ein Überblick über die verschiedenen außenpolitischen Strukturen der FDP befindet sich in Abbildung 1 (siehe nächste Seite).

Der Bundesvorstand setzt Bundesfachausschüsse ein, die politische und organisatorische Parteaufgaben vorbereiten. Alle gewählten Mitglieder des Präsidiums müssen inhaltliche Verantwortung in der Programmarbeit übernehmen. Guido Westerwelle war von 2003 bis 2005 verantwortlich für die zentralen innen- und außenpolitischen Fragen. Den letzten wichtigen außenpolitischen Beschluss verabschiedete das Präsidium am 06. September 2005: „Kontinuität, Prinzipien und neue Herausforderungen für liberale Außenpolitik“⁵⁴.

Westerwelle steht mit seinem Themenbereich auch im Kontakt mit dem dafür zuständigen Bundesfachausschuss „Internationale Politik“, den verschieden außenpolitischen Foren, z.B. der FDP-Programmkommission im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik (seit Dezember 2001) und den Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion. Margarita Mathiopoulos, Honorar-Professorin für USA-Außenpolitik und Internationale Sicherheitspolitik an der Universität Potsdam, leitete den FDP-Bundesfachausschuss (Bfa) Internationale Politik bis Herbst

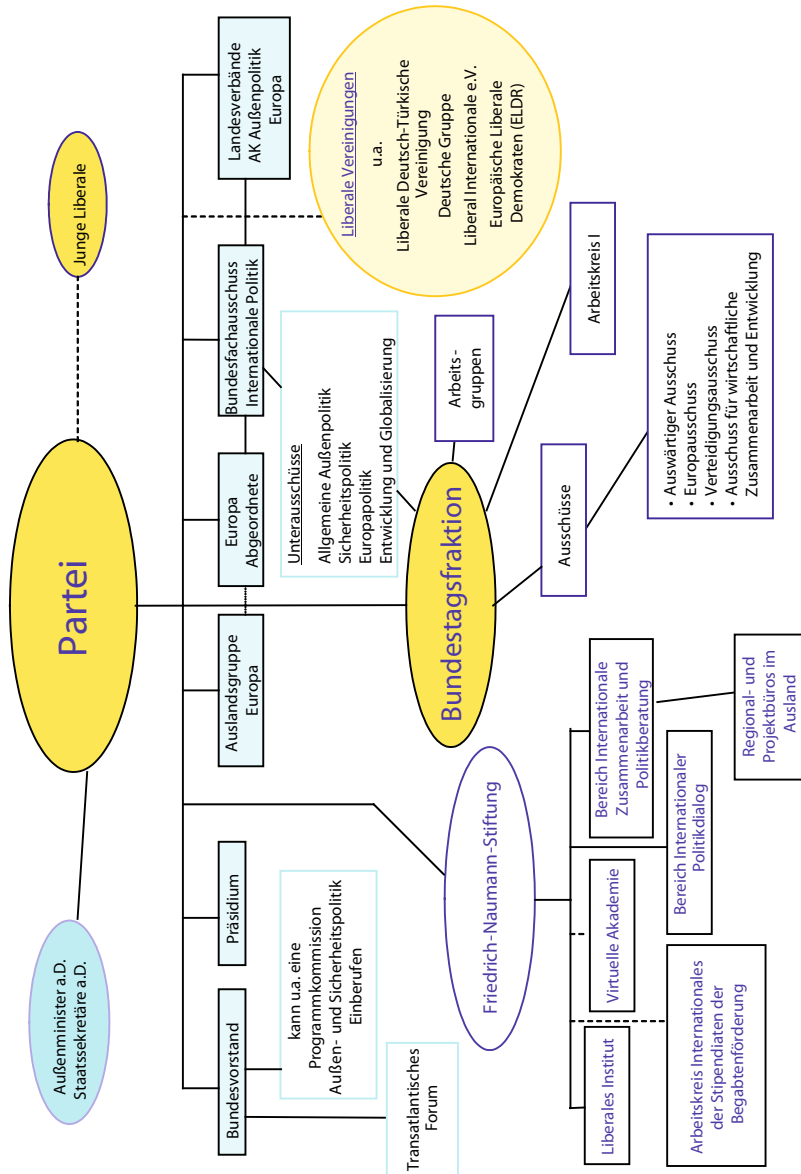
52 Rainer Brüderle, Birgit Homburger, Werner Hoyer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Carl-Ludwig Thiele.

53 Jörg van Essen, Ernst Burgbacher, Jürgen Koppelin, Jan Mücke.

54 siehe Anhang, Appendix 1.

Abb.1: Außenpolitische Strukturen der FDP

Quelle: Eigene Darstellung, Stand: September 2005



2005⁵⁵ und war gleichzeitig die außen- und sicherheitspolitische Beraterin des FDP-Vorsitzenden Westerwelle (von 2002 bis 2005).

Der Bfa Internationale Politik bestand in der 15. WP aus 122 Mitgliedern. Er war in vier Unterausschüsse unterteilt: Allgemeine Außenpolitik (Vorsitzender Dr. Rainer Stinner), Sicherheitspolitik (Vorsitzende Helga Daub), Europapolitik (Vorsitzender Alexander Graf Lambsdorff) und Entwicklung und Globalisierung (Vorsitzender Marcus Löning).⁵⁶ Der Bfa tagt zusammen mit dem Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion, der zuständig ist für Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik.⁵⁷ Hervorzuheben ist, dass die FDP als einzige Bundestagsfraktion ihren Arbeitskreis I der Außenpolitik widmet.

Die Arbeitskreise sind das Gremium, in dem die FDP-Fraktion ihre Beschlüsse zu den unterschiedlichen politischen Themenbereichen vorbereitet.⁵⁸ Vorsitzender des Arbeitskreises I ist der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Werner Hoyer. Insgesamt beraten 20 MdBs der FDP-Fraktion in jeder Sitzungswoche über die außenpolitischen Positionen der FDP.⁵⁹ Unterstützt werden sie von Fraktionsreferenten wie z.B. Dr. Ole Diehl⁶⁰, die jahrelange Erfahrung im Gebiet der Außenpolitik haben.

Der Bfa „Internationale Politik“ erstellte u.a. die „Zehn Leitsätze zum transatlantischen Verhältnis“⁶¹ sowie die „Leitsätze liberaler Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands“, die auf dem 55. Ordentlichen FDP-Bundesparteitag in Dresden im Juni 2004 als Anträge auf der Tagesordnung standen. Die zehn Thesen wurden von den Delegierten verabschiedet; der Beschluss zu den Leitsätzen der liberalen Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands wurden verschoben. Beide waren Teil eines neuen liberalen Grundsatzpapiers, das für den 56. Ordentlichen FDP-Parteitag im Mai 2005 in Köln vom Bfa „Internationale Politik“ erarbeitet wurde. Allerdings haben die Delegierten bis heute noch nicht über das Grundsatzpapier „Liberale Außen- und Sicherheitspolitik“ abgestimmt. Dies soll auf dem nächsten Ordentlichen

55 Ihr Vorgänger war der ehemalige außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Ulrich Irmer. Ihr Nachfolger und aktueller Vorsitzender ist seit 7. November 2005 der Berliner FDP-Landeschef Markus Löning. Seit November 2005 ist sie Vorsitzende vom Transatlantischen Forum des Bundesvorstandes.

56 Vgl., FDP (Hrsg.), Geschäftsbericht der FDP 2003 | 2005, Berlin, 26.04.2005, S. 34.

57 Seit November 2005 inhaltlich neu zusammengestellt. Ausschüsse für Auswärtiges, Europa, Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

58 Die FDP-Fraktion hat insgesamt fünf Arbeitskreise.

59 Vgl., Meldung FDP-Fraktion, Einblick in die Arbeit der Bundestagsfraktion, vom 04.05.2003, <http://www.fdp-koeln.de/index.php?11=9&l2=0&l3=1&aid=1065>, Stand: 16.01. 2005.

60 Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, z.Z. beurlaubt für seine Tätigkeit bei der FDP.

61 Zusammenfassung siehe Anhang, Appendix 2.

Bundesparteitag in Rostock am 13. und 14. Mai 2006 passieren. Im Bfa sitzen zudem Vertreter der Arbeitsgruppen für Internationales der liberalen Landesverbände.

Bei europapolitischen Themen stehen der FDP die Auslandsgruppe Europa sowie die sieben FDP-Europapolitiker⁶² im Europaparlament zur Verfügung. Ergänzend dazu gibt es verschiedene liberale Vereinigungen, die als Plattform und *Think Tank* der Partei dienen. Gerade bei dem Thema eines möglichen EU-Beitritts der Türkei erwies sich die Liberale Deutsch-Türkische Vereinigung als eine kontroverse Diskussionsplattform für die FDP. Auch wenn die FDP derzeit nicht den Außenminister stellt, versucht sie durch fraktionsübergreifende Anträge, wie z.B. zur Diktatur Robert Mugabes in Simbabwe, ihre außenpolitische Programmatik durchzusetzen.⁶³

Die Jungen Liberalen (JuLis) sind die Jugendorganisation der FDP. Sie vertreten ihre politischen Positionen nach „innen“, d.h. gegenüber FDP und nach außen, d.h. durch Pressemitteilungen, Aktionen und Kongresse. Die acht Bundesarbeitskreise der JuLis sind ein wichtiges Element ihrer inhaltlichen Arbeit. Der Arbeitskreis für „Internationale Politik“ (Arbeitskreis Nr. 7) wird geleitet von Simon Klaiber. Sie tagen in der Regel dreimal im Jahr im Rahmen des Politisch-Programmatischen-Wochenendes (PPW).

Die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt)⁶⁴ ist eine parteinahe Stiftung der FDP und kann als Instrument liberaler Außenpolitik gesehen werden. Die 1958 gegründete Stiftung wird von der Partei u.a. als ein Informations- und Beratungsforum für außenpolitische Fragen genutzt. Speziell die 1963 gegründete Auslandsabteilung und die in den Jahren darauf eröffneten Projektbüros im Ausland erfüllen eine außenpolitische Funktion, indem sie u.a. mit politischen Kräften in jenen Projektländern zusammenarbeiten, wo Kontakte auf offizieller Ebene schwierig sind. Allerdings ist der Stiftung eine direkte finanzielle Förderung von politischen Parteien durch das Auswärtige Amt und das BMZ untersagt. Schwerpunkt der Stiftungsarbeit im Ausland ist die Förderung von rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen und die Stärkung nichtsstaatlicher Organisationen durch politischen Dialog, Politikberatung und politische Bildung. Das Liberale Institut befasst

62 Alexander Alvaro, Dr. Jorgo Chatzimarkakis, Dr. Wolf Klinz, Dr. Silvana Koch-Mehrin, Holger Kraemer, Alexander Graf Lambsdorff, Willem Schuth.

63 Vgl., Meldung FDP-Fraktion, a.a.O., Stand: 16.01.2005.

64 Seit 2007 trägt sie den Namen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF).

sich als *Think Tank* der Stiftung mit politischen Grundsatzfragen und beteiligt sich aktiv am weltweiten Austausch liberaler Ideen und Lösungsansätze, u.a. durch Publikationen und jährlichen internationalen Kolloquien.⁶⁵

Welche Personen gehören zu dem inneren und äußeren Kreis der FDP in außenpolitischen Fragen?

Nach den Methoden zur Bestimmung der politischen Eliten, gibt es drei Möglichkeiten: 1) die Positionsmethode, 2) die Reputationsmethode und 3) die Entscheidungsmethode.⁶⁶ Die gängigste Methode bei der Bestimmung ist die Positionsmethode. Im Folgenden liste ich alle Personen auf, die meiner Meinung nach in der 15. WP an der außenpolitischen Programmatik der FDP entscheidend mitgearbeitet haben.

Abb. 2: Außenpolitische Akteure der FDP (15. WP)

Nach Funktion und Position	Nach Reputation
<p>Guido Westerwelle Bundesvorsitzende der FDP seit Mai 2001, Generalsekretär der FDP 1994-2001, Mitglied im Deutschen Bundestag seit Februar 1996</p>	<p>Walter Scheel Außenminister a.D. (1969-1974), 1974 bis 1979 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, FDP-Ehrenvorsitzender</p>
<p>Wolfgang Gerhardt Fraktionsvorsitzender, im Präsidium verantwortliche für Außen- und Europapolitik, FDP-Außenministerkandidat 2005</p>	<p>Hans-Dietrich Genscher Außenminister a.D. (1974 -1992), 1965 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1974 bis 1985 Bundesvorsitzender der FDP, FDP-Ehrenvorsitzender</p>
<p>Werner Hoyer stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Außenpolitische Sprecher der FDP, Vorsitzender des Arbeitskreises I, Obmann des Auswärtigen Ausschusses, Präsident der Europäischen Liberalen (ELDR)</p>	<p>Klaus Kinkel Außenminister a.D. (1992-1998), 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages</p>
<p>Silvana Koch-Mehrin Vorsitzende der FDP im Europaparlament, im Präsidium verantwortlich für Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik, Verbraucherschutz und Agrarpolitik</p>	<p>Otto Graf Lambsdorff FDP-Ehrenvorsitzender, 1972 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1988 bis 1993 Bundesvorsitzender der FDP, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung</p>

65 Vgl., Interview mit Rainer Erkens am 16. November 2005.

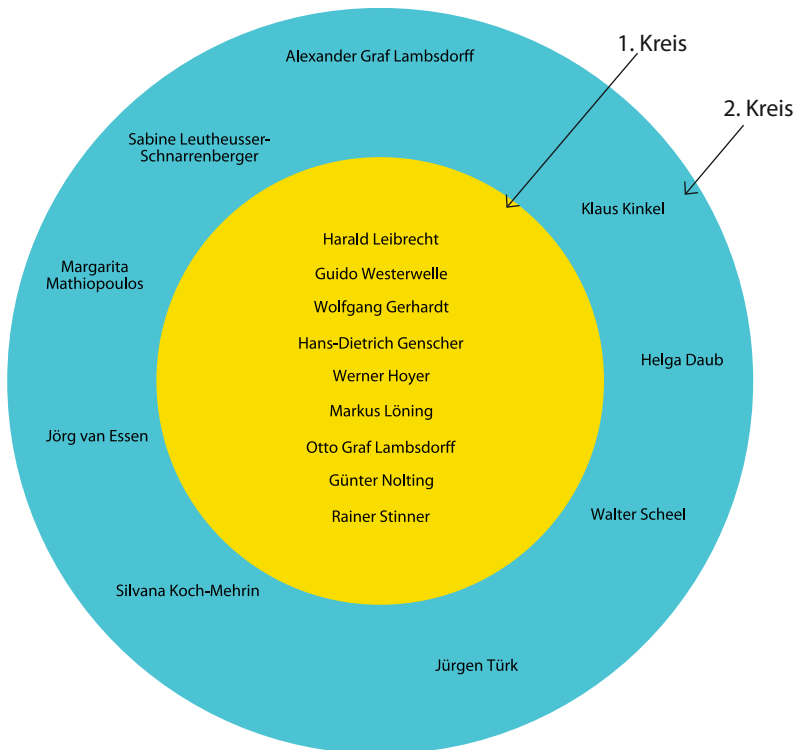
66 Vgl., Hoffmann-Lange, Ursula (2003), Das pluralistische Paradigma der Elitenforschung, in: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2003), Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Leske+Budrich, Opladen, S. 111ff.

Abb. 2: Außenpolitische Akteure der FDP (15. WP) (Fortsetzung)

Nach Funktion und Position	Nach Reputation
<p>Jörg van Essen parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Bundeswehrexperte</p>	<p>Margarita Mathiopoulou außen- und sicherheitspolitische Beraterin des FDP-Vorsitzenden Westerwelle im Wahljahr 2004, Vorsitzende des Bfa Internationale Politik</p>
<p>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Europapolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union</p>	<p>Helmut Schäfer Staatsminister a.D.</p>
<p>Günther Nolting Sicherheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied des Verteidigungsausschuss</p>	
<p>Rainer Stinner Südosteuropaexperte der FDP, Obmann im Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses „Globalisierung und Außenwirtschaft“, Vorsitzender des Unterausschusses Allgemeine Außenpolitik des Bfa Internationale Politik</p>	
<p>Markus Löning Sprecher für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Fraktion, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Vorsitzender des Unterausschusses Entwicklung und Globalisierung des Bfa Internationale Politik</p>	
<p>Alexander Graf Lambsdorff Europaabgeordneter, Stellvertreter im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung im Europaparlament, Vorsitzender des Unterausschusses Europapolitik des Bfa Internationale Politik</p>	
<p>Harald Leibrecht Obmann im Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses „Vereinte Nationen“</p>	
<p>Helga Daub Vorsitzende des Unterausschusses Sicherheitspolitik des Bfa Internationale Politik, Stellvertretendes Mitglied des Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses „Abrüstung und Rüstungskontrolle“</p>	
<p>Jürgen Türk Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union</p>	

Die folgende Abbildung basiert auf meinen eigenen Recherchen (Veröffentlichungen im Bereich meiner drei gewählten Politikbereiche im Kapitel 3, spezielle außenpolitische Aktivitäten und Umfragen). Nicht nur die Funktions- und Entscheidungsträger der FDP erarbeiten bzw. bestimmen die Richtung der außenpolitischen Programmatik der Freien Demokraten, sondern die FDP greift auch auf parteinahe Persönlichkeiten mit außenpolitischen Reputationen zurück. Welche Personen kann man zum inneren außenpolitischen Kreis der FDP zählen?

Abb. 3: Der 1. und 2. Kreis der FDP im Bereich außenpolitische Programmatik



2.2. Das außenpolitische Handeln der FDP bis 1990

„Die FDP als der Garant für außenpolitischen Wandel, aber auch für Stabilität“⁶⁷
(Christian Hacke)

Seit der Gründung der FDP 1948 war die zentrale außenpolitische Forderung der Liberalen⁶⁸ „die Eingliederung eines freien, in rechtsstaatlicher Ordnung wiedervereinigten Deutschland in die Gemeinschaft aller freien Völker Europas“⁶⁹. Bei den ersten Bundestagswahlen am 14. August 1949 erreichte die FDP 11,9% der Stimmen. Aufgrund der tiefgreifenden Meinungsunterschiede in der Wirtschaftspolitik gab es für die Liberalen nur einen Koalitionspartner, die CDU. Auch auf außenpolitischem Gebiet (Westintegration, Wiederbewaffnung) zeigten FDP und CDU weitgehende Übereinstimmung, so Günter Olzog.⁷⁰ In die erste „Bürgerblock-Koalition“⁷¹ unter Adenauer, Vorsitzender der rheinischen CDU, zog die FDP mit drei Ministern ein. Der liberale Franz Blücher wurde neuer Parteivorsitzender der FDP sowie Vizekanzler (1949 bis 1957) und Minister für den Marshall-Plan und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mit der Gründung der zwei deutschen Staaten im Jahr 1949 rückte das Ziel eines vereinten Deutschlands jedoch in weite Ferne.⁷²

Nach der Bundestagswahl von 1953 ging die CDU erneut eine Koalition mit der FDP ein, obwohl sie im Bundestag schon mit der Deutschen Partei (DP), dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten über die Mehrheit der Sitze verfügte. Aber Adenauer wollte für seine Außenpolitik und in der Frage der Wiederbewaffnung eine breite Mehrheit haben.⁷³

Zur Profilierung der FDP gegenüber der Union boten sich in erster Linie unterschiedliche Auffassungen in der Außen- und

67 Hacke, Christian (2003), a.a.O., S. 344.

68 Gegründete in Heppenheim als ein Zusammenschluss aller liberalen Landesorganisationen aus den drei westlichen Besatzungszonen und Berlin.

69 FDP – Programm für die Wahlen zum zweiten Bundestag, beschlossen am 28. Juni 1953 in Bonn.

70 Olzog, Günter (Hrsg.) (2000), Die politischen Parteien in Deutschland: Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, München, S. 133.

71 Walter, Franz (1994), Die Partei der Bessergekleideten. Die FDP auf dem Weg zurück in die Zukunft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 1092.

72 Die drei Westzonen wurden vereint zur Bundesrepublik Deutschland und auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

73 Frölich, Jürgen, Liberalismus in Deutschland seit 1945. Eine Skizze, Archiv des Liberalismus, Gummersbach, S. 14.

Deutschlandpolitik sowie in der Saarfrage an. Zwar unterstützte die FDP Adenauers Bemühungen um die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, aber zugleich wuchsen die Zweifel, ob daraus eine Wiedervereinigung Deutschlands hervorgehen würde. „Unser Land liegt in der Mitte der Völker Europas. Es lässt sich auch daher nicht Verkehrsvorschriften aufnötigen, die aus seiner Außenpolitik eine Einbahnstraße machen“⁷⁴, so der Partei- und Fraktionsvorsitzende Thomas Dehler. Nach dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz (27.10.-16.11.1955) entbrannte sogar ein großer Koalitionsstreit über die Deutschlandfrage.⁷⁵ Die FDP kämpfte gegen „die Europäisierung des Saargebietes und für dessen Vereinigung mit Deutschland“⁷⁶. Dehler kritisierte Adenauers Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich. Das ausgehandelte europäische Saarstatut⁷⁷ wurde von der FDP im Bundestag abgelehnt. Am 01. Januar 1957 wurde das Saarland das zehnte Bundesland der Bundesrepublik. Die „erste Wiedervereinigung“ Deutschlands war vollzogen.

Im Juli und Oktober 1956 versuchte die Partei, deutschlandpolitisch neue Wege einzuschlagen. Dehler versuchte den alten gesamtdeutschen Faden der Liberalen wieder aufzunehmen und führte Gespräche mit der LDPD-Führung um den Parteivorsitzenden Hans Loch und Generalsekretär Manfred Gerlach. Dies scheiterte, obwohl die Kontakte auf große Zustimmung in beiden Parteien stießen. Zum einem, weil sich die LDPD offiziell dem von der SED propagierten „Aufbau des Sozialismus“ angeschlossen hatte, zum anderen, weil die Treffen nur unter strenger Kontrolle der SED stattfanden.⁷⁸

In der Opposition (von 1957 bis 1961) startete die FDP im Bereich der Deutschlandpolitik immer wieder neue Initiativen. So proklamierte die Partei in nahezu allen außen- und deutschlandpolitischen Beschlüssen und Programmaussagen die friedliche Wiedervereinigung

74 Frölich, Jürgen, a.a.O., S. 15.

75 Dehler warf der Regierung Adenauer vor, dass die nach Genf entsandte Bonner Beobachtungsgruppe unter Bundesaußenminister Heinrich von Brentano keinen unmittelbaren Kontakt zur sowjetischen Delegation gesucht habe, die im Gegensatz zu den Westmächten als einzige Siegermacht am Konzept von zwei deutschen Staaten festhielt. Zudem forderte der FDP-Abgeordnete Friedrich Middelhaue eine Revision der Pariser Verträge und es kursierten Gerüchte, dass die FDP einen eigenen Wiedervereinigungsplan aufgestellt habe. Adenauer setzte der FDP ein Ultimatum zum Einlenken, ansonsten gebe es Anfang Dezember eine Bundestagsdebatte mit einer verkleinerten Koalition. Bundespräsident Theodor Heuss schaltete sich persönlich ein. Am Ende lenkte die FDP-Fraktion in der Deutschlandpolitik ein.

76 Dittbener, Jürgen (2005), a.a.o., S. 20.

77 Legt die politische Trennung des Landes (1950) von Deutschland und den wirtschaftlichen Anschluss an Frankreich fest. Außerdem erhielt Frankreich die außenpolitische Vertretung.

78 Die LDPD unterlag zu dieser Zeit auch einer Säuberungswelle. Einige wichtige Vertreter flohen in den Westen, z. B. Karl-Hermann Flach, Hans-Dietrich Genscher oder Wolfgang Mischnick.

als vorrangiges Ziel bundesdeutscher Außenpolitik. „Das ganze Deutschland soll es sein“ und „Erst Deutschland, dann Europa“ forderten die Freien Demokraten im Berliner Aktionsprogramm von 1957.⁷⁹ Zudem beanspruchten sie für Deutschland „eine gemeinsame Außenpolitik aller Parteien“⁸⁰. Im selben Jahr lehnten sie mehrheitlich den EWG-Vertrag ab.

Eine weitere neue Qualität in der außenpolitischen Programmatik war die Erarbeitung eines „Deutschlandplans“ durch die FDP-Bundestagsfraktion im Jahre 1959. In der „Berliner Erklärung zur deutschen Frage“ bezeichneten sie die Wiedervereinigung nicht mehr nur als eine innerdeutsche, sondern als weltpolitische Herausforderung. „Es kann keiner Siegermacht [...] gleichgültig sein, ob im Herzen Europas ein geteiltes und deshalb ewig unruhiges oder ein geeintes Volk von 70 Millionen Menschen lebt, das bereit ist, seinen Beitrag zur Sicherheit und Befriedung Europas zu leisten.“⁸¹ Die Liberalen bekräftigten erneut, dass eine friedliche Wiedervereinigung aller Gebiete, die 1937 zum Deutschen Reich gehörten, ihr oberstes außenpolitisches Ziel war.

Der Bau der Berliner Mauer (13.08.1961) war für die Liberalen ein bedeutsames Ereignis. „An diesem Tag wurde uns bewusst, dass die DDR nicht einfach aufgegeben würde, dass sie sich nicht einfach wieder aus der Allianz mit der Sowjetunion lösen ließe, sondern dass wir eine Annäherung allein im Rahmen einer neuen Außenpolitik erreichen“⁸², so Walter Scheel.

Im selben Jahr betrieb die FDP den Bundestagswahlkampf vordergründig mit außenpolitischen Forderungen. Am Ende erreichte die FDP ihr bisher bestes Ergebnis (12,8%) und koalierte erneut mit der CDU unter Adenauer.⁸³ Dies geschah, obwohl die FDP sich vor der Wahl festgelegt hatte: „Mit der CDU, aber ohne Adenauer“.⁸⁴ Seitdem hat die Partei den Beinamen „Umfallerpartei“, den sie bis heute noch nicht völlig verloren hat.⁸⁵ Walter Scheel wurde am 14. November zum

79 Berliner Programm, Beschluss des 8. Ord. Bundesparteitags, Berlin, 26. Januar 1957.

80 Ebenda.

81 Berliner Erklärung zur deutschen Frage, Beschluss des 10. Ord. Bundesparteitags, Berlin, 21.-23. Mai 1959.

82 Freiraum, Europa: Ein Beispiel für die Freiheit und eine Machtkultur ohne Anmaßung, Interview mit Altbundespräsident Walter Scheel, Nr. 8, Dezember 2005, S. 6.

83 Seinem Kabinett gehörten vier liberale Minister an, darunter Walter Scheel als Minister für Entwicklungshilfe und Wolfgang Mischnick als Vertriebenenminister.

84 Vgl., Olzog, Günter (Hrsg.) (2000), a.a.O., S. 135.

85 Nach Meinung Westerwelles hat die FDP mit der Bundestagswahl 2005 dieses Etikett abgelegt. (Vgl. Westerwelle, Guido (2005), Liberales Bündnis mit dem Bürger. Überlegungen und Vorschläge des Bundesvorsitzenden der FDP anlässlich der Bundesvorstandssitzung am 12. Dezember 2005, S. 7.)

ersten Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1961-1966) ernannt.

Zu Differenzen kam es vor allem im innenpolitischen Bereich. Während der SPIEGEL-Affäre (1962/63), so Jürgen Dittberner, demonstrierte die FDP ihr Selbstverständnis als „Partei der Rechtsstaatlichkeit“⁸⁶. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Döring, verteidigte in seiner Bundestagsrede leidenschaftlich den aufgrund eines Artikels über die Schlagkraft der Bundeswehr inhaftierten Publizisten und SPIEGEL-Gründer Rudolf Augstein und legte damit die Kontroversen in der Koalition offen dar. Am 09. November 1962 erklärten die fünf FDP-Bundesminister ihren Rücktritt, um den in die Affäre verwickelten Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) zum Rücktritt zu zwingen. Das Wahlversprechen der Liberalen erreichten sie damit in der Mitte der Legislaturperiode. Zwischen Union und FDP wurde eine Kabinettsumbildung vereinbart. Adenauer musste sich darin bereit erklären, im Herbst 1963, nach 14 Jahren als Regierungschef, zurückzutreten und seinem Nachfolger Ludwig Erhard (1963-1966), dem Wunschkandidaten der FDP, Platz zu machen.

Bei der Bundestagswahl 1965 kam es zu Gewichtsverlagerungen im parteipolitischen Lager. Die Union verfehlte knapp die absolute Mehrheit, die FDP verlor an Wählerstimmen (-3,3%) und die SPD gewann hinzu. Nachdem sich die SPD nicht für eine Große Koalition aussprach, kam es erneut zu einer schwarz-gelben Koalition. Diese Koalition brach 1966 auseinander. Die politischen Gemeinsamkeiten zwischen der FDP und den Unionsparteien waren verschwunden. Es gab große Differenzen über den Bundeshaushalt; in der Deutschland- und Ostpolitik gab es ab Mitte der sechziger Jahre ebenfalls kaum noch Übereinstimmungen.⁸⁷ Es folgte die Große Koalition (1966 bis 1969).

In der Opposition kam es innerhalb der FDP zu einem Kurswechsel in Richtung eines „demokratischen und sozialen Liberalismus“. Ein wichtiger Anstoß erfolgte im März 1967 durch Hans Wolfgang Rubin, Schatzmeister der Bundespartei, durch seinen Aufsatz „Die Stunde der Wahrheit“⁸⁸. Darin bezeichnet er die Bundesrepublik als ein Produkt des Kalten Krieges, das im Zeichen weltpolitischer Entspannung noch keinen rechten Platz und noch viel weniger Selbstverständnis gefunden habe. Er forderte von der FDP eine den Realitäten angepasste Deutschland- und Ostpolitik. Mit dem 1967 beschlossenen Hannoveraner

86 Dittberner, Jürgen (1987), a.a.O., S. 39.

87 Parallel dazu vermehrten sich die Schnittstellen zwischen SPD und FDP.

88 Vgl., Frölich, Jürgen, a.a.O., S. 23.

Aktionsprogramm „Ziele des Fortschritts“ versuchte die Partei, ihre Position zur Großen Koalition zu artikulieren und einen neuen außenpolitischen Kurs, vor allem in „deutschland- und ostpolitischen Fragen“⁸⁹ einzuschlagen. Die einseitige Fixierung auf die CDU hatte den politischen Gestaltungsraum und das Einflusspotential der FDP beschränkt.

Walter Scheel, ein pro-europäisch ausgerichteter Liberaler, der mit Hans-Dietrich Genscher die „neue Mitte“ der Partei anführte, wurde auf dem Parteitag in Freiburg (30.01.1968) zum Vorsitzenden gewählt. Die Ablösung des nationalliberalen Parteivorsitzenden Erich Mende und die Wahl Scheels war ein wichtiger Schritt hin zur sozial-liberalen Koalition. In seiner Ansprache formulierte Walter Scheel die neuen außenpolitischen Zielvorstellungen der liberalen Partei, wie die Normalisierung des Verhältnisses zur DDR und zu den osteuropäischen Staaten, der Verzicht auf die Hallstein-Doktrin und die Respektierung der Oder-Neiße-Grenze.

Darüber hinaus nahm auch innerhalb der SPD die Zahl der Gegner einer Großen Koalition zu, in erster Linie aufgrund unterschiedlicher Auffassungen in der Deutschland- und Ostpolitik. Immer mehr SPD-Anhänger sprachen sich nun für eine Koalition mit der FDP aus. Auch die Liberalen plädierten offiziell für eine Koalition mit der SPD. Im Juli 1969 führten Scheel und Genscher zusammen mit dem ehemaligen Bundesvertriebenminister Wolfgang Mischnik (SPD) Gespräche in Moskau und erklärten, dass die Außen- und Deutschlandpolitik der FDP eher mit den Positionen der SPD als mit denen der CDU/CSU vereinbar wären.⁹⁰

Ende der 1970 Jahre fand in der FDP also ein innerer, einerseits generationsbedingter, andererseits ideologisch bedingter Reform- und Entwicklungsprozess statt, der vor allem vom rechten Flügel der Partei sehr kritisch gesehen wurde. Das liberale Bundeswahlprogramm von 1969 beinhaltete einen politischen Reformkurs in der Innen-, Wirtschafts-, und Außenpolitik.⁹¹ Auf Plakaten versprachen die Liberalen, „die alten Zöpfe abzuschneiden und Deutschland zu verändern“. „Der linksliberale Trend lag am Ende der sechziger förmlich in der Luft“, so Lösche/Walter.⁹² Sogar optisch wurde dieser von Scheel und Genscher angestrebte Wandel sichtbar. Die Liberalen kürzten sich von nun an F.D.P.⁹³ ab.

89 Dittbner, Jürgen (1987), a.a.O., S. 42.

90 Vgl., Munzinger Archiv Online, Personen: Walter Schell, <http://www.munzinger.de>, Stand: 21.10.2003.

91 u.a. die Forderung zur Herabsetzung des Wahlalters, die Forderung zur Revision der Notstandsgesetze oder die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs.

92 Lösche, Peter/Walter, Franz, a.a.O., S. 69.

93 In dieser Arbeit bleibt die Autorin bei der aktuellen Schreibweise FDP.

Nach der Bundestagswahl im September 1969 kam es zum Regierungswechsel, „der unser Land vor einer gefährlichen außenpolitischen Isolation bewahrte“⁹⁴, so Scheel. Es war der Beginn der ersten sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD).⁹⁵ Der FDP-Vorsitzende Walter Scheel wurde zum Vizekanzler und Außenminister ernannt. Die größten Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Koalitionspartnern bestanden in der Deutschland- und Ostpolitik. „Die Deutschland- und Ostpolitik, war dann auch der Kitt, der die sozial-liberale Koalition zusammenhielt.“⁹⁶ Die Integration Westdeutschlands in das westliche Bündnis stand nicht mehr im Vordergrund.

Auf dem Freiburger Parteitag im Oktober 1971 bekräftigte der Außenminister Walter Scheel noch einmal seine außenpolitischen Ziele. Er forderte die Normalisierung des Verhältnisses zur DDR sowie zu den osteuropäischen Staaten, den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die FDP trat verstärkt für eine Entspannungs- und Vertragspolitik ein und sprach weniger von Westintegration. Die beiden Koalitionspartner griffen bei ihren außenpolitischen Aktivitäten vor allem auf die Konzepte des Brandt-Mitarbeiters Egon Bahr zurück, die vom Motto „Wandel durch Annäherung“ gegenüber der Sowjetunion und einer „Politik der kleinen Schritte“ gegenüber der DDR geprägt war.⁹⁷ Die sozial-liberale Regierung belebte somit wieder das alte „Brückenkonzept“ von Jakob Kaiser, Minister für Gesamtdeutsche Fragen (1949-1957).

Anfang der 1970er unterzeichnete die deutsche Regierung Verträge mit Moskau, Warschau und Prag. Ein Teil des Moskauer Vertrages war der „Brief zur deutschen Einheit“, das erste konkrete Programm für die deutsche Wiedervereinigung, geschrieben von Walter Scheel. Darin betonte die Bundesregierung, dass eine friedliche Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands immer noch das wichtigste Ziel sei.⁹⁸ Weitere außenpolitische Erfolge erreichte die Regierung Brandt/Scheel mit dem Viermächteabkommen über Berlin (03. September 1971), dem Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR (17. Dezember 1971), dem Verkehrsvertrag⁹⁹ (26. Mai 1972) sowie mit der Ratifizierung des Grundlagenvertrages (21. Dezember 1972),

94 Freiraum (Hrsg.), a.a.O., S. 7.

95 Um Haaresbreite wäre der Machtwechsel misslungen. Die FDP schaffte den Einzug in den Bundestag nur knapp mit 5,8%. Bis heute das schlechteste Wahlergebnis auf Bundesebene.

96 Heitmann, Clemens: FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972. Sankt Augustin: COMDOK Verlag 1989, S. 100.

97 Vgl., Borowsky, Peter (1998), Sozialliberale Koalition und innere Reformen, in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 258), Zeiten des Wandels. Deutschland 1961-1974, S. 32.

98 Vgl., Frölich, Jürgen, a.a.O., S. 25.

99 Erster völkerrechtlich bindender Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR.

der die Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten auf Grundlage der Gleichberechtigung regelte, ohne jedoch eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik zu beinhalten.

Trotz einer sehr knappen Mehrheit im Bundestag setzten Brandt und Scheel ihre durchaus umstrittene Ostpolitik durch. Die neue Ostpolitik wurden nicht nur von der Union kritisiert, sondern stieß auch innerhalb der FDP, im eigenen national-liberalen Flügel, auf heftigen Widerstand. Besonders die Thematik der Oder-Neiße-Linie führte zur ersten großen innerparteilichen Krise, die die FDP, so Genscher, fast zum Scheitern brachte.¹⁰⁰ Parallel zu den innerparteilichen Streitigkeiten wechselten im Herbst 1970 drei FDP-Abgeordnete, darunter der ehemalige Parteivorsitzende Erich Mende, zur CDU/CSU-Fraktion. Als am 23. April 1972 ein weiterer FDP-Abgeordneter zur CDU ging, sank das Stimmenverhältnis zwischen Regierungskoalition und Opposition auf 249 zu 247.¹⁰¹ Daraufhin versuchte am 27. April 1972 die CDU unter ihrem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel, die Regierung Brandt/Scheel durch ein konstruktives Misstrauensvotum abzulösen. Das erste Misstrauensvotum in der Geschichte der Bundesrepublik fand jedoch nicht die erforderliche Mehrheit im Bundestag. Allerdings verlor die sozial-liberale Koalition damit ihre parlamentarische Mehrheit. Vorzeitige Neuwahlen im November 1972 waren die Folge. Der Wahlkampf war völlig außenpolitisch geprägt. Die Wiederwahl der sozial-liberalen Regierung bestätigte der Koalition, dass die Wähler hinter ihrer Entspannungspolitik standen.¹⁰²

Am 06. Mai 1974 erklärte Willy Brandt u.a. aufgrund der Spionageaffäre Guillaume seinen Rücktritt.¹⁰³ Zum neuen Bundeskanzler wurde am 16. Mai 1974 Helmut Schmidt gewählt. Aufgrund der Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten wurde Hans-Dietrich Genscher¹⁰⁴ neuer liberaler Außenminister und übernahm den FDP-Bundesvorsitz (1974 bis 1985). Der außenpolitische Neuling Genscher machte sich bald einen Namen als „geschickter Anwalt eines Ausgleiches zwischen Ost-West“¹⁰⁵. Zwar wurden unter der zweiten sozial-liberalen Koalition keine weiteren Abkommen mit der DDR

100 Vgl., Interview mit Hans-Dietrich Genscher.

101 Vgl., Borowsky, Peter (1998), a.a.O., S. 35.

102 Die SPD überholte erstmalig die CDU (44,3%) und wurde mit 45,8% stärkste Partei. Die FDP bekam 8,5% der Stimmen.

103 Am 24. April 1974 wurde Willy Brandts persönlicher Referent im Kanzleramt, Günter Guillaume, als Agent der Staatssicherheit der DDR verhaftet.

104 Genscher übernahm zudem den Parteivorsitz der FDP im Oktober 1974, den er bis 1985 innehatte.

105 Munzinger Archiv Online, Personen: Hans-Dietrich Genscher, <http://www.munzinger.de>, Stand: 21.10.2003.

getroffen, jedoch bemühte sich die Regierung Schmidt/Genscher, die Entspannungspolitik auf internationaler Ebene fortzusetzen. Dabei entwickelte sich der KSZE-Prozess zu einem besonderen Schwerpunkt liberaler Außenpolitik. Am 01. August 1975 wurde die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nach zweijährigen Verhandlungen durch die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki beendet. Die 35 Staats- und Regierungschefs aus Europa¹⁰⁶, den USA und Kanada sprachen sich für gemeinsame politische Richtlinien und Grundsätze zur Erhaltung des internationalen Friedens aus. Der Harmel-Bericht¹⁰⁷ der NATO (1967) schuf die Voraussetzungen für einen konzeptionellen Neubeginn der Entspannungspolitik.

In seiner Rede „Liberale in der Verantwortung“ von 1976 definierte Genscher Außenpolitik als eine Politik, die dazu beiträgt, durch eine realistische Ostpolitik, eine vorausschauende Dritte-Welt-Politik sowie durch eine aktive Afrikapolitik die Gefahren der Welt zu entschärfen.¹⁰⁸ Genscher sah neue Herausforderungen und Gefahren für Frieden und Entspannung besonders in den instabilen Regionen der Dritten Welt und den Südfanken Europas.¹⁰⁹ Und der deutsche Außenminister behielt Recht.

Ende 1979 marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein. Obwohl formal die afghanische Regierung darum gebeten hatte, vertrat Genscher eine harte Linie gegenüber Moskau, ließ jedoch nie den Gesprächsfaden abreißen. Dennoch führte dieses Ereignis zu einer deutlichen Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen.

Mit der Wahlparole: „Für eine Regierung Schmidt/Genscher – Gegen Alleinherrschaft einer Partei – Gegen Strauß – Diesmal geht’s um Ganze. Diesmal FDP“¹¹⁰, holte die FDP bei der Bundestagswahl 1980 fast 11% und ging gestärkt in die Koalition mit dem alten Partner SPD.¹¹¹ Allerdings wuchsen die Konflikte zwischen den beiden Regierungsparteien stetig an. Aufgrund der Auseinandersetzungen um

106 Beide deutsche Staaten waren auf der Konferenz vertreten.

107 Mit dem Harmel-Bericht legten die NATO-Staaten erstmalig eine politische Doppelstrategie der NATO fest: Konfliktvermeidung durch militärische Abschreckung und durch Annäherung und Entspannung. Der Bericht bezeichnete die Teilung Deutschlands als den Kern der Spannungen in Europa und sprach sich für eine Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas aus.

108 Vgl., Genscher, Hans-Dietrich (1997), Deutsche Außenpolitik, Bonn Aktuell, Stuttgart, S. 16.

109 Vgl., a.a.O., S. 24.

110 Dittberner, Jürgen (2004), Sind die Parteien noch zu retten? Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle, Logos Verlag, Berlin, S. 42.

111 Die sozial-liberale Koalition konnte ihre Mehrheit im Parlament von 10 Mandaten auf 45 ausbauen. In der nun größer gewordenen liberalen Bundestagsfraktion saßen jetzt zahlreiche rechtsliberale Gegner („Wurbs-Kreis“) des sozial-liberalen Kurses.

den NATO-Doppelbeschluss¹¹², für den Genscher im Gegensatz zur SPD energisch plädierte und den unterschiedlichen Positionen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik¹¹³, trat der deutsche Außenminister am 17. September 1982 gemeinsam mit den übrigen FDP-Bundesministern zurück. Damit kamen sie der Entlassung durch Helmut Schmidt zuvor, der kurz davor in seiner Rede vor dem Bundestag die Koalition aufgekündigt hatte.

Genscher setzte sich sofort für Verhandlungen mit der Union ein. Am 01. Oktober 1982 kam es durch ein konstruktives Misstrauensvotum zur politischen „Wende“, d.h. zur Bildung der ersten christlich-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl mit Genscher als Außenminister. Die „Kehrtwende“ zurück zur Union kostete die Partei die in den 1970er erreichte innerparteiliche Geschlossenheit. Besonders Genscher wurde parteiintern heftig kritisiert. So forderten rund 700 Links-Liberale den Parteivorsitzenden Genscher zum sofortigen Rücktritt auf, scheiterten jedoch. Der größte Teil des links-liberalen Flügels verließ nach den Berliner Parteitag, auch „Parteitag der Tränen“ genannt, die FDP (u.a. Ingrid Matthäus-Maier und Günter Verheugen) oder resignierte.¹¹⁴ Vor allem Jürgen Möllemann unterstützte den Bruch mit den Sozialdemokraten und folgte der Linie des FDP-Vorsitzenden Genschers.¹¹⁵ Dieser berief ihn daraufhin 1982 zum Staatsminister ins Auswärtige Amt.

Möglich wurde diese christlich-liberale Koalition, weil die CDU in den späten 1970er Jahre von ihrem harten Konfrontationskurs gegen die Ostpolitik der Regierung abwich. Die neue schwarz-gelbe Regierung setzte im Wesentlichen den liberalen außenpolitischen Kurs, welcher sich als „Genscherismus“ einen Namen gemacht hatte, kontinuierlich fort. „Die Wahrung von bestmöglichen Beziehungen mit einer größtmöglichen Zahl von Staaten unter Beibehaltung des höchstmöglichen innenpolitischen Profils“¹¹⁶, so Timothy Garton Ash, blieb weiterhin richtungsgebend.

112 Die NATO fasste Ende 1979 den so genannten „NATO-Doppelbeschluss“. Dieser besagt, dass der russischen Aufrüstung mit Raketen mittlerer Reichweite durch die Stationierung ähnlicher Waffen der USA in Westeuropa begegnet werden sollte. Zugleich aber bot die NATO der UdSSR Verhandlungen über diese Waffen an, deren Stationierung auf westlicher Seite erst nach einem Scheitern dieser Verhandlungen erfolgen sollte.

113 Udo Leuschner bezeichnete das Lambsdorff-Papier zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (09. September 1982) als einen „Gruselkatalog neoliberaler Zumutungen“, der ausschlaggebend dafür war, dass die sozial-liberale Koalition nach 13 Jahren endgültig zerfiel.

114 Man schätzt, dass etwa 15.000 Mitglieder die FDP verließen. Davon wurden etwa 2000 SPD-Mitglieder.

115 Vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), Politik für die Freiheit. Liberalismus in Deutschland nach 1945, Projekt der Virtuellen Akademie, Personen: Jürgen Möllemann.

116 Vgl., Meier, Albrecht, 50 Jahre Auswärtiges Amt, TAZ, 13. März 2001.

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre bemühte sich Genscher, trotz der schwierigen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, um Entspannung. Im August 1983 plädierte er als erster Außenminister eines NATO-Landes für ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen Ost und West.¹¹⁷ Hans-Dietrich Genscher beschrieb sein politisches Handeln als „Verantwortungspolitik statt Machtpolitik, die Fähigkeit, sich auch in die Schuhe des anderen zu stellen, und die Phantasie, scheinbar unlösbare Probleme durch Veränderung der Rahmenbedingungen lösbar zumachen.“¹¹⁸ Am 08.12.1987 schlossen die USA und die UdSSR das Abkommen über die Beseitigung aller landgestützten Mittelstreckenraketen. Der NATO-Doppelbeschluss wurde umgesetzt und Genschers außenpolitische Linie hatte sich als richtig herausgestellt. Der Politologe Stefan Fröhlich bezeichnet Genscher auch als den „stärksten Protagonisten einer Fortführung der Entspannungspolitik“.¹¹⁹

Nach dem Fall der Berliner Mauer (09. November 1989) setzte sich innerhalb der FDP schnell der Ruf nach einer Wiedervereinigung durch, da viele führende FDP-Persönlichkeiten aus dem Gebiet der DDR stammten (Genscher, Mischnick, Hirsch oder Hoppe). Jedoch waren weder die Bundesregierung noch die meisten europäischen Staaten darauf vorbereitet. Noch zu Beginn des Jahres 1989 erklärte der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin, Hans-Otto Bräutigam, die DDR habe einen Zustand „relativer Stabilität“ erreicht.¹²⁰ Obwohl die westlichen Länder nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Bierling Deutschland als Verbündeten schätzten, weil die Bundesrepublik als Anwalt der europäischen Integration fungierte, sich zu einem zahlungskräftigen Mitglied internationaler Organisationen entwickelt hatte sowie ein bedeutsamer Wirtschaftspartner war, wollten einige dieser Länder die Wiedervereinigung verhindern.¹²¹ Selbst der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow, der sich maßgeblich um die deutschen Einheit verdient machte, nannte Kohls Zehn-Punkte-Programm eine „ungeheuere Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates“¹²². Margaret Thatcher war

117 Vgl., Woyke, Wichard (2000), Deutsche Wiedervereinigung, in: Woyke, Wichard (Hrsg.) (2000), Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Aufl., Leske+Budrich, Opladen, S. 50.

118 So umschrieb Hans-Dietrich Genscher am 03. Oktober 2001 die Maxime seines außenpolitischen Handelns im Interview mit dem WDR.

119 Fröhlich, Stefan (2001), a.a.O., S. 138.

120 Vgl., Leuschner, Udo (2005), a.a.O., S. 194.

121 Vgl., Bierling, Stephan (1999), a.a.O., S. 253.

122 Ders., a.a.O., S. 255.

sogar der Meinung, dass sich Deutschland nach der Wiedervereinigung Schlesien, Pommern, Ostpreußen und dazu noch die Tschechoslowakei nehmen werde.¹²³ Daraufhin versuchte die Regierung Kohl/Genscher, die ausländischen Vorbehalte gegen ein vereintes Deutschland durch intensive Gespräche mit Großbritannien, den USA, Frankreich und der Sowjetunion abzubauen und den ausländischen Partnern zu versprechen, dass die Wiedervereinigung zu keinem Wandel der außenpolitischen Grundlinien Deutschlands führen würde.

2.3. Das außenpolitische Handeln der FDP ab 1990

Während der Zeit als Regierungspartner (1990-1998)

Außenminister Hans-Dietrich Genscher setzte sich besonders für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ein. Der in Halle an der Saale geborene Genscher wurde zum Wortführer der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen.¹²⁴ Mit dem „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“¹²⁵, (12.09.1990) erhielt Deutschland nach 45 Jahren die „volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zurück“¹²⁶ und hörte auf, Objekt der internationalen Politik zu sein. Nach dem Vertragsabschluss unterstrich Genscher, dass mit der Wiedervereinigung keineswegs eine Abkehr von der bisherigen Außenpolitik verbunden sein würde: „Die Politik des vereinigten Deutschland wird bestimmt von der Friedenspflicht unseres Grundgesetzes und des Einigungsvertrags. Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern“¹²⁷ zu leben. Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ ist der „Beginn des neuen deutschen Selbstbewusstseins“¹²⁸.

Während der politischen Umbrüche von 1989/1990 erfolgte der Vereinigungsprozess der liberalen Blockparteien aus Ostdeutschland

123 Vgl., Ders., a.a.O., S. 256. Vgl. auch Connor, Ian (1995), Die Thatcher-Regierung und die Vereinigung Deutschlands, in: WeltTrends Nr. 9, S. 121-133.

124 Vgl., Alemann, Ulrich von/ Strünck, Christoph (2002), Die neue Koalitionsrepublik. FDP, Bündnis90/ Die Grünen und die PDS im vereinigten Parteiensystem, in: Werner Süß (Hrsg.) (2002), Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Leske+Budrich, Opladen, S. 105-121.

125 Neben dem liberalen Außenminister Hans-Dietrich Genscher unterzeichnen Lothar de Maizière für die DDR, Roland Dumas für Frankreich, Eduard Schewardnadse für die UdSSR, Douglas Hurd für Großbritannien und James Baker für die USA. Völkerrechtliche abgeschlossen war dieser Vertrag aber erst, nachdem alle Parlamente diesem Vertrag zustimmten (04.03.1991).

126 Zitiert aus Artikel 7 des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“.

127 Vgl., Frölich, Jürgen, a.a.O., S. 44.

128 Munzinger Archiv Online, Personen: Hans-Dietrich Genscher, a.a.O.

und der FDP.¹²⁹ Die liberale Außenpolitik in den 1990ern wurde von drei Schwerpunkten geprägt: Ein vereintes und starkes Europa sowie eine Ausweitung der „Dritte-Welt-Politik“ mit dem Ziel, eine neue Weltordnung aufzubauen, die auf partnerschaftlicher Zusammenarbeit basiert. „Die europäische Einigung ist geschichtliche Notwendigkeit“¹³⁰, so Genscher, und dieses Europa sei zuerst ein Europa der Bürger, der Solidarität und des Föderalismus. Ebenso vertrat er den Standpunkt, dass Europa neben einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik benötigt.

Bereits 1991 sicherte die Bundesrepublik den baltischen Staaten ihre Unterstützung für eine EG-Mitgliedschaft zu. Denn die EU-Erweiterungen waren nicht nur rein wirtschaftlicher Natur. Sie wurden und werden als Ausgangspunkt für Frieden, Freiheit, Sicherheit und politischer Stabilität in ganz Europe gesehen. Deutsche Außenpolitik war von nun an unter der Regierung Kohl vor allem Europapolitik, und Bonn nahm zunehmend eine gestaltende Rolle ein. Im Jahr 1992 unterzeichneten die europäischen Staats- und Regierungschefs den Vertrag von Maastricht. Seitdem wird Genscher „Architekt des neuen Europas“ genannt.

Parallel dazu setzte sich der liberale Außenminister verstärkt für Deutschlands östliche Nachbarstaaten ein. Die deutsche Regierung ratifizierte eine Vielzahl an bilateralen Verträgen und warb in der EU, zum Unmut Frankreichs, für eine Osterweiterung.¹³¹ Um Frankreich zu besänftigen und die Hoffnungen der Warschauer Regierung zu stärken, gründete Genscher an Goethes Geburtstag in Weimar das „Weimarer Dreieck“ – ein Forum, indem sich Deutschland, Frankreich und Polen militärisch und politisch konsultierten.

Kurz nach seinem 65. Geburtstag erklärte Hans-Dietrich Genscher am 27. April 1992, auf den Tag genau nach 18 Jahren als Außenminister, seinen Rücktritt. Damit verließ der am längsten amtierende deutsche Außenminister seit Bismarck das offizielle politische *Tableau*.¹³² In

129 Der letzte Schritt der Parteienverschmelzung fand am 12. August 1990 in Hannover statt. Auf dem gemeinsamen Parteitag schlossen sich der „Bund Freier Demokraten“ als Nachfolger von LDP und NDPD sowie die „Deutsche Forumspartei“ und die „FDP der DDR“ mit der westdeutschen FDP zusammen. Neue politische Strömungen kamen in die FDP. Im Jahre 1990 hatte die gesamtdeutsche FDP 178.625 Mitglieder. Von diesen lebten zwei Drittel (circa 110.000) im Osten der Republik. Indes wurde das Erscheinungsbild der FDP in Gesamtdeutschland weiterhin ausschließlich vom westdeutschen Image des Wirtschaftsliberalismus und Besserverdiener geprägt. „Den Ostdeutschen wollte man die westdeutsche F.D.P. einfach überstülpen“, so Jürgen Dittberner (Dittberner, Jürgen (2000), Die F.D.P. an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, Aus Politik und Zeitgeschichte B5/2000, S. 34).

130 Vgl., Genscher, Hans-Dietrich (1997), Deutsche Außenpolitik, Bonn Aktuell, Stuttgart, S. 32.

131 Frankreichs langwieriger Plan war es, die EU-Erweiterung Richtung Mittelmeer voranzutreiben.

132 Spekulationen über seinen Rücktritt gab es zur Genüge. Die einen sprachen davon, Genscher

seiner Abschiedsrede vor dem Ministerrat (17. Mai 1992) bezeichnete er seinen Rücktritt als „Beitrag zur Glaubwürdigkeit der Demokratie, die die Verantwortung zu Recht nur auf Zeit übertrage“¹³³.

Die FDP, die weiterhin das Außenministerium beanspruchte, wählten nach parteiinternen Differenzen den „FDP-Neuling“¹³⁴ und ehemaligen zivilen Chef des Bundesnachrichtendienstes, Klaus Kinkel, zu seinem Nachfolger. Dieser konnte sich gegen die langjährige politische Weggefährtin Genschers, Irmgard Schwaetzer, durchsetzen. Kinkel trat ein schweres Erbe an. Genscher wünschte sich nach seinem Rücktritt einen Nachfolger, der „einen eigenen Stil, ein eigenes Profil [und] eine eigene Handschrift in der deutschen Außenpolitik“¹³⁵ entwickelt und die deutsche Außenpolitik an die neuen Herausforderungen nach dem politischen Umbruch anpassen sollte. Kinkel betonte in seiner Antrittsrede, die Kontinuität der deutschen Außenpolitik fortzusetzen und angesichts der Herausforderungen der Wiedervereinigung und der größeren außenpolitischen Rolle Deutschlands „eine Rückbesinnung auf Freiheit, Marktwirtschaft und Leistung“¹³⁶ anstreben zu wollen.

Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt, im Juli 1992, überraschte der Außenminister seine Partei, als er bei seinem Türkeiibesuch deutlich die Einhaltung der Menschenrechte einforderte. Seine geradlinig-offene Sprache brachte ihm den Ruf ein, „nicht unbedingt ein geborener Politiker zu sein“¹³⁷. Dieses Urteil der FAZ muss man aber nicht teilen.

Grundsätzlich führte Kinkel den außenpolitischen Kurs seines Vorgängers fort. In der Europapolitik standen die Vertiefung und Erweiterung der EU sowie der Ausbau eines europäischen Sicherheitssystems im Vordergrund. Kinkel galt u.a. als treibende Kraft des EU-Beitrittes von Finnland, Schweden und Österreich am 01. Januar 1995. In der FDP-Fraktion gehörte er der Gruppe an, die sich als „glühender Befürworter“ der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei sahen.

wolle sich eine günstigere Ausgangsposition für die Wahl zum Bundespräsidenten verschaffen, andere sprachen von gesundheitlichen Problemen und wiederum andere meinten, Genscher sei den neuen außenpolitischen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Sein Abtreten wurde als Eingeständnis des Scheiterns der Balkankriege interpretiert.

133 MDR Online, Geschichte, Personen, Hans-Dietrich Genscher, <http://www.mdr.de/geschichte/personen/128938.html>, Stand: 05.12.2005.

134 Erst 1991 trat Kinkel offiziell in die FDP ein. Nachdem er Genschers Amt übernahm wurde er 1993 auf dem Bundesparteitag auch zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt, was sein erstes Parteiamt überhaupt war.

135 Genscher, Hans-Dietrich (1995), *Erinnerungen*, Siedler Verlag, Berlin, S. 1003.

136 Kinkel, Klaus, Rede anlässlich seiner Wahl zum FDP-Vorsitzender, 12. Juni 1993 in Münster.

137 FAZ, 04.06.1998.

Aber er setzte auch neue Akzente. Besonders trat er für ein größeres Engagement Deutschlands an den Krisenherden der Welt ein und strebte, im Unterschied zu Kohl, nach größerem deutschen Einfluss in den internationalen Organisationen, so Helmut Schäfer, Staatsminister im Auswärtigen Amt 1987-1998.¹³⁸ Deshalb überraschte es viele, als er im Herbst 1992 in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhob. Laut Bierling sei Kinkels Plädoyer im Zusammenhang mit dem verstärkten Engagement der deutschen Bundeswehr bei UN-Missionen zu sehen.¹³⁹ Allerdings ließ der liberale Außenminister die Frage offen, ob Deutschland bereit wäre, die Bürde eines Vetos zu schultern.

Darüber hinaus strebte Kinkel eine schnelle Integration Osteuropas in das westliche Bündnis- und Wirtschaftssystem an. Kinkel befürwortete den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes, verneinte jedoch gleichzeitig die Beteiligung an internationalen militärischen Kampfeinsätzen.¹⁴⁰ Des Weiteren plädierte der deutsche Außenminister noch stärker für eine engere Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft. Der interdependente Charakter des Weltwirtschaftssystems erfordere nach Kinkels Meinung gerade von Deutschland, das wie kein anderer Staat von vielen Ländern umgeben ist, hohe ökonomische Kooperation und Verflechtung. Er wies die deutschen Botschafter an, sich verstärkt für die deutsche Industrie einzusetzen, damit sich diese im Ausland etablieren könne. Zudem gelang es der Regierung Kohl/Kinkel durch bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu Polen, Ungarn und Tschechien, die dort vorhandenen historischen Vorbehalte gegenüber Deutschland weiter abzubauen.

Bundestagswahl 1994

Die Bundestagswahl im Jahr 1994 stand ganz im Zeichen der Wirtschaftspolitik – „Gegen Steuern gegensteuern“ war der Wahlslogan der FDP. Dennoch beinhaltete das Programm wieder ein Kapitel mit außen- und sicherheitspolitischen Positionen der FDP. Daran wird deutlich, dass die außenpolitische Programmatik weiterhin ein wichtiges Politikfeld der Freien Demokraten blieb. Nach den Bundestagswahlen wurde die Koalition mit der Union fortgesetzt. In der Koalitionsvereinbarung der CDU/CSU-FDP lag der außenpolitische Schwerpunkt bei der

138 Vgl. Interview mit Helmut Schäfer am 14. November 2005.

139 Vgl., Bierling, Stephan (1999), a.a.O., S. 290.

140 Vgl., Munzinger Archiv Online, Personen: Klaus Kinkel, <http://www.munzinger.de>, Stand: 26.06.2003.

Heranführung der Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa an die EU sowie die Festigung der Partnerschaften zu den GUS-Staaten. „*The German government has never identified itself with a Western or South-Western Union; it has always declared its loyalty to all of Europe*“, so Klaus Kinkel. Der Ausbau der Beziehung zu Russland war besonders wichtig. Immer mehr übernahm Bundeskanzler Kohl die Rolle des Außenministers. „Kinkel versuchte, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren und neues Profil gegenüber Kohl zu gewinnen, konnte sich aber nicht durchsetzen“, so Helmut Hubel.

Kohl nahm Gorbatschows Wort „vom gemeinsamen europäischen Haus“¹⁴¹ zum Anlass, Russland verstärkt europäisch einzubinden. Deutschland war die erste europäische Regierung, in deren europäische Vision auch Russland eine wichtige Rolle spielte. Parallel zur EU-Erweiterung sollte die NATO ebenfalls schrittweise erweitert werden.¹⁴²

Fast wäre Kinkel Ende 1995 als Außenminister zurückgetreten. Anlass war eine Islam-Konferenz in Bonn, zu der Kinkel auch den iranischen Außenminister Velayati eingeladen hatte. Den Außenminister jenes Landes, dessen Staatspräsident wenige Tage zuvor die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin als „Strafe Gottes“ bejubelt hatte. Die Opposition, aber auch die eigenen Reihen kritisierten ihn dafür vehement. Nach Meinung von Udo Leuschner blieb er nur auf Wunsch Helmut Kohls im Amt.¹⁴³

Aufgrund der Wahldebakel auf Bundes- sowie auf Landesebene beschloss die FDP-Führung eine grundlegende Reform ihrer Parteistrukturen. Am 24. Mai 1997 verabschiedeten die Delegierten die „Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft“ als neues liberales Grundsatzprogramm. Im Mittelpunkt standen die Wirtschafts- und die Steuerpolitik, das föderale System Deutschlands sowie das reformbedürftige Bildungswesen der Bundesrepublik. Außenpolitisch legte das Papier keine neuen Schwerpunkte fest. Die traditionellen außenpolitischen Leitlinien galten weiterhin als richtungsweisend. Zentraler Schwerpunkt der Liberalen blieb Europa. Die Nordatlantische Allianz war „Ausdruck der Werte und Verantwortungsgemeinschaft“¹⁴⁴, ein System kollektiver Verteidigung und

141 Hacke, Christian (2003), a.a.O., S. 428.

142 Vgl., Pursch, Günter, Koalitionsvereinbarungen seit 1949, in: Das Parlament, Nr. 46, 14. November 2005, S. 2.

143 Vgl., Leuschner, Udo (2005), a.a.O., S. 256.

144 Vgl., Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft, Bundesparteitag der F.D.P., Wiesbaden, 24. Mai 1997, S. 25.

Sicherheitsanker für Europa. Zudem sprachen sich die Liberalen für eine globale Rechtsordnung unter den Vereinten Nationen aus.

Während der Zeit als Oppositionspartei

Mit der Bundestagswahl am 27. September 1998 kam es zu einem politischen Machtwechsel in Deutschland. Der Sozialdemokrat Gerhard Schröder übernahm das Kanzleramt und die Grünen lösten nach 29 Jahren die FDP im Auswärtigen Amt ab. Damit begann für die Liberalen die dritte und bisher längste Phase¹⁴⁵ in ihrer Geschichte, in der sie nicht an einer Bundesregierung beteiligt waren. Zudem verfügte die FDP nur noch in vier der 16 Bundesländer über Landtagsabgeordnete.

Nach der verlorenen Bundestagswahl, in welcher außenpolitische Fragen keine wichtige Rolle spielten, formulierte die FDP-Führung das Strategiepapier „F.D.P. 2002. Strategische Überlegungen zur Zukunft der F.D.P.“. In diesem Papier untersuchten die Liberalen die Ursachen ihrer Krise, analysierten ihre Ausgangslage gegenüber den anderen Parteien und formulierten neue Strategien. Denn „während in der vergangenen Legislaturperiode in der Außen-, Wirtschafts- und Justizpolitik Präsenz durch die Regierungsverantwortung stets gewährleistet war, muss sich die F.D.P. künftig jede Profilierung in diesen Feldern neu erarbeiten“¹⁴⁶. Neue außenpolitische Überlegungen enthielt das Strategiepapier nicht.

Als Oppositionspartei konzentrierte sich die FDP vordergründig auf das tagespolitische Geschehen. Die eigene außenpolitische Programmatik spielte vorerst eine eher untergeordnete Rolle. Nach dem Rücktritt Genschers gab es ein außenpolitisches Vakuum: „Die geballte außenpolitische Kraft war verschwunden. Die neuen und jungen FDP-Außenpolitiker brauchen Zeit, um außenpolitischen Sachverstand zu erwerben, was besonders in der Opposition schwierig ist“, so Helmut Schäfer.¹⁴⁷ Die einst so erfolgreichen außenpolitischen Strategien der FDP, könnten sowieso, laut dem ehemaligen Staatsminister im Auswärtigen Amt, nicht einfach weitergeführt werden, ohne an die neuen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen angepasst zu werden.¹⁴⁸

145 Nach 1957 bis 1961 und 1966 bis 1969.

146 FDP (Hrsg.) (1998), F.D.P. 2002 Strategische Überlegungen zur Zukunft der F.D.P., Bonn, S. 8.

147 Interview mit Helmut Schäfer am 14. November 2005.

148 Vgl., ebenda.

Der Kosovokrieg

Am 24. März 1999 begann im ehemaligen Jugoslawien der Krieg um das Kosovo. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg beteiligten sich deutsche Soldaten wieder aktiv an einem Krieg. Die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder brach mit der Bundeswehrbeteiligung erstmalig den 1949 vereinbarten Grundsatz: „Nie wieder sollte Krieg von deutschem Boden ausgehen, nie wieder sollten deutsche Soldaten für andere Zwecke als jene der Verteidigung zur Verfügung stehen“¹⁴⁹. Legitimiert wurde die militärische Beteiligung der Bundeswehr, um Völkermord zu verhindern. Dem Kriegsbeginn gingen einige wichtige parlamentarische Bundestagsentscheidungen voraus.

Die entscheidende Abstimmung im Parlament fand am 12. Oktober 1998 statt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der neu gewählte Bundestag noch nicht konstituiert. Allerdings legte die wenige Tage zuvor gewählte Bundesregierung dem Parlament einen Antrag zur Abstimmung vor. So kam es, dass der alte Bundestag über einen Antrag der Bundesregierung der 14. Legislaturperiode abstimmte. Der Bundestag stimmte mit schwarz-gelber Mehrheit geschlossen für das Mandat, das ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates für eine deutsche Beteiligung an einem NATO-Schlag gegen Jugoslawien erfolgte.¹⁵⁰ Aus der FDP-Fraktion stimmten Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch wie auch Jürgen Koppelin als einzige FDP-Abgeordnete mit „Nein“. „Ich habe gegen den Kosovo-Krieg gestimmt. Ich halte meine Entscheidung auch jetzt noch für richtig“, so Koppelin.¹⁵¹ Max Stadtler enthielt sich und der amtierende Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig nahm an der Beschlussfassung nicht teil. „Eine entsprechende Protokollerklärung von mir liegt in den Kabinettsakten“, so Schmidt-Jortzig.¹⁵² Wolfgang Gerhardt hielt die mehrheitliche Entscheidung der Fraktion für „zwingend und hat bis heute nichts von ihrer Richtigkeit eingebüßt“¹⁵³. Der Vorsitzende der FDP, Guido Westerwelle, befand angesichts des Völkermordes ein Mandat des Sicherheitsrates „zwar

149 Gießmann, Hans Joachim (2005), Friedenswahrung und Friedensschaffung: Ein Plädoyer für Prävention, in: Böckenförde, Stephan (Hrsg.) (2005), Chancen der deutschen Außenpolitik. Analysen-Perspektiven-Empfehlungen, TUDpress, Dresden, S. 38.

150 Von 580 anwesenden Parlamentariern stimmten 500 mit Ja, 62 mit Nein und 18 enthielten sich ihrer Stimme.

151 Dokumentation einer schriftlichen Befragung aller Bundestagsabgeordneten zu ihrem Abstimmungsverhalten hinsichtlich der Bundeswehrbeteiligung am Kosovo-Krieg, in: der Zeitschrift Graswurzelrevolution (Hrsg.), Juni 2002.

152 Ebenda.

153 Ebenda.

wichtig, aber nicht entscheidend“¹⁵⁴. Zur Rechtfertigung übernahm der designierte Außenminister Josef Fischer Kinkels Regierungsvorlage, dass es sich um eine „Notfallsituation und um eine Ausnahmesituation, nicht um einen Präzedenzfall“¹⁵⁵ handle.

11. September 2001

Die terroristischen Attentate in den USA hatten weltweit sowohl politische als auch militärische Folgen. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle bezeichnete den 11. September 2001 als „historische Zäsur“ für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁵⁶ Erstmals hatten die USA sich auf eigenem Territorium als verwundbar erwiesen und zwar nicht durch einen feindlichen Staat, sondern durch ein transnational organisiertes Netzwerk islamistischer Terroristen. In einer ersten Reaktion auf die Anschläge sagte der Vorsitzende der FDP-Bundstagsfraktion Wolfgang Gerhardt: „Wir sind an der Seite der Vereinigten Staaten von Nordamerika und wir bleiben an ihrer Seite“. „Wir haben einen gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus zu führen. Dabei gibt es keine Neutralität“. [...] „Wir Freien Demokraten unterstützen den Kurs einer wehrhaften Demokratie und es ist dabei aus unserer Sicht völlig klar, dass die Deutschen hier mehr Verantwortung übernehmen müssen als in Form von finanziellen Leistungen“¹⁵⁷, so auch Guido Westerwelle.

Nach den Anschlägen beanspruchte der deutschstämmige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld das Recht auf *pre-emption* (vorbeugendes Handeln, auch ohne Ermächtigung des VN-Sicherheitsrates) und sprach vom Krieg als zulässigem Mittel der Politik. Die EU und ihre Beitrittskandidaten reagierten auf den Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik gespalten, dennoch unterstützte die deutsche Regierung den multilateralen Kampf zur Bekämpfung des Terrorismus in Afghanistan. Allerdings gelang es der internationalen Koalition gegen den Terrorismus bislang noch nicht, die von Al-Qaida und den mit ihr verbundenen Terrorgruppen ausgehende Gefahr für den Weltfrieden zu bannen. „Es ist daher unerlässlich, dieser massiven Bedrohung unserer Freiheit und unserer Werteordnung auch weiter-

154 Christmann, Stefanie (2001) Der Kosovo-Krieg im Bundestag, Auszüge der Plenardebatten vom 16.10.1998 und vom 15.4.1999, in: Frankfurter Rundschau, 24. April 2001.

155 Ebenda.

156 Vgl., Westerwelle, Guido, zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Rede im Deutschen Bundestag am 8. November 2001.

157 Ebenda.

hin entschlossen entgegenzutreten“¹⁵⁸, so Wolfgang Gerhardt. Seiner Meinung nach sollten „Entwicklungspolitik, Umweltschutz, interkultureller Dialog, die Durchsetzung von Menschenrechten, die Vermeidung von Flüchtlingselend und die Bekämpfung von internationaler organisierter Kriminalität, von Terrorismus und von Menschen und Drogenhandel“¹⁵⁹ zu gleichrangigen Schwerpunkten der (deutschen) Außenpolitik werden.

Bundestagswahl 2002

Im Jahre 2002 wollte die 1998 von der Macht entlassene FDP wieder Teil der neu gewählten Bundesregierung werden und erneut, nach 1969 und 1982, eine bundespolitische Wende bewirken. Die Partei bezweckte, sich vor allem durch neue außenpolitische Konzepte gegenüber den anderen Parteien zu profilieren. Der 53. Ordentliche Bundesparteitag vom 10. bis 12. Mai 2002 in Mannheim war geprägt durch die Beschlüsse zum Bundestagswahlkampf, allem voran das offizielle Programm der FDP für die Bundestagswahl 2002: „Bürgerprogramm 2002“ und den zahlreichen außenpolitischen Beschlüssen, u.a. 18 liberale Thesen zur mutigen Gestaltung der Globalisierung, die Forderung nach einer europäischen Friedensinitiative im Nahen Osten und eine europäische Berufsarmee.

Für FDP-Parteichef Guido Westerwelle war das Bürgerprogramm, dass „konkreteste Wahlprogramm aller deutschen Parteien“. Hervorzuheben ist das zehnjährige außenpolitische Kapitel im Bundestagswahlprogramm „Politik für eine freie Welt“.¹⁶⁰ Darin forderte die FDP eine „kohärente deutsche Außenpolitik“¹⁶¹ und legte folgende Schwerpunkte fest: Deutschland muss zusammen mit seinen Partnern den Beitrag leisten, der seinem Gewicht und seinen Fähigkeiten entspricht und den auch seine Verbündeten von ihm erwarten. Dabei bleibt die Partnerschaft mit den USA weiterhin ein tragendes Fundament deutscher Außenpolitik. Europa ist die liberale Antwort auf die internationalen Herausforderungen. „Wir brauchen mehr Europa in der

158 Gerhardt, Wolfgang (2002), Der Irak und der »Deutsche Weg«, in: liberal, Ausgabe 4/2002, Berlin, S. 2.
159 Ebenda.

160 Vgl. BÜRGERPROGRAMM 2002. Programm der FDP zur Bundestagswahl 2002, beschlossen auf dem 53. Ord. Bundesparteitag, Mannheim, 10. – 12. Mai 2002, S. 78-88.

161 Vgl. auch Antrag der FDP im deutschen Bundestag (14/9552), indem es heißt, das Auswärtige Amt müsse wieder seine in der Geschäftsordnung der Bundesregierung festgelegte Querschnittskompetenz und Koordinierungsfunktion für die auswärtigen Angelegenheiten des Bundes in vollem Umfang erhalten. Damit würde die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik wieder gestärkt werden.

Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und der Entwicklungspolitik¹⁶², sagte Gerhardt in einer außenpolitischen Grundsatzrede auf dem Bundesparteitag in Mannheim. Aus diesem Grund forderte die FDP eine Ratifizierung der europäischen Verfassung und eine Volksabstimmung zu dieser Verfassung in Deutschland. Die Erweiterungsverhandlungen mit den zehn MOE-Staaten müssten parallel zu einer Vertiefung der Union zügig weitergeführt werden. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) müsste konsequent ausgebaut und gefestigt werden. Russland sollte in der gesamteuropäischen Friedensordnung eine zentrale Rolle einnehmen. Außerdem forderten die Liberalen, dass das VN-System in allen seinen Bereichen reformiert und nachhaltig gestärkt werden solle. Weiterhin ist die „Universalität der Menschenrechte sowie ihre weltweite Geltung und Durchsetzung“¹⁶³ ein unverzichtbarer Bestandteil liberaler Außenpolitik. Die FDP forderte zudem eine friedliche Lösung im Nahost-Konflikt und kritisierte beide Parteien. „Kein Widerstandsrecht der Welt legitimiert, Selbstmörder zu rekrutieren und Unschuldige mit in den Tod zu reißen. Die FDP rief Jassir Arafat und die palästinensische Führung auf, den Terror zu stoppen. „*Wir appellieren gleichermaßen an den israelischen Ministerpräsidenten Scharon und seine Regierung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, den Weg für eine friedliche Lösung des Konfliktes frei zu machen. [...] Israel hat das Recht auf eine gesicherte Existenz. Die Palästinenser haben auch das Recht, in einem eigenen lebensfähigen und demokratischen Staatsverband zu leben*“¹⁶⁴, so Westerwelle in seiner Rede auf dem Parteitag. Außerdem forderte die FDP als einzige Partei eine Zusammenlegung des Entwicklungsministeriums mit dem Auswärtigen Amt. „Außenpolitik und Entwicklungspolitik sind zwei Seiten der selben Medaille“¹⁶⁵, so Gerhardt.

Obwohl die FDP eine anspruchsvolle Programmatik vorzuweisen hatte, wurde diese im Wahlkampf 2002, laut Jürgen Dittberner, nur zweitrangig behandelt.¹⁶⁶ Um den 18% Stimmenanteil zu erreichen, wollte sich die „Partei der Besserverdienenden“ mit Jürgen Möllemanns „Projekt 18“ zur „Partei des ganzen Volkes“ (Westerwelle) wandeln.¹⁶⁷

162 Gerhardt, Wolfgang, Rede auf dem 53. Ord. Bundesparteitag in Mannheim, 11. Mai 2002, S. 4.

163 Vgl., BÜRGERPROGRAMM 2002, a.a.O., S. 85.

164 Westerwelle, Guido, Rede auf dem 53. Ord. Bundesparteitag am 10. Mai 2002 in Mannheim, S. 10.

165 Gerhardt, Wolfgang, Rede auf dem 53. Ord. Bundesparteitag, a.a.o., S. 5.

166 Vgl., Dittberner, Jürgen, Kleine Brötchen bei der FDP, Oktober, 2002, http://www.uni-potsdam.de/u/PolWi_Dittb/, Stand: 25.08.2005.

167 Ein Teil des Projektes sah es vor, einen eigenen Kanzlerkandidaten zu stellen und einen Wahlkampf ohne Koalitionsaussage zu betreiben.

Nachdem Guido Westerwelle im Sommer 2002 das „Projekt 18“ für sich beanspruchte, versuchte Möllemann sich durch anti-israelische Äußerungen, u.a. gegenüber dem Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, Michel Friedmann, Stimmen für sich und für die FDP zu sichern. Zudem organisierte er den Übertritt des Grünen-Landtagsabgeordneten Jamal Karli in die FDP, nachdem sich dieser mehrfach anti-israelisch äußerte. Daraufhin ging der Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher auf Distanz zu seinem „politischen Ziehsohn“. In Absprache mit Genscher und Graf Lambsdorff sprach Guido Westerwelle am 18. Mai 2002 ein Machtwort gegenüber Möllemann und Karli.¹⁶⁸ Dennoch erreichte der von dem Vorsitzenden der Deutsch-Arabischen-Gesellschaft provozierte „Antisemitismus-Streit“ wenige Monate vor der Wahl seinen Höhepunkt. Möllemann ließ für sein Bundesland Nordrhein-Westfalen ein Flugblatt drucken, welches antisemitische Äußerungen beinhaltete.

Die Liberalen befanden sich auf Abwegen zum rechten Rand. Zwar bescherte dies der FDP kurzfristig einen Mitgliederzuwachs, endete jedoch in „einer der größten Krisen, welche die Partei je erlebte“¹⁶⁹, so Leuschner. Die Freien Demokraten erlitten ein weiteres Wahldebakel. Die FDP erhielt nicht die angestrebten 18%, sondern „nur“ 7,4% der Stimmen, was dennoch ein Stimmenzuwachs von 1,2% gegenüber 1998 bedeutete. Trotzdem versagte die FDP als Mehrheitsbeschafferin, um einen Machtwechsel beizuführen. Rot-Grün blieb im Amt. Infolge der Wahlniederlage distanzierte sich die FDP-Führung um Guido Westerwelle weiter von Möllemann.

Die Liberalen brauchten ein neues Konzept und mussten sich wiederholt neu definieren. Denn der Wunsch, auf gleicher Augenhöhe mit Union und SPD zu agieren und eine Partei des ganzen Volkes zu sein, erfüllte sich nicht. Ende 2002 befand sich die FDP, so der Journalist Leuschner, „in einer manifesten Krise“¹⁷⁰.

Nach der erneuten Wahlniederlage veröffentlichte der Bundesvorsitzende der FDP Anfang November 2003 ein neues und umfassendes Positionspapier „Für eine freie und faire Gesellschaft“.¹⁷¹ Westerwelle rief darin zu einem politischen Machtwechsel spätestens im Jahr 2006 auf. Er widmete sich verstärkt der außenpolitischen Programmatik,

168 Vgl. WDR Online, Möllemann schweigt, Westerwelle bezieht Stellung, vom 30.11.2002, http://www.wdr.de/themen/politik/nrw/moellemann/index_021203.jhtml?rubrikenstyle=politik, Stand: 20.11.2005.

169 Leuschner, Udo (2005), a.a.O., S. 307.

170 Ders., a.a.O., S. 412.

171 Erarbeitet durch die Programmkommission unter der Vorsitzenden Cornelia Pieper, eingesetzt durch den Bundesvorstand.

über die sich die FDP weiterhin gegenüber den anderen Parteien profilieren und wieder Wahlen gewinnen wollte. Gerhard Schröder hatte es vorgemacht; über Außenpolitik sind Wahlen zu gewinnen. Westerwelle forderte eine konzeptionelle deutsche Außenpolitik, die durch Verlässlichkeit und Berechenbarkeit gekennzeichnet ist. Die Grundpfeiler liberaler Außenpolitik waren weiterhin die europäische Union und die transatlantische Partnerschaft.

Irakkrieg 2003

Im Laufe des Jahres 2002 konzentrierten sich die USA im „Kampf gegen den Terrorismus“ auf Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützten. In George Bushs „Rede zur Lage der Nation“ am 29. Januar 2002 bezichtigte er Iran, Irak und Nord-Korea der Unterstützung des Terrors und bezeichnete sie als „Achse des Bösen“. Mit der Vorlage des Berichtes der britischen Regierung am 24. September 2002 über angebliche Massenvernichtungswaffen gab es für den amerikanischen Präsidenten einen Kriegsgrund. Auch die FDP-Spitze hatte kaum noch einen Zweifel daran, dass Saddam Hussein im Besitz umfassender Arsenale von Massenvernichtungswaffen sei. „Mit welcher Festigkeit Sie, Herr Bundeskanzler, hier vorgetragen haben, der Irak verfüge über keine entsprechenden Trägersysteme, ist bemerkenswert“¹⁷², so Guido Westerwelle. „Der Irak stellt unter Saddam Hussein eine ganz konkrete Bedrohung und Herausforderung dar, der sich die Gemeinschaft zivilisierter Staaten dringend stellen muss“, so Wolfgang Gerhardt.

Die FDP unterstützte am Anfang sogar das in der Bush-Doktrin formulierte Recht der militärischen Präventivschläge. Zwar nicht im nationalen Alleingang, sondern nur, wenn der Weltsicherheitsrat sich nicht in der Lage sieht oder nicht in der Lage ist, andere Maßnahmen zu ergreifen. In erster Linie blieben jedoch „die Vereinten Nationen das geeignete Mittel für internationale Konfliktlösung“¹⁷³, so Gerhardt. „Wer Hussein entwaffnen will, muss“ laut Westerwelle „die Vereinten Nationen stärken. Er darf sie nicht durch einen nationalen Alleingang – weder einen amerikanischen noch einen deutschen – schwächen“.¹⁷⁴ Obwohl Hans-Dietrich Genscher im Deutschlandfunk erklärte, dass er „niemanden in Deutschland“ kenne, der einen Krieg gegen den Irak befürworte, kritisierte der Berliner FDP-Fraktionschef, Martin

172 Westerwelle, Guido (2003), Erwiderung zur Regierungserklärung bezüglich des Irak-Konflikts, Rede Deutscher Bundestag am 13. Februar 2003.

173 Gerhardt, Wolfgang (2002), a.a.O., S. 3.

174 Westerwelle, Guido, Erwiderung zur Regierungserklärung bezüglich des Irak-Konflikts, Rede Deutscher Bundestag, 13. Februar 2003, S. 3.

Lindner, seine Partei: „Statt klar und deutlich zu sagen, ob wir für oder gegen eine militärische Intervention im Irak sind, haben wir uns ängstlich hinter völker- und verfassungsrechtlichen Fragestellungen verschanzt“.¹⁷⁵

Der Irakkrieg hat offengelegt, dass es über die Gestaltung einer künftigen Weltordnung unterschiedliche Vorstellungen gab. Laut Genscher kann eine stabile Weltordnung allerdings nur entstehen, „wenn eine möglichst enge Kooperation zwischen Europa und USA stattfindet“¹⁷⁶. Die FDP-Fraktion sprach sich nach dem Ende des Krieges klar für eine deutsche Beteiligung beim Aufbau des Iraks aus. „Deutschland sollte sich über die rein humanitäre Hilfe hinaus vor allem mit zivilen Experten in den Bereichen Polizei, Justiz und Regional- bzw. Kommunalverwaltung im Irak engagieren.“¹⁷⁷ Ein militärischer Einsatz sei, laut Hoyer, aufgrund der Vielzahl anderweitiger Verpflichtungen im Moment nicht denkbar.¹⁷⁸

„Super – Wahljahr 2004“¹⁷⁹

Der FDP-Parteitag in Dresden vom 05. bis 06. Juni 2004 war für die Liberalen – ein Jahr nach Jürgen W. Möllemanns Tod – ein Neubeginn „Projekt 18“ war erloschen, die Partei wollte wieder zurück zu den „alten“ liberalen Grundsätzen Freiheit, Rechtsstaat, Eigenverantwortung und Menschenrechte.

Die Delegierten beschlossen die zehn liberalen Leitsätze zum transatlantischen Verhältnis. Westerwelle stellte seine Positionsschrift „Leitsätze für die freie und faire Gesellschaft“ vor und FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt hielt eine außenpolitische Grundsatzrede: Außenpolitik beginne zu Hause – Deutschland müsse seine Hausaufgaben machen. Er kritisierte den Kurs der rot-grünen Bundesregierung und verlangte von der deutschen Außenpolitik, sich aktiv in einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu engagieren. „Das dynamische Tandem Frankreich und Deutschland ist kein Vorbild mehr [...] Es kann nicht sein, daß dieses Tandem mit mittleren und kleineren Staaten in Europa so überheblich umgeht, und

175 Lindner, Martin (2003), Die FDP kann mehr, in: DIE ZEIT, 41/2003, S. 2.

176 Hoffmann, Gunter, Wir sind es allen Staaten dieser Welt schuldig, dass Europäer und Amerikaner zu einer gemeinsamen Position finden, Ein Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher, in: DIE ZEIT, 24/2003.

177 FDP-Fraktion, Themen a bis z, „Irak“, a.a.O., Stand: 12.12.2005.

178 Hoyer, Werner (2003), Engagement im Irak verstärken, Portal liberal, <http://www.fdp-koeln.de/index.php?1=9&2=0&3=1&aid=1335>, Stand: 16.01.2005.

179 Noch niemals fanden auf Bundes-, Länder-, kommunaler sowie europäischer Ebene so viele Wahlen statt wie im Jahr 1994.

selbst nichts auf die Waage bringt.“¹⁸⁰ Angesichts der globalen Herausforderungen gäbe es für ihn zur transatlantischen Partnerschaft „keine wirkliche weltpolitische Alternative außer purem Leichtsinn“¹⁸¹.

Der Parteitag stand zudem ganz im Zeichen der Europawahlen im Juni. Unter dem Slogan „Wir können Europa besser“ bekräftigten die Liberalen, dass sie für „ein Europa der Bürger, ein Europa des Marktes und ein Europa der Stabilität“ kämpfen werden. „Wir sind der Überzeugung, dass die besten Politiker die Wähler selbst sind“, darum plädierte die FDP-Europaspitzenkandidatin Koch-Mehrin für ein Verfassungsreferendum. Bei den Europawahlen am 13. Juni 2004 holte die FDP 6,1% und zog nach 1979 und 1989 wieder in das Europäische Parlament ein.

Neuwahlen Herbst 2005

In den folgenden Monaten gewann die eigene liberale außenpolitische Programmatik für die FDP-Fraktion verstärkt an Bedeutung. Obwohl der 56. Ordentliche Bundesparteitag im Mai 2005 in Köln ganz im Zeichen der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen stand, stimmte der Parteitag die Delegierten schon auf eventuelle Neuwahlen ein. Zwar kam es zu keinen außenpolitischen Beschlüssen, dennoch war die Außenpolitik ein zentrales Thema. Die FDP lud den ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger ein, der in seiner Rede über die gemeinsamen Herausforderungen von Europa und den USA sprach. Auch der FDP-Fraktionsschef Wolfgang Gerhardt versuchte sich über das Thema Außenpolitik, wieder Schwerpunkt seiner Grundsatzrede, gegenüber den Parteivor-sitzenden Westerwelle zu profilieren, um den internen Kampf um das Amt des Außenministers für sich zu entscheiden.

Für Widerspruch in der Partei sorgte der eine Woche vor dem Parteitag vorgelegte Antrag des Bfa „Internationale Politik“, in dem es heißt, das „Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 UN-Charta“ müsse „dahingehend interpretierbar werden“, dass man mit „Bedrohungen neuen Typs umgehen“ könne. Ferner ist von „präventiver Selbstverteidigung“ die Rede. Auf dem Bundesparteitag fand sich dies im Grundsatzpapier „Für eine liberale Außenpolitik“¹⁸² wieder. Der frühere Außenamtsstaatsminister Werner Hoyer, unter dessen Federführung der Text erstellt wurde, wollte damit ursprünglich einen Anstoß zur

180 Gerhardt, Wolfgang, Rede auf dem 55. FDP-Bundesparteitag in Dresden am 6. Juni 2004, S. 7.

181 Ders., a.a.O., S. 8.

182 Am Konzept waren hauptsächlich Werner Hoyer, Markus Löning und Günther Nolting beteiligt. Der Entwurf wurde zur Abstimmung verwiesen an den Bundesparteitag 2006.

UN-Reform liefern. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger formulierte sofort einen Änderungsantrag und auch Parteichef Guido Westerwelle sah diesen Passus als sehr kritisch an. Er wies darauf hin, dass das Gewaltmonopol des Sicherheitsrats nicht durch Anwendung eines Selbstverteidigungsrechts zu Interventions- oder Präventionszwecken „aufgeweicht“ werden darf. Am Ende strich Westerwelle den Passus und entschärfte damit die Debatte.

Bevor Kanzler Schröder überhaupt die Vertrauensfrage im Bundestag (01. Juli 2005) stellte, versuchte sich die FDP-Bundestagsfraktion im Bundestag außenpolitisch zu profilieren. Aufgrund der im Mai in New York stattfindenden UN-Überprüfungskonferenz zur atomaren Nichtverbreitung stellte die FDP-Fraktion im April einen Parlamentarisantrag zum Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland (BT-Drucksache 15/5257).¹⁸³ Die rot-grüne Regierung wurde darin aufgefordert, in Washington „zur Stärkung der Glaubwürdigkeit des Nichtverbreitungsregimes“ beizutragen und auf den Abzug der rund 150 taktischen Atomwaffen zu drängen, die noch in Büchel und in Ramstein lagern. „Die passen nicht mehr in die Welt von heute, wo sie allenfalls unsere Freunde treffen könnten“¹⁸⁴, so Guido Westerwelle. „Nach der Nato-Osterweiterung gibt es kein plausibles Ziel mehr für einen Einsatz der US-Waffen von Deutschland aus“¹⁸⁵, so Hoyer. Außerdem könnten die neuen Eurofighter der Bundeswehr, rein technisch gesehen, diese Waffen gar nicht einsetzen.

Aufgrund des Misstrauensvotums verkündete Schröder am 21. Juli, nach Genehmigung durch Bundespräsident Horst Köhler, Neuwahlen. Am 25. Juli 2005 billigte und veröffentlichte der FDP-Bundesvorstand sein 60-seitiges-Wahlkampfpapier: „Arbeit hat Vorfahrt – Deutschlandprogramm 2005“. Die Liberalen rüsteten sich für einen themenbezogenen Wahlkampf. Zudem stellte die Partei ein 10-köpfiges „Kompetenzteam“ auf. Auch der innerparteiliche Kampf um den Außenministerposten in Falle einer schwarz-gelben Koalition wurde zwischen Gerhardt und Westerwelle über die schon seit 2004 andauernde außenpolitische Profilierung entschieden.

Im umfangreichen außenpolitische Teil des Wahlprogramms der FDP: „Mehr FDP für mehr internationale Zusammenarbeit und Sicherheit“ wurden folgende Schwerpunkte festgelegt.¹⁸⁶ Was Klaus Kinkel in seiner Amtszeit als Außenminister begann, die Ausrichtung der

183 siehe Anhang, Appendix 3.

184 Westerwelle, Guido, Rede auf dem 56. Ord. Bundesparteitag am 5. Mai 2005 in Köln, S. 17.

185 Meng, Richard, FDP diskutiert Selbstverteidigungsrecht ohne UN-Mandat, in: Frankfurter Rundschau, 28.04.2005, S. 4.

186 FDP (Hrsg.), Arbeit hat Vorfahrt – Deutschlandprogramm 2005, 28. Juni 2005, S. 44-51.

deutschen Außenpolitik an den Menschenrechten, wurde nun klar in den Mittelpunkt der liberalen Außenpolitik gestellt. Des Weiteren nahmen die deutsch-amerikanischen Beziehungen ein besonders großes Gewicht ein. Nach der anti-amerikanischen Stimmung der letzten Jahre wollte sich die FDP von den Volksparteien abheben. Die FDP sei nicht amerikanisch, sagte der für den Bereich Europa- und Außenpolitik vorgeschlagene Fraktionschef Gerhardt, aber „anglo-amerikanischer“ als andere Parteien in der Bundesrepublik. Deshalb müsse die transatlantische Partnerschaft intensiver gepflegt werden. Die Fraktion zitierte sogar aus Gerhards Rede, in der es hieß, dass es „außer der transatlantischen Zusammenarbeit keine wirkliche Alternative, außer Leichtsinn“¹⁸⁷ gebe. Deutschland müsse sich aus der engen Umarmung von Frankreich lösen und als Mittler zwischen Frankreich und Amerika agieren. Darüber hinaus sollte Genschers „Weimarer Dreieck“ (Deutschland-Frankreich-Polen) von 1991 revitalisiert werden und ein intensiver Kontakt zu den kleinen und mittleren EU-Staaten aufgebaut werden. Die Liberalen forderten mehr Distanz zu Russland und China und Mut zur Kritik bei Menschenrechtsverletzungen. Die FDP hielt an ihrer Forderung fest, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen, um aus der Bundeswehr eine „hochspezialisierte Freiwilligenarmee“¹⁸⁸ zu machen. Zudem könne der Kampf gegen den internationalen Terrorismus nicht nur mit militärischen Mitteln gewonnen werden. Die Liberalen verlangten ein enges, abgestimmtes und multilaterales Zusammenwirken mit Partnern weltweit.¹⁸⁹ Die FDP erklärte sich außerdem bereit dazu, zusammen mit anderen Demokratien internationale Aufgaben zu übernehmen.

Bei den Bundestagswahlen im September erreichte die FDP beachtliche 9,8%.¹⁹⁰ Trotzdem hatte die FDP laut Jürgen Dittberner nur „einen Pyrrhus-Sieg“ errungen.¹⁹¹ Zum angestrebten Machtwechsel und den „Neuanfang für Deutschland“¹⁹² kam es nicht. Somit befindet sich die FDP für mindestens vier weitere Jahre in der Opposition, allerdings als kleiner Trost – unter den drei Kleinen ist sie die Größte.

187 Vgl., FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) (2005), Wechsel-Lexikon-Deutschland erneuern von A – Z, liberal Verlag, Berlin, S. 43f.

188 Wahlprogramme im Vergleich: Außenpolitik, <http://www.netzeitung.de/spezial/neuwahl/2005/352827.html>, Stand: 12.08.2005.

189 FDP (Hrsg.), Arbeit hat Vorfahrt, a.a.O., S. 50.

190 Somit verfügt die FDP nun über 61 Bundestagsabgeordnete.

191 Vgl., Dittberner, Jürgen, EINMANN-PARTEI, Oktober 2005, http://www.uni-potsdam.de/~u/PolWi_Dittb/, Stand: 05.11.2005.

192 Westerwelle, Guido (2004), 2006: Neuanfang für Deutschland – Überlegungen für das Präsidium der FDP, Berlin.

3. Die Positionen der FDP zu ausgewählten außenpolitischen Fragen

3.1. Zur EU-Vollmitgliedschaft der Türkei

Die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei ist eines der außenpolitischen Themen, die am kontroversesten in der FDP diskutiert werden. Die gemeinsame offizielle Position, die die FDP-Fraktion zur Türkei-Frage bezieht, ist der völkerrechtliche Grundsatz *pacta sunt servanda*. Allerdings ist die Fraktion in der Türkeifrage gespalten. Nach dem Referenten für Außen- und Entwicklungspolitik der Friedrich-Naumann-Stiftung, Rainer Erkens, spricht sich sogar die Mehrheit der liberalen MdBs gegen einen Beitritt aus.¹⁹³

Auf dem Bremer Bundesparteitag im Mai 2003 sollte abschließend über die Position der FDP gegenüber einem Türkeibeitritt abgestimmt werden. Jedoch beinhaltete der Beschluss (Appendix 5) keine endgültige Stellungnahme der FDP zum EU-Beitritt der Türkei. Die Liberalen einigten sich auf eine neutrale Position: „Europa steht nicht für eine Religion. Die Türkei muss so behandelt werden, wie bislang alle übrigen Beitrittskandidaten.“¹⁹⁴

„Müssten wir heute [2004] jedoch über den Beitritt abstimmen“, so Westerwelle, dann „würden wir als Freie Demokraten mit *Nein* votieren“.¹⁹⁵ An dieser Aussage hat sich bis heute nichts geändert. Der FDP-Europaabgeordneter Alexander Graf Lambsdorff sprach sich im Oktober 2005 sogar gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei aus. „Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind ein Fehler. Kein Argument der Beitrittsbefürworter ist bei näherer Überprüfung stichhaltig.“¹⁹⁶ Die Kritik der FDP am EU-Beitritt der Türkei erschließt sich aus folgenden fünf Punkten:

1. Die Grenzen Europas. Wo endet Europa? Für viele FDP-Abgeordnete endet Europa am Bosphorus. Denn wo anders könnte man die Südostgrenze Europas ziehen? Schließlich liegt zwischen der

193 Vgl., Interview mit Rainer Erkens am 16. November 2005.

194 EU-Beitritt der Türkei, Beschluss des 54. Ord. Bundesparteitages der FDP, Bremen, 16. – 18. Mai 2003.

195 Westerwelle, Guido, EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Rede im Deutschen Bundestag am 28. Oktober 2004, S. 2.

196 Vgl. Lambsdorff, Alexander Graf: „Bundesregierung darf Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht zustimmen“, http://www.lambsdorffdirekt.de/pressemitteilungen/pm_041006_tuerkei.html, Bonn, 06.10.2004.

Türkei, dem Irak oder Syrien weniger Trennendes als zwischen der Türkei und Europa. Ein türkischer Beitritt zur EU würde Europa nach Asien ziehen und die kontinentalen Grenzen verwischen. Mit Aufnahme der Türkei lägen die europäischen Ostgrenzen direkt an den nahöstlichen und kaukasischen Krisengebieten – Irak, Iran und Syrien. Auf die EU kämen enorme neue und unbekannte sicherheitspolitische Risiken zu. Befürworter des Beitrittes vertreten die Meinung, dass Europas Grenzen nicht in Erdkundestunden, sondern in Verträgen gemacht wurden. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Werner Hoyer, stellte klar, dass die Grenzziehung zwischen Europa und Kleinasien kein Argument der FDP-Fraktion gegen die Türkei sei.

2. Das Zypern-Problem. Im Mai 2004 wurde die griechisch geprägte Republik Zypern¹⁹⁷ in die EU aufgenommen. Die religiös-konservative türkische AKP Regierung unter Tayyip Erdogan hat das EU-Mitglied immer noch nicht völkerrechtlich anerkannt und verhindert den freien Warenverkehr. Damit verstößt die türkische Regierung gegen ein im EG-Vertrag niedergelegtes Grundprinzip. Die unnachgiebige türkische Haltung gegenüber Zypern sei zwar damit zu erklären, dass sich die griechischstämmigen Zyprioten in einer Volksabstimmung 2004 gegen eine Wiedervereinigung der Insel aussprachen, während die türkischstämmigen Bewohner dies wollten, dennoch sei es „nicht akzeptabel, wenn ein Beitrittskandidat einem EU-Mitgliedsland die Anerkennung verweigere“, so die europapolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.¹⁹⁸ „Die FDP fordert die türkische Regierung auf, die Anstrengungen des VN-Generalsekretärs zur Lösung der Zypernfrage vorbehaltlos zu unterstützen.“¹⁹⁹
3. Der wirtschaftliche Unterschied. „Die Europäische Union muss [...] die vor kurzer Zeit beschlossene große Erweiterung mit mittel- und osteuropäischen Staaten selbst noch ökonomisch und politisch verarbeiten.“²⁰⁰ Die Wirtschaftsleistung der Türkei liegt laut Eurostat pro Kopf bei einem Drittel des EU Durchschnittes. Mit der Türkei

197 Mit Zypern hat die EU bereits ein Mitgliedsland aufgenommen, dass zu 100% auf dem asiatischen Kontinent liegt.

198 Vgl., Schnarrenberger, S./Lambsdorff, A.: Schatten auf Türkei-Beitrittsverhandlungen, http://www3.liberal.de/webcom/show_article.php?wc_c=567&wc_id=110&wc_p=1, Stand, 18.09.2005.

199 Beschluss zum EU-Beitritt der Türkei, 54. Ordentliche Bundesparteitages der FDP, Bremen, 16. – 18. Mai 2003; siehe Appendix 5.

200 Ebenda.

komme somit ein großes Empfängerland in die EU. „Europa darf wirtschaftlich nicht geschwächt werden, weil man wirtschaftlich sehr schwache Staaten aufnimmt“, so Leibrecht.²⁰¹ Nach Goldmann würde ein gemeinsamer Rechtsrahmen die Möglichkeiten des Wirtschaftsaustauschs zwischen der Türkei und der EU, die bereits seit 1996 eine Zollunion haben, weiter vergrößern. Zudem wäre eine dynamische türkische Wirtschaft ein wichtiger Impulsgeber für die europäischen Volkswirtschaften.²⁰² Dem widerspricht Graf Lambsdorff: „zusätzliche Effekte fallen bestenfalls minimal aus“²⁰³.

4. Die institutionelle und politische Überforderung der EU. Dieses Argument spielt eine zentrale Rolle im Richtungsstreit über den Türkeibeitritt. „Die EU kann weitere Aufnahmen in der Dimension, wie wir sie hinter uns haben, gegenwärtig nicht verkraften. Sie braucht mehr Zeit“²⁰⁴, so Gerhardt. „Die EU ist mit den zehn Beitritten ... an ihrer Grenze angekommen. [...] [Dennoch kann] „die EU die Türen nicht einfach schließen [...] die Türkei hat den Anspruch“²⁰⁵ auf Beitritt, so Kinkel. Anders als bei Lettland oder Rumänien komme mit der Türkei auch ein politisches Schwergewicht in die EU, welches das Institutionengefüge wahrscheinlich umformen würde. Mit einem türkischen Beitritt, so Stinner, würde „die politische Vertiefung nicht voranschreiten“.²⁰⁶ Zum Zeitpunkt des Beitrittes würde die Türkei ferner das bevölkerungsreichste Land in der EU sein. Ein Land mit einer vergleichbaren Einwohnerzahl wie Deutschland oder Frankreich, das einen vergleichbaren Einfluss wie die drei Großen beanspruchen wird.

5. Die kulturelle Divergenz. Dieser Aspekt spielt in der FDP-Fraktion eine untergeordnete Rolle. Die Türkei ist zwar „kein typischer europäischer Staat“, so Leibrecht, allerdings sei die EU auch „kein christlicher Club“.²⁰⁷ „Europa ist der Raum der Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Europa ist verbunden mit Werten, die zwar maßgeblich von den christlichen Religionen mitgeprägt worden

201 Vgl., Interview mit Harald Leibrecht am 10. November 2005.

202 Antrag Bundestag von Michael Goldmann, Die EU-Perspektive für die Türkei offen halten, http://www.michael-goldmann.de/tuerkei_eu.rtf, Stand: 24.09.2005.

203 Lambsdorff, Alexander Graf, a.a.O., 06.10.2004.

204 Financial Times Deutschland, Gerhardt zweifelt am EU-Beitritt der Türkei, <http://www.ftd.de/pw/de/11305.html?mode=print>, 21.06.2005.

205 Kölnische Rundschau Pressespiegel, „Die EU stößt an Grenzen“, Klaus Kinkel über Europas Versprechen, Verdauung, Vernetzung, 03. Mai 2004.

206 Interview mit Rainer Stinner am 09. November 2005.

207 Vgl. Interview mit Harald Leibrecht am 10. November 2005.

sind, die sich aber gegen keine anderen religiösen Überzeugungen richten.“²⁰⁸ Der Begriff des „europäischen Staates“ (Art. 49 EU-Vertrag) ist nicht abhängig von kulturellen, religiösen, historischen oder geographischen Aspekten, „sondern vom gemeinsamen Bekenntnis zur Würde des Menschen, zum Rechtsstaat, Toleranz und zur Demokratie“, so Hoyer.²⁰⁹ Die Türken sollen nicht ausgeschlossen werden, weil sie Muslime sind, denn in ganz Europa, auch auf dem Balkan leben Muslime.²¹⁰

Die Befürworter einer türkischen EU-Mitgliedschaft heben besonders die sicherheitspolitische und geopolitische Rolle des Landes hervor. Mit dem türkischen Beitritt würde ein „potenzieller Unruheherd“ befriedet werden. Dieses geopolitische Argument teilt Rainer Stinner nicht.²¹¹ Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Türkei zunehmend in den Westen integriert. Auch wenn diese Bindung ein Produkt des Kalten Krieges ist.²¹² Sie ist Mitglied im Europarat²¹³, in der NATO und in allen wichtigen europaweiten Institutionen, z.B. OECD, OSZE wie auch in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Alexander Graf Lambsdorff, Mitglied der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung, ist der Meinung „der EU fehlen die Instrumente, ein Land – zumal ein so großes wie die Türkei – innenpolitisch zu stabilisieren“²¹⁴.

Michael Goldmann, MdB der FDP-Fraktion, erhofft sich von einem EU-Beitritt der Türkei, dass die Türkei „eine Brückenfunktion zu den Staaten des Mittleren und Nahen Ostens bildet“ – eine „Brücke zum Islam“ sozusagen.²¹⁵ Eine vollständige europäische Integration der Türkei wäre laut Goldmann der beste Beweis dafür, dass es keinen unüberwindbaren Graben zwischen dem christlich geprägten Europa und den islamischen Nachbarstaaten gibt. Dem widersprach Stinner vehement. Seiner Meinung nach würde eine Türkeiimitgliedschaft keine Brücke zu der arabischen Welt schlagen. Die arabischen

208 Beschluss zum EU-Beitritt der Türkei, a.a.O.

209 Damit zitiert Hoyer Art. 6 Abs. 1 des EU-Vertrages, dass die Union auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit beruht.

210 Vgl., Portal liberal, Pressespiegel, Hoyer, Werner, Verhandlungen mit Türkei ergebnisoffen führen <http://www.fdp-koeln.de/index.php?11=9&l2=0&l3=1&aid=2959>, Stand: 17.12.2004.

211 Interview mit Rainer Stinner am 09. November 2005.

212 Aus militärischen Gründen hat Amerika die EWG dazu bewegt, den Beitritt der Türkei voranzutreiben, um eine Frontstellung gegenüber Russland aufzubauen.

213 Die Türkei ist bereits seit 1949, einige Jahre vor Deutschland, aufgenommen wurden.

214 Lambsdorff, Alexander Graf: a.a.O., Bonn, 06.10.2004.

215 Antrag im Bundestag von Michael Goldmann, a.a.O., Stand: 24.09.2005.

Staaten sehen die Türkei nicht als typisches arabisches Land an, dass die Interessen der arabischen Welt vertrete.²¹⁶ Richtig sei jedoch, so der außenpolitische Experte der FDP, Harald Leibrecht, dass die arabische Welt die EU beobachte, um zu sehen, wie mit einem islamischen Land umgegangen wird.

Die FDP vertrat laut dem Bundesvorsitzenden der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung, Achim Doerfer, seit Jahrzehnten eine sachliche, kritische, aber offene Position gegenüber dem Türkeibeitritt.²¹⁷ Dies besonders mit Blick auf die generelle Entwicklung in Deutschland. Im restlichen deutschen Parteienspektrum gab es deutlich größere Schwankungen.²¹⁸ Der Sprecher für wirtschaftliche Zusammenarbeit der FDP Markus Löning mahnt zur „Fairness gegenüber Türkei“²¹⁹. Eine ablehnende Haltung stehe im klaren Gegensatz zu der seit Jahrzehnten gültigen liberalen Außenpolitik. Die liberalen Außenminister Scheel, Genscher und Kinkel haben sich stets dafür eingesetzt, dass der Türkei die europäische Tür offen gehalten wird.²²⁰

Nach der Wiedervereinigung verschwand die Thematik „Türkeibeitritt“ für die nächsten Jahre von der deutschen außenpolitischen Agenda. Die Problematik gewann in der deutschen Außenpolitik erst wieder an Relevanz, als die Realisierung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei diskutiert wurde. Vor allem durch die mehrfachen Appelle des liberalen Außenministers Kinkel an seine europäischen Amtskollegen

216 Vgl., Interview mit Rainer Stinner am 09. November 2005.

217 Vgl., Doerfer, Achim (2004), Die Türkei auf dem Weg in die EU – politische Kriterien und Chancen, Rede auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Thomas-Dehler-Stiftung und Cigdem in München.

218 So haben sich seit den 1980er Jahren die Positionen der CDU auf der einen und von Rot-Grün auf der anderen Seite komplett ausgetauscht. Während in den 1980ern in der Union die Mehrheit Beitrittsbefürworter waren und bei Rot-Grün die Mehrheit dies strikt ablehnten, war es seit 1998 genau umgekehrt.

219 FDP mahnt Union zu Fairness gegenüber Türkei, <http://www.netzeitung.de/spezial/neuwahl2005/354462.html>, Stand: 24.08.2005.

220 Die sozialliberale Regierung unter Schmidt/Scheel betonte 1979, dass Deutschland das türkische Streben nach einer Mitgliedschaft unterstützte. Aufgrund des Militärputsches in der Türkei (12. September 1980) wurde die Assoziation vorerst eingefroren. Dennoch setzte sich auch die Regierung Kohl/Genscher für einen Beitritt der Türkei zur EU ein. Im Jahre 1983 strebte Bundeskanzler Kohl sogar eine Wiederaufnahme der Assoziationsbeziehung an. Jedoch ohne Erfolg. Am 14. April 1987 stellte die türkische Regierung unter Özal den Antrag auf Mitgliedschaft in der EG. Innerhalb der FDP kam es daraufhin zu skeptischen Äußerungen. Zwar sprachen sich die Liberalen mehrheitlich dafür aus, die Türkei wieder an die EG heranzuführen, jedoch sollten die Möglichkeiten des Assoziationsvertrages vollständig ausgeschöpft werden (z.B. Errichtung einer Zollunion). Zu einer offiziellen Zurückweisung des Beitrittsgesuches kam es nicht. Nach einem zweijährigen Diskurs wurde der Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft im Dezember 1989 von der EU abgelehnt. In der offiziellen Stellungnahme Deutschlands zur Ablehnung kündigte AM Genscher an, dass es weiterhin Deutschlands Aufgabe sei, die Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU zu unterstützen und die europäische Integration voranzutreiben.

trat am 01. Januar 1996 die Zollunion in Kraft.²²¹ Festzuhalten bleibt hier, dass sich vor allem Kinkel aufgrund wirtschaftlicher Interessen vehement für die Zollunion einsetzte. In der Union kam es derweilen zu einem Richtungsstreit in der Türkeifrage. Kurz vor dem Beginn des EU-Gipfels in Luxemburg 1997 erneuerte der deutsche Außenminister und Türkeibeitrittsbefürworter die Zusage. „Der Bundeskanzler [Kohl] hat dem Ministerpräsident Yilmaz zugesagt, dass [...] Ziel der [...] Mitgliedschaft der Türkei zu unterstützen.“ Jedoch bekam die türkische Regierung statt einem Kandidatenstatus den Vorschlag einer „Sonderwegstrategie“.²²²

Im Nachhinein stellte Hans-Dietrich Genscher fest, dass die Zusage im Assoziationsvertrag von 1963 wahrscheinlich verfrüht war.²²³ Das Assoziationsabkommen von 1963 war ein Produkt des Kalten Krieges und Deutschland unterstützte den Vertrag aufgrund des Arbeitsplatzmangels im Wirtschaftswunderland und wegen der „traditionellen Deutschfreundlichkeit der Türkei im ersten Weltkrieg – Stichwort: Waffenbrüderschaft“²²⁴, so Helmut Hubel.

Dennoch befürwortete die FDP den Beginn von Verhandlungen für eine EU-Mitgliedschaft, so Wolfgang Gerhard.²²⁵ Nichts spreche dagegen, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, sofern die politischen „Kopenhagener Kriterien“ erfüllt waren, so Leibrecht.²²⁶ Denn die Türkei sitzt seit dem Abkommen von 1963²²⁷ im Vorzimmer der EU, so Klaus Kinkel, und von diesem Gesichtspunkt aus müsse entschieden werden. Die FDP forderte, dass die Beitrittsverhandlungen „ergebnisoffen“ geführt werden (BT Drucksache Antrag 15/4064). Ergebnisoffen heißt, so Westerwelle, dass am Ende eines Verhandlungsprozesses ein *Ja*, ein *Nein* oder auch eine differenzierte Position stehen können.²²⁸ Niemand sei heute in der Lage, vorauszusagen, wie die

221 Refflinghaus, A. (2002), a.a.O., S. 296.

222 Vgl., Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Vorsitzes in Luxemburg, 12./13. Dezember 1997.

223 Vgl., Interview mit Hans-Dietrich Genscher am 18. November 2005.

224 Interview mit Professor Helmut Hubel am 26. Oktober 2005.

225 Mitschrift der Rede von Wolfgang Gerhard zu den „Vorstellungen über Prinzipien und Kernaufgaben liberaler Außenpolitik“ auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag der FDP in Berlin, 11. September 2005.

226 Vgl., Interview mit Harald Leibrecht am 10. November 2005.

227 Durch den Assoziationsvertrag von 1963 zwischen der Türkei und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurden unter dem deutschen Kommissionspräsident Walter Hallstein Schritte (CDU) für eine EU-Vollmitgliedschaft festgelegt. Damals stellte Hallstein fest: „Die Türkei gehört zu Europa. Und eines Tages soll der letzte Schritt vollzogen werden: Die Türkei soll vollberechtigtes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden“.

228 Westerwelle, Guido (2004), EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_reden_fraktion.php/_c=542/i.html?wc_id=587&kids=a%3A

Türkei oder wie die Europäische Union in 15 Jahren aussehen wird.²²⁹ Allerdings seien die Chancen groß, dass „am Ende der Beitrittsverhandlungen die Türkei kein Vollmitglied der EU wird“, so der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Gerhardt.²³⁰

Ein positiver Abschluss der Verhandlungen heißt für die Türkei keineswegs, dass sie nun ein EU-Mitglied ist. Nach den Verhandlungen muss der Türkei Beitritt von allen – derzeit 25 – Mitgliedsstaaten ratifiziert und vom Europaparlament beschlossen werden. Aus diesem Grund meinte Rainer Stinner, dass die Türkei nie ein Vollmitglied der EU werden wird.²³¹ Über Alternativen wie maßgeschneiderte Nachbarschaftsverträge nachzudenken, sei verantwortungsvolle Politik, so Ole Diehl. Diese Positionen gegenüber der Türkei wurden auch im Wahlprogramm der FDP 2005 aufgenommen: *„Für die Türkei gilt erst recht, daß Alternativen zur Vollmitgliedschaft in den im Oktober 2005 beginnenden und mehr als ein Jahrzehnt andauernden Verhandlungen vorgreiflich mitgedacht werden müssen. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen also ergebnisoffen geführt werden. Erst gegen Ende des Verhandlungsprozesses wird man bewerten können, ob die Türkei den acquis communautaire voll umgesetzt hat und ob die EU in der Lage ist, ein weiteres großes Land als Mitglied aufzunehmen.“*²³²

„Wir sind weder glühender Befürworter noch vehementer Gegner des EU-Beitrittes der Türkei.“ Dieses Zitat von Ole Diehl, dem Referenten für Außen- und Entwicklungspolitik der FDP seit 2002, drückt am besten die Position der FDP zum Thema Türkei Beitritt aus.

3.2. Zur deutsch-amerikanischen Partnerschaft

Die Gewährleistung einer vitalen und stabilen transatlantischen Partnerschaft gehört zur zentralen Handlungsmaxime liberaler Außenpolitik. „Diese tiefe Verbindung [ist] geprägt durch gemeinsame Wurzeln, Werte und Interessen sowie die historische Erfahrung der Nachkriegszeit.“²³³ Auch wenn sich der internationale und nationale Kontext geändert hat, so bleibt die FDP in der Tradition der liberalen Außenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel: nicht zwischen Frankreich (Europa) und den Vereinigten

1%3A%7B%3A695%3B%3A4%3A%225798%22%3B%7D, Stand: 01.10.2005.

229 Ebenda.

230 Financial Times Deutschland, Gerhardt zweifelt am EU-Beitritt der Türkei, <http://www.ftd.de/pw/de/11305.html?mode=print>, 21.06.2005.

231 Vgl., Interview mit Rainer Stinner am 09. November 2005.

232 FDP (Hrsg.), Arbeit hat Vorfahrt – Deutschlandprogramm 2005, 28. Juni 2005, S. 46.

233 Das., a.a.O. S. 47.

Staaten von Amerika zu wählen, sondern eine „sowohl-als-auch“-Politik zu betreiben. Die Maxime für die FDP heißt Balancepolitik zwischen den Partnern.

Die These, dass es „außer der transatlantischen Zusammenarbeit keine wirkliche Alternative außer Leichtsinn“²³⁴ gibt, unterstützte keiner meiner Interviewpartner. Man darf die EU-Mitglieder nicht vor die Wahl Europa oder USA stellen. Allein auf die EU bzw. den einstigen „Motor Europas“ (Deutschland und Frankreich) zu setzen, sei zu wenig und wäre aufgrund strategischer (NATO) und ökonomischer Gründe ein Fehler. Es muss zwischen beiden Partnern ein abgestimmtes Verhältnis geben, so Ole Diehl.

Rot-Grün habe jedoch den Eindruck erweckt, erklärte Ole Diehl, dass die transatlantischen Beziehungen nicht mehr so wichtig seien und Europa, speziell Deutschland im Tandem mit Frankreich, ein Gegengewicht zu den USA aufbauen könne. „Das will die FDP auf gar keinen Fall. Die deutsch-amerikanische Partnerschaft bleibt eine der wichtigsten außenpolitischen Kontinuitätslinien.“²³⁵ „Auch wenn wir als FDP meinen, dass die transatlantischen Beziehungen wieder gestärkt werden müssen, heißt das nicht, dass wir alles gutheißen, was in den letzten Jahren in Amerika passiert ist“, so der Referent für Außen- und Entwicklungspolitik weiter.²³⁶ „Deutschland darf kritisieren, sollte aber gleichermaßen auch positive Ereignisse hervorheben“²³⁷, so Harald Leibrecht. Die deutsche Regierung darf nicht vergessen, dass Schröder während des Kosovokrieges selektiv mit der UN umgegangen ist und sich 2003, wenn nötig, einer UN-Resolution widersetzen wollte, so Stinner.²³⁸

Die für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus von George Bush entwickelte *National Security Strategy* (NSS)²³⁹ beinhaltet eine neue amerikanische Sichtweise auf die Welt und multilaterale Allianzen. Sie sind zwar wünschenswert, aber nur, solange sie amerikanische Interessen vertreten, wie z.B. die „Koalition der Willigen“. Dieses Denken widersprach den deutschen Prinzipien, deren Ziel es ist, eine Welt zu schaffen, deren Idee auf einen starken Multilateralismus

234 Das Zitat stammt aus dem Wechslexikon der FDP für die Bundestagswahl 2005, S. 43.

235 Interview mit Dr. Ole Diehl am 11. Oktober 2005.

236 Ebenda.

237 Interview mit Harald Leibrecht am 10. November 2005.

238 Ebenda.

239 Die „Bush-Doktrin“ bedeutet die Abkehr von den Normen und Institutionen, die die USA maßgeblich mitgeprägt haben. Die NSS analysiert die sicherheitspolitische und militärische Situation nach dem Ende des Kalten Krieges, die gekennzeichnet ist von der einzigartigen Stellung der Vereinigten Staaten als „der politisch, wirtschaftlich und militärisch machtvollsten Demokratie der Weltgeschichte“.

beruht.²⁴⁰ Die NSS enthielt zudem die tiefgreifendste Neuordnung der amerikanischen Sicherheitspolitik, „wonach Angriff die beste Verteidigung ist“. Die NSS wird zum Teil von „hochrangigen deutschen Politikern als eine „Cowboy-Mentalität“²⁴¹ bezeichnet. Die Freien Demokraten äußerten sich zuerst weniger kritisch. Zwar verurteilte die FDP-Fraktion Amerikas neue Sichtweise zu multilaterale Allianzen, aber im gleichen Maße kritisierte sie die Allianz zwischen Berlin, Paris und Moskau. „Es war ein Fehler“, so Genscher, „dass Frankreich und Deutschland Europa als Gegengewicht gegen die älteste Demokratie der Moderne aufbauen wollten.“²⁴²

Auch die von den USA hervorgerufene Diskussion über das Recht präventiver Selbstverteidigung stieß vorerst auf keine große Diskussion. Auf dem NATO-Gipfel in Prag am 14.11.2002 unterstützte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Werner Hoyer, sogar die Bush-Doktrin: *„Die neue Bush-Doktrin sieht neben Bekenntnissen zur friedlichen Krisenprävention und Beilegung zur Allianz und zum Völkerecht das Prinzip der militärischen Präemption als eine zwingende Handlungsalternative. Amerika will sich angesichts der neuen Bedrohungen nicht mehr ausschließlich auf die Wirksamkeit militärischer Abschreckung verlassen, sondern sich dann, wenn diese zu versagen drohen, militärische Präventiveinsätze vorbehalten. Während wir Deutschen und die meisten unserer kontinentaleuropäischen Partner die NATO zumindest militärstrategisch immer noch weitgehend in den Denkmustern der fünfziger Jahre betrachten, wollen die Amerikaner eine wirklich neue NATO.“*²⁴³ Und im Sommer 2005 wollte Hoyer das Recht auf präventive Selbstverteidigung sogar in das Bundestagswahlprogramm aufnehmen. Dieser Vorschlag fand dann doch keine Mehrheit in der Fraktion.

Als jedoch der US-amerikanische Präsident George W. Bush am 20. März 2003 den Beginn eines Feldzuges gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein befahl – einem Krieg ohne Mandat der Vereinten Nationen – distanzierte sich die FDP-Fraktion von ihrer uneingeschränkten Solidarität. Wenn eine der stabilsten und ältesten Demokratien der Welt auf Gewalt anstelle auf Recht setzt, hält es die FDP-Fraktion auf jeden Fall für nötig, die Politik der Amerikaner kontrovers zu diskutieren. „Wir sind in der FDP und auch

240 Vgl., Auswärtiges Amt, Globale Zusammenarbeit, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/index_html, 22.07.2005.

241 Schulte, Markus (2003), a.a.O., S. 54.

242 Interview mit Hans-Dietrich Genscher am 18. November 2005.

243 Hoyer, Werner, Rede auf dem NATO-Gipfel in Prag am 14.11.2002.

ich selber [Klaus Kinkel] bin kategorisch gegen jeden amerikanischen Alleingang. Wir sind überhaupt gegen jedes Handeln ohne Sicherheitsratsmandat.²⁴⁴ „Ein Wort der Kritik unter Freunden ist nicht nur zulässig, sondern angebracht. Die Amerikaner bleiben unsere Freunde, aber diese militärische Aktion ohne UN-Mandat kann die deutsche Politik nicht billigen“²⁴⁵, so Westerwelle.

Zwar stellte die FDP-Fraktion das deutsche „Nein“ zum Irakkrieg nicht infrage²⁴⁶, allerdings kritisierte sie den „moralisierenden Trotz“ Gerhard Schröders, als internationaler Partner und Mitglied der Vereinten Nationen sich gegen einen UN-Beschluss widersetzen zu wollen. Jedoch weist auch die FDP-Fraktion darauf hin, dass die gegenwärtige US-Administration durch einen „unsensiblen Umgang“ mit europäischen Partnern die Zusammenarbeit genauso erschwert habe, wie die deutsche Regierung mit ihren anti-amerikanischen Tönen im Wahlkampf.²⁴⁷ Der vom Kanzler benutzte „neue deutsche Weg“ in der Außenpolitik wurde mehrheitlich kritisiert. Obwohl Helmut Schäfer, FDP Staatsminister a.D. (1992-1998), der Meinung war, dass Deutschland prinzipiell nach der Wiedervereinigung als souveräner Staat wieder vom „deutschen Weg“ sprechen darf.²⁴⁸ Nur der Ton mache die Musik. „Von Adenauer bis Kohl wurde Kritik in der Regel diplomatisch geschickt formuliert. Nur so konnte Einfluss auf amerikanische Entscheidung genommen werden“, so Schäfer.²⁴⁹ Erstmals seit 1945 brachte ein Bundeskanzler „für ein paar Wählerstimmen die guten transatlantischen Beziehungen durch sture Verweigerungshaltung kräftig ins Wanken“, so Wolfgang Gerhardt.²⁵⁰ Ende 2005 haben sich die Wogen zwar wieder etwas geglättet. Dennoch ist nach Meinung von Harald Leibrecht „die transatlantische Partnerschaft der hohen Politik“, d.h. die diplomatische Beziehung zwischen den Regierungen, „immer noch in einer Krise“.²⁵¹ Das deutsche Wort, so Leibrecht, habe in Amerika nicht mehr das Gewicht, was es einmal hatte und haben sollte.

In den letzten 50 Jahren wurde die amerikanische Politik nie ohne Kritik von den Liberalen hingegenommen. Schon Genscher hatte ein

244 Engels, Silvia, Die deutsche Außenpolitik und der Irak-Konflikt. Im Gespräch mit Klaus Kinkel (FDP), in: DIE ZEIT, 19. September 2002.

245 Delf, Arne, FDP-Chef Westerwelle kritisiert Haltung der Union, in: DIE WELT, 1. April 2003.

246 Vgl., Deutsche Außenpolitik im Lichte des Irak-Krieges, Beschluss des FDP-Bundesvorstands vom 7. April 2003; siehe Anhang, Appendix 4.

247 Vgl., FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) (2005), a.a.O., S. 494.

248 Vgl., Interview mit Helmut Schäfer am 14. November 2005.

249 Ebenda.

250 Gerhardt, Wolfgang (2002), Der Irak und der »Deutsche Weg«, in: liberal, Ausgabe 4/2002, Berlin, S. 14.

251 Interview mit Harald Leibrecht am 10. November 2005.

„gesundes Misstrauen“ gegenüber den USA, so seine langjährige politische Weggefährtin Irmgard Schwaetzer.²⁵² Als erste Partei im deutschen Bundestag haben die Liberalen am 10.12.2003 einen Antrag (Drucksache 15/2175) eingebracht, in dem das amerikanische Gefangenlager auf Kuba in *Guantanamo Bay* aufgrund von Menschenrechtsverletzungen kritisiert wurde.²⁵³ Im Kampf gegen den Terrorismus, so ließ der Parteivorsitzende Guido Westerwelle deutlich vernehmen, werde es mit der FDP keine Diskussion über Folter in Extremsituationen geben.²⁵⁴ Zudem wurde in Vorbereitung auf die 7. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags, die im Mai 2005 in New York stattfand, von Seiten der FDP ein Antrag im Bundestag eingereicht mit der Forderung, die in Ramstein und Büchel noch lagernden US-Atomwaffen möglichst bald aus Deutschland zu entfernen. „Dies war“, so Wolfgang Gerhardt, „kein offener Affront gegenüber Washington, sondern eine vernünftige Forderung.“²⁵⁵ Zudem schrieb die FDP zum ersten Mal in einem Papier zur Bundestagswahl, dass die Partei einer amerikanischen Außenpolitik kritisch gegenüber steht, die den europäischen Kontinent in ein neues und ein altes Europa spaltet: *„Die FDP lehnt eine Außenpolitik ab, die zur Wahl zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zwingt. Wir wollen genauso wenig eine Außenpolitik, die unseren Kontinent in ein neues und ein altes Europa aufspaltet. Wir wollen eine Außenpolitik, die berechenbar ist, Deutschlands Interessen klar definiert und konsequent verfolgt.“*²⁵⁶ Die Gründungsväter der transatlantischen Partnerschaft schufen ein Bündnis, das seit über 45 Jahren den Frieden in Europa sicherte. „Es ist der Auftrag der jetzigen Generation, für die notwendigen Änderungen und Anpassungen zu sorgen, damit der Geist der Allianz und ihre Substanz für kommende Generationen bewahrt wird“²⁵⁷, so Hans-Dietrich Genscher.

252 So Irmgard Schwaetzer, zitiert in: Fröhlich, Stefan (2001), a.a.O., S. 138.

253 Dieser wurde mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

254 Vgl., Dittberner, Jürgen, Von Möllemann befreit, Juni 2004, http://www.uni-potsdam.de/~u/PolWi_Dittb/, Stand: 25.08.2005.

255 Vgl., Gerhardt, Wolfgang, Wolfgang Gerhardt über Deutschland in der Welt, in: Rheinischer Merkur, 28. Juli 2005.

256 Vgl., FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) (2005), a.a.O., S. 73.

257 Genscher, Hans-Dietrich (Hrsg.) (1987), Nach vorn gedacht ... Perspektiven deutscher Außenpolitik, Bonn Aktuell, Stuttgart, S. 11.

3.3. Zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Dieser Abschnitt behandelt den wichtigsten Wandel in der außenpolitischen Programmatik der FDP sowie die Veränderungen der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung. Noch während des Golfkrieges (1991) betrieb die schwarz-gelbe Bundesregierung die so genannte „Scheckbuch-Diplomatie“ – Geld statt Truppen.²⁵⁸ Genscher, wie auch seine Partei, lehnten die Beteiligung der Bundeswehr an *out-of-area*-Einsätzen strikt ab. Er interpretierte, so Helmut Hubel, das Grundgesetz voluntaristisch und legte es politisch opportun aus. Denn prinzipiell schließt das GG internationale Bundeswehreinätze nicht aus.²⁵⁹ Die Ablehnung der *out-of-are*-Einsätze aufgrund verfassungsrechtlicher Beschränkungen und aus historisch-politischen Gründen war laut Christian Hacke ein Fehler.²⁶⁰ Im Ausland bezeichnete man Deutschland dafür als „Drückeberger“ und „sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer“.²⁶¹

Seit Mai 1993 änderte sich das. Der liberale Außenminister Kinkel sprach sich dafür aus, dass Deutschland in Europa und international mehr Verantwortung übernehmen muss. Dazu gehörten vor allem multilaterale, UN-mandatierte Militäreinsätze. Die Bundeswehr nahm offiziell an den bewaffneten UN-Missionen in Kambodscha²⁶² und Somalia (UNOSOM II) teil. Jedoch bestand Bonn darauf, dass die deutschen Soldaten nicht an Kampfeinsätzen beteiligt wurden. Vor allem der Somalia-Einsatz der Bundeswehr verursachte eine große politische Diskussion zwischen den Parteien.

Während die Union keine rechtlichen Bedenken gegen eine Teilnahme deutscher Truppen an militärischen Einsätzen unter dem Dach der UN hatten, forderten der Koalitionspartner FDP und die Oppositionspartei SPD den Bundesgerichtshof auf, über die so genannten *out-of-area missions* der Bundeswehr zu urteilen. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 unterstützte die FDP generell die durch die Vereinten Nationen legitimierten militärischen Einsätze. Die folgenden Bundeswehreinätze in Bosnien-Herzegowina

258 Deutschland finanzieller Beitrag betrug 17,9 Mrd. DM.

259 Art. 87 a Abs. 1,3 Landes- und Bündnisverteidigung; Art. 87 a Abs. 4 Einsatz im Rahmen eines inneren Notstandes; Art. 24 Abs. 2 Einsatz im Rahmen und nach den Regeln kollektiver Sicherheitssysteme; Art. 35 Abs. 1 Amtshilfe sowie Art. 35 Abs. 2,3 Katastrophennotstand.

260 Hacke, Christian (2003), a.a.O., S. 397.

261 Bierling, Stephan (1999), a.a.O., S. 279.

262 Am 17.Dezember 1992 beschloss das Bundeskabinett, den Vereinten Nationen das Angebot zu unterbreiten, zur Unterstützung ihrer Operationen „innerhalb befriedeter Regionen ... Somalias ein verstärktes Nachschub-/Transportbataillon (bis zu 1500 Mann) für humanitäre Aufgaben“ einzusetzen. Am 02.Juli 1993 billigte der Bundestag diesen Einsatz.

1995 (IFOR) und deren Folgemissionen (SFOR 1+2) wurden einstimmig durch die FDP-Abgeordneten unterstützt.²⁶³

Am 18. Oktober 1998 erteilte der „alte“ Bundestag sogar das grundlegende Mandat für eine deutsche militärische Beteiligung an einem NATO-Schlag gegen Jugoslawien. Eine Mission ohne UN-Mandat; trotzdem stimmten Union und FDP geschlossen dafür. Als die Regierung Kohl/Kinkel 1998 abgewählt wurde, waren die deutschen Soldaten bereits an neun UN friedenssichernden Missionen beteiligt. Zeitgleich waren 3.000 Soldaten in Bosnien-Herzegowina (EUFOR) und Georgien (UNOMIG) stationiert. „Die territoriale Verteidigungsarmee, ausgerichtet auf die Abwehr eines Angriffs auf das eigene Staatsgebiet, ist [schon damals] zu einer internationalen Interventionstruppe geworden, die überall auf der Welt operieren kann“²⁶⁴, so der Politologe Peter Schwarz.²⁶⁵

Dennoch sei Deutschland, so die ehemalige außen- und sicherheitspolitische Beraterin des FDP-Vorsitzenden Dr. Guido Westerwelle Margarita Mathiopoulos, immer noch nicht auf seine Rolle in einer veränderten geopolitischen Weltlage vorbereitet.²⁶⁶

Das Ziel müsse laut FDP-Bundestagsfraktion sein, die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Eine wesentliche Neuausrichtung der Bundeswehr ist laut dem FDP-Wehrexperthen Günther Nolting dabei unumgänglich. Die Vorschläge der Weizsäcker-Kommission seien hierfür eine gute Grundlage, so der innenpolitische Sprecher der FDP, Max Stadler.²⁶⁷ Seit den verteidigungspolitischen Richtlinien von Mai 2003 ist die Landesverteidigung gegen einen Angriff von außen nicht länger die bestimmende Aufgabe der Bundeswehr. Dafür müsse auch ein klares Konzept entwickelt werden, wie man mit der Unterfinanzierung der Bundeswehr umgehe. Nach dem FDP-Bundeswehrexperthen Jörg van Essen sollten die Einsparungen im Rüstungsetat in erster Linie durch die Abschaffung der Wehrpflicht erreicht werden.²⁶⁸

263 Bierling, Stephan (1999), a.a.O., S. 280.

264 Schwarz, Peter (2002), Eine Bilanz der rot-grünen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Sozialistische Tageszeitung im Internet, IKVI, S. 1.

265 Siehe Appendix 6: Die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990.

266 Vgl., Mathiopoulos, Margarita, Sicherheit und Kassensturz, in: DIE WELT, Gastkommen-tar, 10. November 2005.

267 Vgl., Rede des Abgeordneten Dr. Max Stadler zum Thema „Sicherheit 21 – Was zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus jetzt zu tun ist“ vom 18. Oktober 2001.

268 Vgl., Heuer, Christiane, FDP befürwortet Strukturreform der Bundeswehr, Interview mit Jörg van Essen am 18.12.2003.

Die Partei schlägt seit Jahren vor, die allgemeine Wehrpflicht, die bisher mit der Pflicht des Staatsbürgers zur Verteidigung des Vaterlandes begründet wurde, abzuschaffen und aus der Bundeswehr eine moderne hochspezialisierte Freiwilligenarmee zu machen.²⁶⁹ Dazu wurde am 09. März 2004 von der FDP-Fraktion der „Antrag zur Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht“ im Deutschen Bundestag eingereicht. Ein Jahr zuvor rechtfertigte bereits der sicherheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Günther Nolting, den Standpunkt der FDP in 31 Antithesen zur Allgemeinen Wehrpflicht. Dieser Vorschlag wurde bis jetzt von den meisten Parteien allerdings eher skeptisch gesehen. Die neuste Debatte über den Dienstzwang, angeregt durch die Kommandeurstagung²⁷⁰ in Bonn, zeigt ein neues Bild. Einstimmig forderten die Oppositionsparteien FDP, Grüne und Die Linke das Ende der allgemeinen Wehrpflicht. Allerdings sieht der Bundestagswehrbeauftragte Reinhold Robbe „momentan keine Grundlage“²⁷¹, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen. Eine Berufsarmee senke nicht Kosten, könne sie sogar noch erhöhen, so Robbe weiter.

Die Liberalen unterstützten nach den Worten ihres parlamentarischen Geschäftsführers Jörg van Essen weiterhin das Prinzip des „Parlamentsheeres“, welches besagt, dass nur mit vorheriger Billigung des Bundestags Soldaten ins Ausland geschickt werden können. Die FDP, so Diehl, sei sogar ein „glühender Vertreter des Parlamentsvorbehaltes, wenn es um Auslandseinsätze geht“²⁷². Ein vereinfachtes Verfahren unterstützt die FDP-Fraktion nur in vier Fällen: geheime Einsätze (etwa Geiselnbefreiungen), Eil-Einsätze bei Gefahr im Verzug, Beteiligung einzelner Soldaten an Operationen internationaler Organisationen wie der NATO oder der EU.²⁷³ Hier würde ein kleiner, aus allen Fraktionen besetzter Ausschuss an Stelle des Plenums entscheiden. Einsätze der neuen Eingreiftruppe der NATO (NRF) seien einem Plenumsvotum zu unterwerfen, da die angepeilte Vorwarnzeit von einer Woche dafür ausreiche. Der im Juni 2005 von Verteidigungsminister Struck vorgelegte Plan, die Bundeswehr auf „friedens erzwingende Missionen

269 Um diese Entscheidungen der Parteiführung durch die Basis legitimieren zu lassen, führte die FDP innerhalb der 13. Legislaturperiode eine Mitgliederbefragung durch. Bei dem Mitgliederentscheid votierte die Mehrheit für die Beibehaltung der Wehrpflicht, allerdings beteiligte sich weniger als ein Fünftel der Mitglieder an der Abstimmung und wurde somit als nicht repräsentativ bewertet. Die Entscheidung darüber wurde auf dem Sonderparteitag am 17. September 2000 in Berlin verschoben. Am Ende votierten 377 von 623 Delegierten für das Ende der Wehrpflicht.

270 Zum 50. Jahrestag der Gründung der deutschen Bundeswehr, vom 10. bis 12. Oktober 2005.

271 Bickerich, Sebastian, Die Truppe wird gemustert, in: Der Tagesspiegel, 12. Oktober 2005, S. 4.

272 Interview mit Ole Diehl am 11. Oktober 2005.

273 Vgl., Pries, Knut, FDP will die Bundeswehr unter Parlamentskontrolle lassen, in: Frankfurter Rundschau, 12.11.2003.

an jedem Ort der Welt“ vorzubereiten, nannte die FDP „unverantwortlich“. „Die Auslandseinsätze der Bundeswehr dürfen allein nur dem Ziel dienen, in einer Region die Friedenssicherung zu gewährleisten und die Bevölkerung zu schützen“, so der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Jürgen Koppelin.

Zudem mahnte FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt eine Befristung der Auslandseinsätze deutscher Soldaten an. „Ein Auslandseinsatz der Bundeswehr ist erst dann wirklich ein Erfolg, wenn er auch einmal wieder beendet werden kann.“²⁷⁴ Nach Meinung der FDP sollten die deutschen Soldaten bei Friedenseinsätzen unter UN-Mandat Verantwortung übernehmen. „Wichtig ist allerdings, dass solche Militäreinsätze immer nur die Suche nach politischen Lösungen flankieren dürfen und nicht zum Politik-Ersatz werden“²⁷⁵, so Gerhardt weiter.

Unter der rot-grünen Regierung wurden die Bemühungen um eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit einer selbständigen europäischen Streitkraft intensiv vorangetrieben. Im Juni 1999 fand in Köln der EU-Gipfel statt, auf dem beschlossen wurde, eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik²⁷⁶ (ESVP) weiter voranzutreiben sowie eigene Euro-Korps²⁷⁷ aus- und aufzubauen. Auf dem 53. Bundesparteitag in Mannheim forderte der liberale Landesverband Saarland eine Europäische Berufarmee. Damals fand dieser Antrag keine Mehrheit. Die FDP wolle keine europäische Verteidigungsarmee, so Wolfgang Gerhardt, jedoch unterstütze man die Gründung einer gemeinsamen schnellen Eingriffsgruppe für Konflikt- und Krisensituationen. Im Europawahlkampfjahr 2004 sah dies schon anders aus. Die Spitzenkandidatin der FDP bei der Europawahl, Silvana Koch-Mehrin, vertritt die Position: „Europa soll stark sein in der gemeinsamen Außenpolitik. Wir wollen eine gemeinsame europäische Armee unter einheitlichem Oberbefehl [...] und natürlich die gemeinsame Einwanderungspolitik“.²⁷⁸ Europa, so die FDP, müsse außenpolitisch mit einer Stimme sprechen, allerdings darf es zu keinem Konkurrenzverhältnis zur NATO kommen.

274 TAZ, FDP will deutsche Auslandseinsätze befristen, 31.8.2005, S. 6.

275 Ebenda.

276 Die Entwicklung der ESVP wurde bereits 1996 auf dem NATO-Gipfel in Berlin beschlossen.

277 Ein deutsch-französisches Bataillon, das 1992 gegründet wurde. Später stoßen Belgien, Spanien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Polen und UK dazu.

278 ARD Online, tacheles.02, Interview mit Silvana Koch-Mehrin, 09.02.2004, <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID14773,00.html>, Stand: 09.11.2005.

Afghanistan-Einsätze

Seit nunmehr fünf Jahren ist die Bundeswehr in verschiedenen Missionen in Afghanistan beteiligt. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde erstmals in der Geschichte der NATO der Bündnisfall festgestellt. Daraufhin beteiligt sich die Bundeswehr seit 2001 an den Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus, u.a. in der Bündnisverteidigung Operation *Enduring Freedom*²⁷⁹. Auf Grundlage der UN-Resolution 1386 nahm die Bundeswehr an der *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan teil. Damals stimmte die FDP-Fraktion für den UN-mandatierten Einsatz. „Herr Bundeskanzler, wir stimmen Ihnen ausdrücklich zu, dass die gezielten Militärschläge gegen terroristische Einrichtungen, gegen Ausbildungscamps und gegen Infrastruktureinrichtungen richtig sind“²⁸⁰, so Wolfgang Gerhardt. So auch im Jahre 2002.

Ein Jahr nach der Wahl änderte die FDP ihre Position. Anders als in den Abstimmungen davor traf die Bundesregierung eine weder in der NATO noch in der EU abgestimmte Entscheidung. Sie beschloss den Aufbau eines *Provincial Reconstruction Teams*“ (PRT) in Kunduz und integrierte dieses Konzept in den Antrag für die Verlängerung des ISAF-Mandats vom 13. Oktober 2003. Die Liberalen lehnten diese Mandatsausweitung ab. Ebenso lehnte die FDP-Fraktion ein Jahr später die Verlängerung des Afghanistan-Mandates ab. Der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Werner Hoyer, machte in seiner Bundestagsrede deutlich, dass sich die Ablehnung der FDP nicht gegen den ISAF-Einsatz in Kabul richtete. Die Ablehnung bezog sich auf die PRTs im Land. Die FDP-Fraktion hielt „den inselartigen Einsatz“ der Bundeswehr für „unsinnig und irreführend“ und stimmte gegen das Afghanistan-Mandat, trotz der eigentlichen „Zustimmung zum Kabuleinsatz“.²⁸¹ „Auslandseinsätze werden immer mehr zu Politikersatz“, so der Referent für Außen- und Entwicklungspolitik und die „politischen Konzepte“ hinter den Einsätzen fehlen.²⁸²

Im September 2005 brach zwischen den Parteien eine Auseinandersetzung darüber aus, ob die ISAF-Mission in Afghanistan Aufgaben der US-geführten Operation *Enduring Freedom* übernehmen könnte.

279 Den Auftrag die „Terroristen zu bekämpfen“ wurde der Bundeswehr am 16. November 2001 vom Deutschen Bundestag erteilt.

280 Gerhardt, Wolfgang, Bundestagsrede zur „Aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan“, 11. Oktober 2001.

281 Hoyer, Werner (2004), FDP lehnt Verlängerung des Afghanistan-Mandates ab, <http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=9&l2=0&l3=1&aid=2330>, Stand: 01.11.2005.

282 Interview mit Ole Diehl am 11. Oktober 2005.

Auch dies lehnte die FDP strikt ab. „Es darf keine Vermischung der Missionen geben. Der Kampf gegen den Terror und die Aufbauleistung des Landes müssten klar getrennt sein“, so der parlamentarische FDP-Fraktionsgeschäftsführer van Essen.²⁸³ Nach den Neuwahlen 2005, stimmte am 28. September des gleichen Jahres noch einmal der „alte“ Bundestag über den Antrag der Bundesregierung zur „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan“ ab. Die FDP-Fraktion stimmte diesmal wieder dafür, mit den Ausnahmen von Rainer Funke, Joachim Günther, Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp und Jürgen Koppelin. Zudem übernahm Deutschland im Herbst 2005 die *Lead Nation*-Rolle für den gesamten Norden von Afghanistan.

283 Netzzeitung, Parteien-Streit um ISAF-Ausweitung, <http://www.netzeitung.de/deutschland/361737.html>, Stand: 07.10.2005.

4. Von der „Partei der Außenminister“ zu einer international ausgerichteten modernen liberalen Partei – Eine Bilanz

1. Die FDP hat als einzige der kleinen Parteien von 1949 überlebt, vor allem, weil sie ihren Standort im Parteiensystem immer zu einer der beiden Volksparteien definierte. Die Liberalen entwickelten sich bis zu ihrer Abwahl 1998 innenpolitisch als „Mehrheitsbeschaffer zum Regieren“²⁸⁴ und Funktionspartei mit festem Fachbereich – dem Auswärtigen Amt.

Zur Zeit des Kalten Krieges und des bipolaren Blocksystems galt die FDP innerhalb der außenpolitischen Akteure als Garant für eine Gleichgewichtspolitik. In ihrer Gründungsphase fand sich die FDP als antisozialistische Partei zusammen und stand fest hinter der Westbindungspolitik Adenauers. Gleichzeitig wurde sie zum liberalen Korrektiv der Union. Die Westbindung der Bundesrepublik, d.h. die Stärkung der westeuropäischen Zusammenschlüsse, die enge deutsch-amerikanische und deutsch-französische Partnerschaft, war die wichtigste Säule der liberalen Außenpolitik.

2. Während die FDP in den 1950er Jahren zusammen mit der CDU/CSU gegen den Widerstand der SPD die Westbindung verfolgte, so setzte sie sich in den 1970er Jahren zusammen mit den Sozialdemokraten gegen den Willen der Union für die neue Ostpolitik ein. Unter Willy Brandt wurde die sozial-liberale Koalition zum Schrittmacher der Entspannung zwischen Ost-West.²⁸⁵ Mit den osteuropäischen Staaten baute die Regierung diplomatische Beziehungen auf und nach fast zwei Jahrzehnten verhandelten die beiden deutschen Staaten miteinander. Mit der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt beendete die westdeutsche Außenpolitik „den Sonderkonflikt mit Osteuropa und der Sowjetunion“²⁸⁶. Ohne die FDP wäre es in den frühen 1970er Jahren sicherlich nicht zu den Ostverträgen gekommen. Besonders der liberale Außenminister Hans-Dietrich Genscher wurde zu einem Synonym bundesdeutscher Außenpolitik. Der Regierungswechsel 1982 zeigte, dass

284 Dittberner, Jürgen (1987), a.a.O., S. 144.

285 Vgl., Hacke, Christian (2002), Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte B48/2002, Bonn, S. 12.

286 Risse, Thomas (2003), Deutsche Identität und Außenpolitik, FU-Berlin, Berlin, S. 8.

die FDP nicht nur als Garant für einen außenpolitischen Wandel, sondern auch für Stabilität stand. Mit der Union setzte die FDP ihre Entspannungs- sowie Sicherheits- und Abrüstungspolitik fort und vollendete die deutsche Wiedervereinigung.

3. Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 bedeutete einen tiefgreifenden Wandel für die außenpolitische Programmatik der FDP. Das wichtigste außenpolitische Ziel der Liberalen wurde erreicht – Deutschland war wiedervereint. Zudem verschwand mit der Auflösung der Sowjetunion der „Feind im Osten“. Die FDP verlor damit die beiden bedeutendsten Bereiche ihrer Außenpolitik, mit denen sie sich gegenüber den anderen Parteien profiliert hatte: die Deutschland- und die Entspannungspolitik. Die Liberalen versuchten daraufhin in den folgenden Jahren, außenpolitisch neue Schwerpunkte zu setzen. Freie Welthandel, universelle Menschenrechte und Dritte-Welt-Politik rückten ins Zentrum der außenpolitischen Aktivitäten des liberalen Außenministers Klaus Kinkel.
4. Seit Anfang der 1990er Jahre passte sich die FDP auch sicherheitspolitisch den neuen Gegebenheiten an. Einen von den internationalen Partnern geforderten, nicht mehr nur rein finanziellen Beitrag befürworteten die Liberalen. Anfang der 1990er Jahre unterstützten sie die humanitären Missionen der Bundeswehr in *out-of-area*-Einsätzen und seit dem Bundesverfassungsurteil von 1994 sprechen sie sich generell auch für militärische Bundeswehreinätze aus.
5. Seit 1998 ist die FDP bundespolitisch in der Opposition. Typisch für eine Oppositionspartei betrieb die FDP insgesamt eine eher „reaktive Außenpolitik“, d.h. tagespolitisch steht die Außenpolitik nicht mehr an erster Stelle der Bundestagsfraktion. Außenpolitische Konzepte wurden entweder aufgrund politischer Entscheidungen der Regierung oder konkret vor den Bundestagswahlen verfasst. Außenpolitisch begann die Oppositionszeit mit einem Paukenschlag, mit der Abstimmung über eine Beteiligung deutscher Soldaten an den militärischen Luftangriffen auf Jugoslawien. Die Bundestagsfraktion der FDP stimmte mehrheitlich für die Beteiligung der Bundeswehr, obwohl sich die FDP immer gegen Einsätze aussprach, die nicht von der UN legitimiert wurden. Die FDP-Spitze befand, dass angesichts des Völkermordes ein Mandat des Sicherheitsrates „zwar wichtig, aber nicht entscheidend“²⁸⁷ war.

287 Christmann, Stefanie (2001) Der Kosovo-Krieg im Bundestag, Auszüge der Plenardebatten vom 16.

6. Untypisch für die FDP, im Vergleich zu den Oppositionsjahren 1957-1961 und 1966-1969, kam es in den letzten sieben Jahren in keinem ihrer zentralen außenpolitischen Bereiche (Europa, transatlantisches Verhältnis) zu erheblichen Veränderungen. Jedoch kann man aufgrund veränderter Rahmenbedingungen Nuancierungen feststellen.
- a) In der Frage, ob die Türkei in die EU aufgenommen werden soll, sind die Liberalen weiterhin gespalten. Eine Hälfte der Abgeordneten sprach sich für einen Beitritt aus, die andere dagegen. Jedoch waren 2005 erstmals mehr Abgeordnete inoffiziell gegen einen Beitritt. Sogar die Parteispitze teilte offiziell mit, dass wenn sie heute über den Beitritt abstimmen müssten, die Fraktion mit *Nein* votieren würde. Begründet wird diese Entscheidung in erster Linie aufgrund der institutionellen und politischen Überforderung der EU seit ihrer letzten Erweiterungsrunde und der Zypern-Problematik. Das Argument der kulturellen Divergenz, das in anderen Parteien immer wieder angebracht wird, spielte in der FDP-Fraktion nur eine untergeordnete Rolle. Es überraschte deshalb nicht, dass sich die FDP nicht klar *für* oder *gegen* einen Beitritt aussprach, sondern sich für „ergebnisoffene Verhandlungen“ einsetzte.
 - b) Die deutsch-amerikanische Partnerschaft war für die Liberalen immer mehr als nur ein Zweckbündnis. Die deutsch-amerikanische Partnerschaft bleibt zentrale Maxime liberaler Außenpolitik. Dennoch versuchte die FDP-Fraktion mit globaler „Balance-Politik“ keine Konkurrenz zwischen den europäischen Partnern und Amerika aufzubauen. Seit den Kontroversen über den Irakkrieg kriselte es in der transatlantischen Partnerschaft. Die FDP-Fraktion stellte sich jedoch von Anfang an eindeutig hinter die amerikanische Regierung. Allerdings sprach sich die Bundestagsfraktion klar dafür aus, wenn nötig, die Politik der amerikanischen Regierung kontrovers und kritisch zu diskutieren. Westerwelle erklärte dazu: „Ein Wort der Kritik unter Freunden ist nicht nur zulässig, sondern angebracht“²⁸⁸. Diese Position stellt eine Veränderung in der Qualität der Partnerschaft dar.
 - c) Während die FDP bis Anfang 1989 noch jegliche Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebietes strikt ablehnte, veränderte sich aufgrund der weltpolitischen Umbrüche und der internationalen Forderungen, u.a. seitens der USA, ihre Position. Seit Februar 1991 unterstützte auch der Außenminister Hans-Dietrich

10. 1998 und vom 15. 4. 1999, in: Frankfurter Rundschau, 24. April 2001.

288 zitiert in: Delf, Arne, a.a.O., 01. April 2003.

Genscher alle von den UN legitimierten militärischen Einsätze der Bundeswehr.²⁸⁹ Seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994 befürwortet die FDP-Fraktion militärische Bundeswehreinätze in *out-of-area*-Gebieten. Erst in den letzten beiden Jahren sehen die liberalen Abgeordneten die stark angestiegenen Bundeswehreinätze zunehmend kritisch. Viele Militäreinsätze erwecken den Eindruck, dass sie nicht die Suche nach politischen Lösungen waren, sondern zum Politikersatz wurden. Das wollen die Liberalen auf jeden Fall verhindern.

7. Nachdem der Regierungswechsel im September 2005 scheiterte, kann sich die FDP in den nächsten vier Jahren als größte Oppositionspartei profilieren. Dies gilt auch und besonders im Bereich der Außenpolitik. Sie kann auf den zahlreichen Konzepten, die für die Bundestagswahl 2005 erarbeitet wurden, weiter aufbauen. Besonders in der Opposition ist es einfacher, außenpolitische Gegenkonzepte zu formulieren sowie die Außenpolitik der Regierung kritisch zu analysieren. In der Regierung, die den Minister für Äußeres stellt, geht das nicht so einfach. Niemand innerhalb der FDP-Fraktion würde sich offiziell gegen eine außenpolitische Entscheidung ihres „wichtigsten Regierungsvertreters“ stellen, so Rainer Erkens.²⁹⁰ Zudem verlangt das Regieren die Bereitschaft zu Kompromissen und Anpassung an den Koalitionspartner. Das eigene außenpolitische Profil kann dabei verschwimmen. Die FDP hat jetzt die Chance, die einseitige Fixierung der letzten Jahre auf die CDU zu lockern und ihren eigenen außenpolitischen Gestaltungsraum auszubauen. Schon einmal stand die FDP vor solch einer ähnlichen Situation. Damals gelang es Walter Scheel, die Liberalen mit beiden Großparteien koalitionsfähig zu machen und somit die FDP aus der Opposition zu führen.
8. Obwohl die FDP eher eine kleine Partei ist, ist sie weiterhin „die interessanteste außenpolitische Formation im deutschen Parteiensystem“. Kein Wunder, schließlich hatten FDP-Politiker von den 56 Jahren Bundesrepublik Deutschland fast 30 Jahre lang das Amt des Außenministers inne. Die FDP lebte „seit jeher und weit stärker als andere Parteien von ihren führenden Köpfen“²⁹¹. Dies trifft auch

289 Spiegel, Interview mit Hans-Dietrich Genscher, „Ich habe Kurs gehalten“, Nr. 6/1991, S.22f.

290 Vgl. Interview mit Rainer Erkens am 16. November 2005.

291 Lösche, Peter/Walter, Franz (1995), Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 206.

und besonders für die außenpolitische Programmatik zu. Besonders ihre Außenminister trugen zur Profilierung der FDP „als Partei der Außenpolitik“ bei. Die Prägung der liberalen außenpolitischen Programmatik, der Stil und der Inhalt, orientierten sich an den Persönlichkeiten Scheel, Genscher, aber auch Kinkel.

Zudem bauten sich die Freien Demokraten in diesen Jahrzehnten zahlreiche nationale sowie internationale außenpolitische Beratungsgremien und Foren auf. Die FDP-Fraktion kann sowohl auf außenpolitisch kompetente Persönlichkeiten als auch auf liberale Institutionen (FNSt, Liberale Vereinigungen) zurückgreifen, die die Liberalen bei der außenpolitischen Programmatik unterstützen.

9. Eine der ersten und wichtigsten politischen Standortbestimmungen war das Berliner Programm von 1957. Das vorrangige außenpolitische Ziel war die friedliche Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Die Forderung durchzog die außenpolitische Programmatik bis zum Oktober 1990 – das Ziel war erreicht. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde der außenpolitische Schwerpunkt der Liberalen Europa. Im Mai 1997 verabschiedete die FDP ihr neues liberales Grundsatzprogramm, die „Wiesbadener Grundsätze“. Das Papier legte keine neuen außenpolitischen Schwerpunkte fest. „Die europäische Einigung bleibt Priorität liberaler Außenpolitik.“²⁹² Mit dem Regierungswechsel 1998 wurde die FDP zum dritten Mal in die Opposition geschickt. Im Jahre 2002 wollten die Liberalen wieder einen politischen Machtwechsel herbeiführen. Um im Falle des Regierungswechsels das Amt des Außenministers zu beanspruchen, verabschiedeten sie eine Reihe von außenpolitischen Beschlüssen (u.a. 18 liberale Thesen zur mutigen Gestaltung der Globalisierung) und erarbeiteten ein zehneitiges außenpolitisches Kapitel für ihr Bundestagswahlprogramm. Nach dem erneuten Wahldebakel suchten die Liberalen nach neuen Konzepten. Nachdem das „Super-Wahljahr“ 2004 erfolgreich verlief, bereiteten sich die Liberalen zuversichtlich auf die Neuwahlen im Herbst 2005 vor.

Auch diesmal beabsichtigte die FDP, sich mit ihrer außenpolitischen Programmatik gegenüber den anderen Parteien zu profilieren. Die Liberalen verabschiedeten eine Vielzahl von außenpolitischen Positionspapieren, die schwerpunktmäßig auch im außenpolitischen Teil des Deutschlandwahlprogramms 2005: „Mehr

292 Wiesbadener Grundsätze, a.a.O., S. 25.

FDP für mehr internationale Zusammenarbeit und Sicherheit“²⁹³ festgeschrieben waren. Programmatisch ist die FDP gewappnet, um erneut außenpolitische Verantwortung zu übernehmen.

10. Seit nunmehr sieben Jahren stellt die FDP keinen Außenminister mehr. Jedoch richtete sie sich weiterhin international aus und verfügt nun personell über einen kleinen Kreis von außenpolitischen Experten. Die FDP kann sich somit den neuen internationalen Gegebenheiten anpassen und sich auf ihr weiterhin bestehendes „strategisches Ziel: Politikwechsel in Deutschland“²⁹⁴ und damit auf das Amt des Außenminister vorbereiten. Die liberale Partei hat mit ihren Außenministern jahrzehntelang den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik Deutschland mitbestimmt. Mit der Außenpolitik haben die Freien Demokraten ihr wichtigstes politisches Betätigungsfeld gefunden. An diese Tradition sollte und kann die FDP anknüpfen.

293 FDP (Hrsg.), Arbeit hat Vorfahrt, a.a.O., S. 44-51.

294 Westerwelle, Guido (2005), Liberales Bündnis mit dem Bürger. Überlegungen und Vorschläge des Bundesvorsitzenden der FDP anlässlich der Bundesvorstandssitzung am 12. Dezember 2005, S. 8.

5. Anhang

- 5.1. Kontinuität, Prinzipien und neue Herausforderungen für liberale Außenpolitik. Beschluss des Präsidiums der FDP, Berlin, 6. September 2005.

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 6. September 2006 beschlossen:

Kontinuität, Prinzipien und neue Herausforderungen für liberale Außenpolitik

Liberaler Außenpolitik ist wertorientiert. Sie orientiert sich an Freiheit, an Menschenrechten, an Demokratie und am Rechtsstaat. Sie ist, zusammen mit einer sozialen Marktwirtschaft, die erst die Voraussetzungen dafür schafft, Menschen auf dieser Welt, die der Hilfe bedürfen, auch helfen zu können, Voraussetzung für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Aufklärerische Interessen- und freiheitliche Werteorientierung sind und bleiben die Bezugspunkte liberaler Außenpolitik. Die verfassungsmäßigen Prinzipien, die auch unser sonstiges politisches Handeln bestimmen, gelten auch für die Außenpolitik.

Liberaler Außenpolitik ist von einer Ethik der Verantwortung getragen. Sie ist eine Außenpolitik mit Engagement, mit Überzeugung, aber auch mit Realismus. Verantwortung liegt immer in der richtigen Balance zwischen Macht und Ethik, nationalem Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen.

Wichtig ist das Vertrauen der anderen in uns. Deutschland soll sich nicht größer machen, als es ist, aber auch nicht kleiner. Liberaler Außenpolitik steht für Multilateralismus, die Einbettung Deutschlands in Europa und in die transatlantische Partnerschaft. Kooperation und Integration gehören zum Charakter liberaler Außenpolitik.

Diese Kultur der liberalen Außenpolitik hat eine 30jährige Geschichte: Sie begann mit Walter Scheel und der neuen Deutschland- und Ostpolitik, gerichtet auf die Herstellung der Deutschen Einheit durch Überwindung der Trennung Europas im friedlichen Wandel. Sie setzte sich fort mit Hans-Dietrich Genscher und dem Helsinki-Prozess und der Einbettung der Deutschen Einheit in den Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Die liberale Außenpolitik hat den friedlichen Wandel gesucht und sich ihm gestellt. Sie hat sich neuen Aufgaben in internationaler Verantwortung Deutschlands mit Klaus Kinkel gewidmet, als die alte

bipolare Welt zu Ende gegangen war. Außenpolitik hat Kontinuitätslinien, aber immer ist auch die Kraft der einzelnen Persönlichkeit und ihr Ansehen mit verantwortlich für das Vertrauen der anderen in uns.

Rot-Grün hat an manchen Traditionslinien festgehalten, aber auch manches schleifen lassen. Die transatlantische Freundschaft ist beeinträchtigt, die europäische Integration in der Krise, die kleinen und mittleren EU-Partner sind irritiert, die UN-Reform droht im Sand zu verlaufen, die menschenrechtspolitische Glaubwürdigkeit läßt zu wünschen übrig. All das gilt es, nach einem Regierungswechsel durch Rückbesinnung auf bewährte Stärken und Prinzipien zu beheben. Politik handelt schließlich nicht nur vom Managen des Status quo, sondern auch von Veränderungen. Deshalb gelten neben dem Grundsatz der Kontinuität notwendigerweise auch neue Schwerpunktsetzungen.

1. Deutschland muß transatlantisch orientiert bleiben!

Europa und Amerika haben gemeinsame Interessen und ein gemeinsame Werte. Sie sind mit Abstand die wichtigsten Akteure in der Weltwirtschaft und im Weltwährungssystem.

Im Zeichen von Globalisierung nicht nur von Handel und Information, sondern auch von Sicherheitsrisiken ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen diesen beiden wichtigen Akteuren der Weltpolitik unerlässlich. Ihre gemeinsamen ökonomischen und politischen Potentiale sind überragend. Es gibt zum transatlantischen Bündnis keine geostrategische Alternative.

Kritikpunkte im transatlantischen Verhältnis wie der Irak-Krieg ohne klares UN-Mandat, die Mißhandlungen in Abu Ghraib, die menschenrechts-unwürdige Situation in Guantanamo, die Nicht-Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs müssen offen angesprochen und besprochen werden – aber eben unter Freunden, und nicht durch Abwendung von den USA.

Deutschland braucht wie kein anderes Land beides: eine handlungsfähige Europäische Union und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Die Europäische Integration ist für uns kein Gegengewicht gegen die USA. Es geht im Transatlantischen Bündnis um mehr Europa.

Rot/Grün hat für die transatlantischen Beziehungen nach den Differenzen über den Irakkrieg trotz aller „Klimmzüge“ keinen erfolgversprechenden Ansatz mehr gefunden. Dabei gibt es genügend gemeinsame Aufgaben: die Zusammenarbeit in der NATO, die Atomverhandlungen mit dem Iran oder die Hilfe bei der Konfliktlösung

zwischen Israel und Palästina, die ganz eindeutig auch der deutschen politischen Verpflichtung des Eintretens für das Existenzrechts Israels entspricht und zugleich das friedliche Nebeneinander mit einem palästinensischen Staat ermöglichen soll. Der Wiederaufbau im Irak, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus kommen hinzu. Dabei reicht es nicht, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um in der Nachsorge zu arbeiten. Die Herausforderungen liegen in der Konfliktprävention, sie erfordern gemeinsame Entscheidungsfindung und gemeinsames strategisches Vorgehen möglichst von Beginn an. Der transatlantische Dialog muß revitalisiert werden. Er setzt im übrigen zunächst europäische Abstimmung voraus, die nicht immer unternommen worden ist.

2. Europa muß Gestalt gewinnen

Wichtig ist und bleibt unsere Einbettung in Europa. Die EU ist Garant ist für Frieden und Freundschaft unter den europäischen Völkern. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist dabei wichtiger Baustein und notwendige Voraussetzung für jeden Integrationsfortschritt. Wir brauchen die Integration auch, weil als Exportnation unser Wohlstand davon abhängt. Trotzdem ist ein „Weiter so“ heute keine Option. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger wieder neu von Europa überzeugen; die Menschen werden die Europäische Idee nur akzeptieren, wenn weniger Bürokratie aus Brüssel kommt.

Das Verfassungsprojekt geht in die richtige Richtung, die EU demokratischer und bürgernäher zu machen. Sollte sich endgültig herausstellen, daß der Verfassungsvertrag in der vorliegenden Form keine Chance auf Ratifizierung mehr hat, dürfte ein „zweiter Anlauf“ dann größere Chancen auf Erfolg haben, wenn der bisherige Text um die komplizierten vertragsrechtlichen Teile – insbesondere zu den Gemeinschaftspolitiken – entschlackt und auf einen schlanken, verständlichen und auf den verfassungsrechtlichen Kern konzentrierten Text reduziert wird. Dazu sollte dann auch in Deutschland ein Volksentscheid stattfinden.

Fast die Hälfte des EU-Budgets für die Landwirtschaft – so ist den Bürgern ein zukunftsgerichtetes Europa nicht mehr zu vermitteln. Wenn die Zusagen für die Landwirte eingehalten werden sollen – und das wollen wir – ist eine nationale Ko-Finanzierung in Betracht zu ziehen. Nur dann können die EU-Mittel für gemeinsame Zukunftsaufgaben, für Wissenschaft und Forschung, kurzum für Innovation, verwendet und der britische Rabatt zurückgeführt werden.

Die Transformationsländer in Südost- und in Osteuropa brauchen die Europa-Perspektive, um Spannungen zu überwinden und die schwierigen Reformprozesse einzuleiten. Es bedarf großer Kreativität, Ernsthaftigkeit und Überzeugungsarbeit und beträchtlichen Verhandlungsgeschicks, um konkrete Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten anzubieten, die von den Beteiligten auch als ernsthafte Alternative zur Vollmitgliedschaft empfunden werden. Die Europäische Union muß eine wirkliche Nachbarschaftspolitik entwickeln, weil sie sich nicht überdehnen kann, sie darf sich nicht ausschließlich auf Vollmitgliedschaften fokussieren.

Die Verhandlungen mit der Türkei müssen wirklich ergebnisoffen geführt werden. Gegenwärtig ist weder die EU aufnahmefähig, noch ist die Türkei beitragsfähig. Im übrigen erwarten wir von der Türkei das, was die Kommission gefordert hat: Die Türkei muß klarstellen, daß sie wirklich alle Mitglieder der EU anerkennen wird.

Deutschland muß wieder deutlicher Anwalt und vertrauensvoller Partner gerade der kleinen und mittleren EU-Länder werden. Rot/Grün hat das durch das Gerede über eine „Achsen-Bildung“ Paris-Berlin-Moskau, durch anti-amerikanische Begleittöne und durch unglückliches Handeln des deutsch-französischen Tandems vernachlässigt.

3. Menschenrechte beachten, Transformationsprozesse stützen.

Diejenigen, die in Freiheit leben, haben eine besondere Verpflichtung gegenüber den Menschen, die nicht frei sind. Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün steht, daß Menschenrechte Leitlinien für die gesamte internationale Politik der Bundesregierung sind. Aber nur dort, wo es nicht weh tut, werden sie eingefordert, etwa gegenüber Simbabwe sowie auf internationalen Workshops. Dort, wo geopolitische und wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, werden sie zurückhaltend bewertet. Für liberale Außenpolitik gilt, daß Menschenrechte ebenso universell wie unteilbar sind. Gerade in Zeiten der Globalisierung sind Freiheit der Bürger und Freiheit der Märkte zwei Seiten derselben Medaille. Menschenrechtsschutz liegt auch im wohlverstandenen Interesse global agierender deutscher Unternehmen. Liberale Außenpolitik hat in der Vergangenheit durch Engagement für Menschenrechte Vertrauen aufgebaut. Dabei bleibt es. Unsere Politik muß sich der grenzüberschreitenden Förderung von Werten verpflichtet fühlen, die die normative Basis unseres eigenen Staatswesens ausmachen.

Liberaler Außenpolitik sieht Rußland als großen, wichtigen Nachbarn. Rußland ist und bleibt für uns ein Land, mit dem wir freundschaftlich verbunden sein möchten. Unsere Politik zielt mit ausgestreckter Hand und offenem Meinungsaustausch auf eine Förderung der Transformationsprozesse und eine Stärkung der russischen Zivilgesellschaft. Zur Freiheit gehört nicht nur die ökonomische, sondern auch die gesellschaftliche Freiheit untrennbar hinzu.

Dasselbe gilt gegenüber China. Wir wollen, daß sich das Land weiter öffnet und stützen alle Bemühungen dazu. Wir halten es allerdings für falsch, jetzt das EU-Waffenembargo aufzuheben. Bundeskanzler Schröder hat völlig verkannt, daß es nicht um ein deutsch-chinesisches, sondern um ein euro-amerikanisches Thema geht.

4. UNO stärken, Globalisierung gestalten und Entwicklungszusammenarbeit erfolgreicher machen

Die Handlungsfähigkeit und die Legitimität der UNO als der Kernstruktur von „global governance“ müssen gestärkt werden. Die Vereinten Nationen sind die Organisation, die für internationale Krisenbewältigung Legitimität spendet. Dabei geht für die FDP das Interesse an einer erfolgreichen UN-Reform eindeutig vor einer monothematischen Verengung auf die Erlangung eines Ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. So muß etwa die Menschenrechtskommission endlich zu einem glaubwürdigen und handlungsfähigen Gremium umgestaltet werden. Konfliktprävention, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge müssen gestärkt werden. Es geht vor allem darum, Hunger und Krankheiten zu bekämpfen, Staatsversagen zu verhindern und Nachkriegsgesellschaften zu konsolidieren. Eine neue Zusammensetzung des Sicherheitsrats kann und sollte der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen Nachdruck verleihen und den weltweiten Veränderungen Rechnung tragen. Schon deshalb streben wir weiterhin einen Sitz für die EU an. Ein deutscher Sitz ist die zweitbeste Lösung. Er sollte im übrigen treuhänderisch für die Europäische Union wahrgenommen werden.

Die Globalisierung macht die Schaffung eines globalen Ordnungsrahmens mit belastbaren Strukturen noch dringlicher. Die Erosion nationaler Gestaltungsmöglichkeiten durch die Globalisierung muß durch eine Weltzivilgesellschaft und durch überregionale und globale Ordnungspolitik aufgefangen werden. Wir brauchen ein System globaler Gewaltenteilung, mit einer Stärkung auch des legislativen und des judikativen Multilateralismus und dabei vor allem einem Ausbau internationaler Gerichtsbarkeit.

Die Globalisierung hat durch mehr Transparenz, durch Reformen, durch die Herstellung von Rechtssicherheit und durch die Öffnung der Märkte und die Durchlässigkeit der Grenzen für viele Länder außerordentliche Wohlstandszuwächse gebracht. Die ansteckende Wirkung des Freiheitsgedankens, der heute viele Völker weltweit erfaßt hat, ist auch ein Resultat der Globalisierung. Wenn wir die Globalisierung nicht als Bedrohung empfinden, sondern sie aktiv gestalten, können wir die damit verbundenen Chancen weltweit noch besser nutzen.

Nach vier gescheiterten Entwicklungsdekaden darf Erfolg oder Mißerfolg der Entwicklungshilfe nicht ausschließlich an einem BSP-Prozentsatz gemessen werden. Die rot-grüne Entwicklungspolitik setzt keine neuen Impulse. Statt einer kohärenten Arbeitsteilung zwischen Weltbank, regionalen Entwicklungsbanken, EU und Geberländern gilt das „Gießkannen-Prinzip“, mit über 120 Empfängerländern deutscher Entwicklungshilfe. Notwendig werden bessere Abstimmungen, vor allem innerhalb der Europäischen Union. Es geht nicht nur um Geld. Die Erfahrung zeigt: Reine Finanztransfers führen zu Abhängigkeit und blockieren Entwicklung. Gefragt sind innovative Konzepte, mit denen die Eigenständigkeit der Partner gefördert und gefordert wird. Entwicklungshilfe darf sich nicht in Weltsozialhilfe erschöpfen. Es geht auch um Reformprozesse. „Good Governance“ bleibt die entscheidende Voraussetzung für Entwicklungschancen. Die Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Produkte der Entwicklungsländer wäre erheblich wirkungsvoller als ihre gesamte Entwicklungshilfe.

5. Internationale Verantwortung mit Maß und Ziel

Deutschland trägt 15 Jahre nach der Wiedervereinigung international mehr Verantwortung. Wir dürfen uns dem nicht verweigern – aber uns auch nicht übernehmen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben zugenommen, und die multilateralen Anforderungen werden weiter steigen. Es geht um die Schaffung von Zuständen struktureller Stabilität an Brennpunkten. Es geht um unsere Sicherheitsinteressen, um unsere besondere Verantwortung für Frieden und Menschenrechte und unser aktives Bekenntnis zum Multilateralismus und zur Stärkung der UNO. Die Bundeswehr ist zudem eine gute Visitenkarte für Deutschland.

Die Soldaten können der Politik helfen, ersetzen können sie diese nicht. Der eigentliche Erfolg einer Friedensmission, wie in Afghanistan

oder auf dem Balkan, liegt nicht in einer vorübergehenden Konfliktberuhigung oder in internationalem anerkennendem Schulterklopfen, sondern ist erst dann erreicht, wenn ein Einsatz nach erfolgter politischer Stabilisierung auch einmal wieder beendet werden kann. Deutsche Soldaten in gefährliche Auslandseinsätze zu schicken, das ist kein Prestige-Objekt und kein Politik-Ersatz, sondern eine Last, die es aus Verantwortungsbewußtsein dann (aber nur dann) zu tragen gilt, wenn es anders nicht geht. Eine Kultur der Zurückhaltung ist und bleibt die angemessene und verantwortungsbewußte Haltung. Sie findet ihre Entsprechung in parlamentarischer Kontrolle und Mandaterteilung.

5.2. Zehn Leitsätze zum transatlantischen Verhältnis, 55. Ord. Bundesparteitag der FDP, Dresden, 05.-06. Juni 2004.

Beschluss des 55. Ord. Bundesparteitages der FDP, Dresden, 05. – 06. Juni 2004

Leitsatz 1

Europa und Nordamerika bleiben füreinander die jeweils wichtigsten Partner

Leitsatz 2

Die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union stärkt die transatlantische Partnerschaft

Leitsatz 3

Die Freiheit und Würde des Menschen müssen als Kern der transatlantischen Wertegemeinschaft bewahrt werden

Leitsatz 4

In einer transatlantischen Strategiediskussion müssen Differenzen über sicherheitspolitische Vorgehensweisen ausgeräumt werden

Leitsatz 5

Verstärkte sicherheitspolitische Anstrengungen in Deutschland und Europa und transatlantische Rüstungskoooperation sind Voraussetzungen für eine funktionierende Sicherheitspartnerschaft

Leitsatz 6

Zur Stärkung von UNO und Völkerrecht müssen diese reformiert werden

Leitsatz 7

Die NATO bleibt die zentrale Instanz der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft

Leitsatz 8

Sicherheitspartnerschaft braucht gemeinsame Aktionen gegen die neuen Bedrohungen

Leitsatz 9

Handelsaustausch stärken, Weltwirtschaft gemeinsam liberalisieren

Leitsatz 10

Kulturaustausch bleibt Basis der transatlantischen Freundschaft

- 5.3. Antrag der FDP-Bundestagsfraktion zur Glaubwürdigkeit des nuklearen Nichtverbreitungsregimes stärken – US-Nuklearwaffen aus Deutschland abziehen, Berlin, den 12. April 2005.

Antrag der FDP-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag

Drucksache 15/5257

15. Wahlperiode

12. April 2005

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Harald Leibrecht, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Michael Kauch, Dr. Heinrich Leonhard Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Glaubwürdigkeit des nuklearen Nichtverbreitungsregimes stärken US-Nuklearwaffen aus Deutschland abziehen

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Mai 2005 tagt in New York die alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV). Die gegenwärtige Krise um Nuklearwaffen-Ambitionen des Iran und Nordkoreas, aber auch die Befürchtungen, dass künftig möglicherweise weitere Staaten oder sogar internationale Terroristen Zugriff auf Nuklearwaffen erhalten könnten, machen das nukleare Nichtverbreitungsregime zu einer zentralen Säule der Sicherheit und des Friedens weltweit. Es liegt in den Händen der 188 Mitgliedsländer des Nichtverbreitungsregimes, diese wichtigste globale Abrüstungskonferenz unbedingt zu einem Erfolg zu führen.

Das NVV-Regime beruht auf drei Säulen: Verpflichtung der Mitglieder zur Nichtverbreitung, Verpflichtung der Nuklearwaffenstaaten auf Abrüstung ihrer Nuklearwaffenarsenale und Berechtigung aller Staaten zum Zugang zur zivilen Nutzung der Kernenergie. Nur wenn alle drei Prinzipien gleichberechtigt verfolgt und umgesetzt werden, behält das Nichtverbreitungsregime seine Glaubwürdigkeit.

Deutschland bekennt sich als Nicht-Nuklearwaffenstaat aktiv zur nuklearen Nichtverbreitung und zeigt bei den Bemühungen um eine Lösung der Iran-Krise, dass es bereit ist, auch bei der Frage der zivilen nuklearen Teilhabe die Verpflichtungen aus dem NVV ernst zu nehmen. Das nukleare Nichtverbreitungsregime wird aber auf die Dauer nur Bestand haben und Staaten mit potentiellen Nuklearwaffenambitionen werden sich nur dann weiter an ihre Verpflichtung halten, auf Nuklearwaffen zu verzichten, wenn auch bei der Umsetzung der Abrüstungsverpflichtung der Nuklearwaffenstaaten weitere Fortschritte gemacht werden. Dazu müssen der Atomteststoppvertrag in Kraft gesetzt und Verhandlungen über ein Ende der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke aufgenommen werden. Dazu müssen aber auch die NATO-Staaten die Bereitschaft dokumentieren, die Rolle der Nuklearwaffen in ihrer Militärstrategie zu reduzieren und weitere nukleare Abrüstungsschritte vorzunehmen.

Die USA haben bis heute fast 500 taktische Nuklearwaffen in Europa stationiert, davon etwa 150 in Deutschland. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe ist bis heute die Bundeswehr an den Vorbereitungen zu einem Einsatz dieser Waffen beteiligt. Dabei ist die Fähigkeit zum Einsatz von taktischen Nuklearwaffen von deutschem Boden aus heute angesichts der veränderten Bedrohungslage sicherheitspolitisch nicht mehr zwingend, die gegenwärtige NATO-Strategie könne auch ohne diese Option beibehalten werden, und eine Verlegung dieser Waffen in eine rückwärtige sichere Aufbewahrung in den USA wäre im Umfeld der Überprüfungskonferenz zum NVV ein wichtiges erstes Signal, dass auch die Abrüstungsverpflichtung als integrativer Bestandteil des Nichtverbreitungsregimes ernst genommen wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf der anstehenden Überprüfungskonferenz zum NVV aktiv für eine Stärkung aller drei Säulen des Nichtverbreitungsregimes einzusetzen und damit zu einem Erfolg dieser wichtigen Konferenz beizutragen;

2. an ihren im Rahmen der EU-3 gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien verfolgten Bemühungen um eine Lösung der Iran-Krise unvermindert festzuhalten und gemeinsam mit den USA nach Möglichkeiten zu suchen, wie der Iran unter Gewährung der zivilen Nutzung der Kernenergie verifizierbar von Nuklearwaffenambitionen abgebracht werden kann;
 3. zur Stärkung der Glaubwürdigkeit des Nichtverbreitungsregimes und als Zeichen dafür, dass auch die Abrüstungsverpflichtung der Nuklearwaffenstaaten als integraler Bestandteil des NVV ernst genommen und nachdrücklich verfolgt wird, bei den amerikanischen Verbündeten darauf zu drängen, dass die bis heute in Deutschland stationierten taktischen Nuklearwaffen der USA abgezogen werden.
- 5.4. Deutsche Außenpolitik im Lichte des Irak-Krieges, Beschluss des FDP-Bundesvorstands vom 7. April 2003.

Deutsche Außenpolitik im Lichte des Irak-Krieges

Berlin. Der FDP-Bundesvorstand hat auf seiner heutigen Sitzung beschlossen:

Der Krieg im Irak ist Ausdruck des Versagens der internationalen Politik und ihrer Mechanismen im Rahmen der bestehenden internationalen Systeme. Für uns Liberale sind der richtige Ort für die Beilegung schwerwiegender internationaler Konflikte stets die Systeme kooperativer Sicherheit, d. h. die OSZE im europäischen und die Vereinten Nationen im globalen Rahmen. Militärische Interventionen ohne entsprechendes Mandat der Vereinten Nationen außer in Fällen der Selbstverteidigung lehnt die FDP grundsätzlich ab. Der Krieg im Irak findet daher nicht die Billigung der FDP. Ausdrücklich halten wir fest: Im Irak herrscht ein brutaler, grausamer Diktator, der sein Volk seit Jahrzehnten unterjocht. SADDAM HUSSEIN ist Täter, nicht Opfer.

Ob angesichts der mangelnden irakischen Kooperationsbereitschaft und angesichts der amerikanischen Entschlossenheit dieser Krieg noch hätte verhindert werden können, ist kaum zu beurteilen. Eine Chance für eine friedliche Durchsetzung der UN-Resolution 1441 und ihrer vielen Vorgängerresolutionen hätte aber mit Sicherheit nur

dann bestanden, wenn die Mitglieder des Weltsicherheitsrates, vor allem die fünf ständigen Mitglieder, ebenso wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO zu einer gemeinsamen und entschlossen gegenüber Saddam Hussein vertretenen Haltung gefunden hätten. Nur dann hätte eine glaubwürdige militärische Drohkulisse ihre Wirkung auf das verbrecherische Regime in Bagdad entfalten können. Nur dann hätte die Chance bestanden, das Ziel der jahrzehntelangen Bemühungen der Vereinten Nationen, diesem Regime die Massenvernichtungswaffen aus der Hand zu nehmen, zu erreichen.

Nicht nur die Vereinigten Staaten haben diese Einigkeit durch ihre mangelnde Dialogbereitschaft in der UNO und vor allem mit den europäischen Partnern sowie schließlich durch ihre Entschlossenheit zum militärischen Alleingang verhindert; auch die deutsche Bundesregierung hat eine einheitliche Position des Weltsicherheitsrates und der Europäischen Union durch ihre wahltaktisch motivierte Vorabfestlegung und ihr Beharren auf „dem deutschen Weg“ von vornherein unmöglich gemacht. Die dadurch entstandene Schwächung der Vereinten Nationen, die Zerrissenheit innerhalb Europas und die Schwächung der NATO sind deshalb auch Ergebnis falscher deutscher Außenpolitik.

Auch wenn wir Liberalen diesen Krieg für falsch halten und sich Deutschland – unabhängig davon, dass es seinen Bündnisverpflichtungen nachkommt – deshalb zu Recht nicht an ihm beteiligt, sind wir nicht neutral. Wir hoffen daher nicht nur, dass der Krieg möglichst schnell und mit so wenig Opfern unter der Zivilbevölkerung und unter den Soldaten wie möglich beendet werden kann, sondern auch, dass die amerikanischen und die mit ihnen alliierten Streitkräfte dem Terrorregime des Saddam Hussein ein Ende bereiten und den Menschen im Irak eine Freiheitsperspektive eröffnen.

Schon jetzt aber gilt es, den Blick in die Zukunft zu richten. Wir Liberale wissen, dass eine Beendigung des Krieges noch keine Gewähr dafür bietet, auch den Frieden zu gewinnen. Natürlich müssen zuallererst alle nötigen und möglichen Maßnahmen zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe ergriffen werden. Vor allem aber muss mit der Entwicklung von Konzepten für den Wiederaufbau des Irak unverzüglich und international koordiniert begonnen werden. Der Frieden im Irak und in der Region wird nur im Rahmen der Weltstaatengemeinschaft zu gewinnen sein. Protektorate der Siegermächte und eine Veränderung der territorialen Integrität des Irak sind sowohl für den Irak als auch mit Blick auf das Gleichgewicht

in der Region der falsche Weg. Entsprechend dem Vorbild der KSZE sollte im Nahen Osten eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO) einberufen werden. Frieden lässt sich langfristig nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Nationen erreichen.

Die Unfähigkeit der internationalen Politik, den Irak-Krieg zu vermeiden und das Ziel der UN-Resolutionen auf friedlichem Wege zu erreichen, bedeutet einen schweren Rückschlag für die Vereinten Nationen, für das transatlantische Verhältnis und für die europäische Integration. Die FDP beharrt auf einer zentralen Rolle der Vereinten Nationen beim Aufbau staatlicher Strukturen im Irak, die den Grundprinzipien der Achtung der Würde des Menschen, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens der Völker Rechnung tragen. Die FDP fordert die Bundesregierung und ihre Partner in der Europäischen Union auf, das Fiasko im Vorfeld des Irak-Krieges zum Anlass zu nehmen, eine erneute Initiative zu ergreifen, um den Prozess der Reform der Vereinten Nationen, der in den letzten Jahren fatalerweise zum Stocken gekommen ist, wieder in Gang zu bringen. In diesem Zusammenhang sollte die Europäische Union auf einem eigenen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen beharren.

Die FDP fordert die Bundesregierung auf, die Initiative zur Wiederherstellung der Dialogfähigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland auch auf höchster Regierungsebene zu ergreifen und den völlig inakzeptablen Zustand zu beenden, dass zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten über fast ein Jahr hinweg kein einziges persönliches, geschweige denn von Freundschaft, Vertrauen und Respekt getragenes Gespräch stattgefunden hat. Trotz der Ablehnung des von den USA geführten Krieges im Irak steht die FDP fest zur transatlantischen Freundschaft als einem der wichtigsten Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik. Wir sind der Überzeugung, dass die in Jahrzehnten gewachsene Freundschaft zwischen den USA und Deutschland stärker ist als die aktuellen Meinungsunterschiede. Offenen oder latenten Antiamerikanismus lehnt die FDP entschieden ab.

Die FDP fordert die Bundesregierung auf, dazu beizutragen, den unermesslichen Schaden zu begrenzen, den das Politikversagen auf beiden Seiten des Atlantiks auch und gerade für den Prozess der europäischen Integration verursachen könnte. Die aussichtsreichen ersten Schritte des EU-Verfassungskonvents hin zu mehr europäischer Handlungsfähigkeit gerade auch in der Außen- und

Sicherheitspolitik und zu mehr demokratischer Legitimation in einem föderalen Europa scheinen gefährdet angesichts der tiefen Gräben, die dieser Krieg quer durch die Europäische Union einschließlich ihrer demnächst beitretenden neuen Mitglieder gerissen hat.

Dabei hat der Irak-Krieg nach Auffassung der FDP erneut schmerzlich klargemacht, dass Europa seine Interessen in der internationalen Politik nur wahren kann, wenn es mit einer Stimme spricht. Es ist darüber hinaus erneut deutlich geworden, dass jeder Fortschritt im europäischen Integrationsprozess nicht nur davon abhängt, dass es zu einer vertrauensvollen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kommt, sondern auch davon, dass alle Partner in der EU unabhängig von ihrer Größe die Chance haben, gleichberechtigt an diesem Prozess teilzuhaben. Geist und Buchstaben der europäischen Verträge vertragen weder Direktorien noch das bevormundende Machtgehabe einzelner großer Mitgliedstaaten, insbesondere gegenüber kleineren Partnern und solchen, die – gerade erst aus der Bevormundung durch die einstige kommunistische Supermacht befreit – jetzt aus freier Entscheidung den Weg in die Europäische Union angetreten haben.

Die FDP hält jetzt mehr denn je mutige Schritte in Richtung der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik für erforderlich. Dies schließt sowohl eine Vertiefung der rüstungspolitischen Zusammenarbeit als auch die Integration von Streitkräften bzw. Teilstreitkräften sowie systematische Arbeitsteilung bei einzelnen Teilstreitkräften bzw. Waffengattungen im EU-Rahmen ein. Sofern einzelne EU-Mitglieder dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, ist darauf zu achten, dass dadurch nicht die jetzt aufgerissenen Gräben innerhalb der Union vertieft werden, wie dies bei der belgisch-französisch-deutschen Initiative leicht der Fall sein könnte. Vielmehr sollten grundsätzlich alle großen wie kleinen, alten wie neuen EU-Mitglieder zur Teilnahme eingeladen werden. Dort wo Kerne den weiteren europäischen Integrationsprozess voranbringen sollen, dürfen sie nicht zur Spaltung führen.

Sowohl in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch auf den anderen Politikfeldern, bei denen wir uns vom EU-Verfassungskonvent eine Vertiefung der europäischen Integration erhoffen, geht es uns Freien Demokraten nicht um eine Abkopplung von unseren nordamerikanischen Freunden, sondern um die Verbesserung der Fähigkeiten der Europäer zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit

mit den USA, die bei vielen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte – von der Bekämpfung des Terrorismus bis hin zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme der Globalisierung – noch dringend gebraucht werden wird. Wer glaubt, die nordatlantische Zusammenarbeit im erfolgreichsten Verteidigungsbündnis aller Zeiten ersetzen zu können durch neue Allianzen im euro-asiatischen Kontext, begibt sich nach Auffassung der FDP auf einen lebensgefährlichen Irrweg.

Bündnisfähigkeit – sowohl im Rahmen der NATO als auch in einer sich mehr und mehr der Sicherheits- und Verteidigungsdimension öffnenden Europäischen Union – ist für uns Freie Demokraten unverzichtbarer Teil deutscher Staatsraison. Jegliche Renationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen würde einen unverantwortlichen historischen Rückschritt bedeuten. Sie kommt für die FDP nicht in Frage. Deshalb lehnen wir den sogenannten „deutschen Weg“ sowohl als Politikentwurf als auch als Ausdruck neu erreichter deutscher Emanzipation und vermeintlich gestärkten deutschen Selbstbewusstseins in der internationalen Politik ab. Der Bezugsrahmen deutscher Außenpolitik sind und bleiben die europäische Integration und die nordatlantische Allianz sowie OSZE und UNO als Systeme kooperativer Sicherheit in Europa und in der Welt.

5.5. EU-Beitritt der Türkei, Beschluss des 54. Ord. Bundesparteitages der FDP, Bremen, 16. – 18. Mai 2003

EU-Beitritt der Türkei

1. Europa ist der Raum der Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Europa ist verbunden mit Werten, die zwar maßgeblich von den christlichen Religionen mitgeprägt worden sind, die sich aber gegen keine anderen religiösen Überzeugungen richten. Europa ermöglicht und verträgt deshalb die Vielfalt privater und persönlicher religiöser Bekenntnisse. Europa steht für eine Haltung und nicht für eine Religion.
2. Der gegenwärtig diskutierte Verfassungsentwurf für die Europäische Union soll die EU weiter vertiefen. Das verlangt von den Mitgliedsstaaten Verzicht auf staatliche Souveränitätsrechte, damit wirkliche europäische Politik möglich wird. Die Türkei muss sich noch ernsthaft selbst entscheiden, ob sie der Nationalstaat bisheriger Prägung, den ihre politischen Eliten vermitteln, bleiben will oder nicht. Mit dem bisherigen Annäherungsprozess der Türkei wird es jedenfalls bei Weitem nicht getan sein.
3. Die FDP erkennt ausdrücklich die Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Kriterien an, die die Türkei mit der Verfassungs- und zahlreichen Gesetzesreformen schon jetzt erreicht hat. Mit der Abschaffung der Todesstrafe, der Verbesserung der Stellung der Frau in Recht und Gesellschaft, strengen Straf- und Verfolgungsvorschriften bei Folter, der Gewährung muttersprachlichen Unterrichts für Minderheiten und der Zulassung anderssprachiger Rundfunk- und Fernsehsendungen hat die Türkei weitere wichtige Schritte hin zu einer demokratischen Gesellschaft unternommen. Dabei spielt die Umsetzung in die gesellschaftliche Realität allerdings eine ebenso große Rolle wie die gesetzlichen Grundlagen.

Weiterhin müssen regionale (z.B. Kurdengebiet) und innereuropäische (Zypern) Konflikte friedlich gelöst werden. Die FDP fordert die türkische Regierung auf, die Anstrengungen des VN-Generalsekretärs zur Lösung der Zypernfrage vorbehaltlos zu unterstützen. Wer Mitglied der großen Völkergemeinschaft EU sein will, muss zeigen, dass er auch im kleinen Maßstab den Willen hat, Grenzen abzubauen und das friedliche Zusammenleben zu fördern. Minderheiten in der Türkei – insbesondere den Kurden – müssen Schutz ihrer kulturellen Identität und innerstaatliche Souveränitätsrechte zugebilligt werden.

4. Die Europäische Union muss im Übrigen die vor kurzer Zeit beschlossene große Erweiterung mit mittel- und osteuropäischen Staaten selbst noch ökonomisch und politisch verarbeiten. Die in Rede stehende Aufnahmeentscheidung kann erst am Ende eines tiefgreifenden Änderungsprozesses in der Türkei und einer damit einhergehenden weiteren Annäherung an die EU getroffen werden. Die Türkei muss so behandelt werden wie bislang alle übrigen Beitrittskandidaten.
5. Im nächsten Jahr wird die Kommission einen Fortschrittsbericht hinsichtlich der weiteren Entwicklung in dieser Frage vorlegen. Die Bundestagsfraktion wird diesen zur Kenntnis nehmen und, falls Entscheidungen notwendig werden sollten, einem Bundesparteitag nicht vorgreifen.

5.6. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990

Abgeschlossene Auslandseinsätze seit 1990

Wichtige abgeschlossene Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990			
Operation	Aufgaben	Geführt durch	Dauer
Provide Comfort	Humanitäre und medizinische Hilfe für die kurdische Zivilbevölkerung im türkisch/irakischen Grenzgebiet nach dem Golfkrieg	Multinationale Truppe/USA	1991
UNTAC	UN Transitional Authority in Cambodia; Einrichtung und Betrieb eines Militärhospitals für die VN-Friedensmission sowie (faktisch) für die kambodschanische Bevölkerung	Vereinte Nationen	1992-1993
UNOSOM II	UN Operation in Somalia; Unterstützung der Mission durch ein verstärktes Logistikbataillon	Vereinte Nationen	1993-1994
UNPROFOR	UN Protection Force im ehemaligen Jugoslawien; Unterstützung der Mission durch Sanitäts- und Sicherungskräfte in Kroatien	Vereinte Nationen	1995
SFOR	Stabilization Force; Fortführung von IFOR und Sicherung des Wiederaufbaus in Bosnien-Herzegowina	NATO	1996-2004
INTERFET	Internation Force East Timor; Unterstützung einer internationalen Eingreiftruppe zur Beendigung von Vertreibungen der Zivilbevölkerung durch indonesische Milizen nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Ost-Timor	Internationale Koalition/ Australien VN-mandatiert	1999/2000
Concordia	Fortführung der NATO-Missionen <i>Essential Harvest/Amber Fox/Allied Harmony;</i> nach der Entwaffnung von Aufständischen in Mazedonien Unterstützung einer internationalen Beobachtermission und der mazedonischen Regierung	EU	2003
Artemis	Unterstützungsoperation der EU für die VN-Friedensmission MONUC im Nordost-Kongo durch Lufttransportkapazitäten	EU	2003

Quelle: BMVG (Hrsg.) (2003), Auftrag Frieden, CD-ROM, Berlin.

Laufende Auslandseinsätze der Bundeswehr (Stand Juni 2005)

Laufende Auslandseinsätze der Bundeswehr (Stand Juni 2005)			
Operation	Mandat	Beginn/Stärke	Grundlagen
UNOMIG	VN-Beobachtungsmission zur Überwachung des Waffenstillstandes in Georgien	1994/12	SR-Res. 881 v. 04.11.1993 seither verlängert
KFOR	NATO-Friedenstruppe zum Schutz des Wiederaufbaus im Kosovo	1999/ca. 2600	SR-Res. 1244 v. 10.06.1999 BT-Beschluss v. 11.06.1999 seither verlängert
ISAF	Internationale Friedenstruppe zum Schutz des Wiederaufbaus in Afghanistan	2001/2100	SR-Res. 1386 v. 20.12.2001 BT-Beschluss v. 22.12.2001 seither verlängert
UNMEE	VN-Mission in Äthiopien und Eritrea zur Waffenstillstandsüberwachung	2004/2	SR-Res. 1320 v. 15.09.2001 seither verlängert B-Kabinett vom 28.1.2001
ENDURING FREEDOM	Beitrag zum internationalen Kampf gegen den Terrorismus; Überwachung der Seewege am Horn von Afrika	2001/360	NATO-Rat v. 02.10.2001 BT-Beschluss v. 16.11.2001
EUFOR	Friedensmission zum Schutz des Wiederaufbaus in Bosnien-Herzegowina	2004/ca. 1050	SR-Res. 1575 v. 22.11.2004 EU-Rat v. 25.11.2004 BT-Beschluss v. 26.11.2004
UNMIS	VN-Mission im Sudan; Unterstützung der Mission durch Militärbeobachter	2005/bis zu 75	SR-Res. 1590 v. 24.03.2005 BT-Beschluss v. 22.4.2005
Hinzu kommen rund 70 Sanitätskräfte zur Evakuierung aus medizinischen Gründen, sowie 190 zur Sicherung der Schifffahrtswege im Mittelmeer eingesetzte Soldaten (Operation Active Endeavour)			

Quelle: BMVG (Hrsg.) (2003), Auftrag Frieden, CD-ROM, Berlin.

6. Bibliografie

6.1. Monographien

Alemann, Ulrich von/ Strünck, Christoph (2002), Die neue Koalitionsrepublik. FDP, Bündnis90/Die Grünen und die PDS im vereinigten Parteiensystem, in: Werner Süß (Hrsg.) (2002), Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Leske+Budrich, Opladen, S. 105-121.

Ansprenger, Franz (2001), Eine Außenpolitik für Deutschland, in: Ansprenger, Franz (2001), Wie unsere Zukunft entstand. Von der Erfindung des Staates zur internationalen Politik – ein kritischer Leitfaden, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 296-312.

Appel, Claus-Peter/Schöppenthau, Philip v., (2004), Liberale Argumente für Europa, EUROPAAHLLKAMPF 2004, FDP-Auslandsgruppe Europa.

Bierling, Stephan (1999), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Normen, Akteure, Entscheidungen, Oldenbourg Verlag, München.

BMVG (Hrsg.) (2003), Auftrag Frieden, CD-ROM, Berlin.

Böckenförde, Stephan (Hrsg.) (2005), Chancen der deutschen Außenpolitik. Analysen-Perspektiven-Empfehlungen, TUDpress, Dresden.

Borowsky, Peter (1998), Sozialliberale Koalition und innere Reformen, in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 258), Zeiten des Wandels. Deutschland 1961-1974, S. 31-38.

Bredow, Wilfried von (2004), Machtpolitikresistenztestanordnungsproblem, in: *WeltTrends* Heft Nr. 43, Großmächtiges Deutschland, Sommer 2004, S. 18-22.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2000), Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Clement, Rolf (2004), Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2004, Bonn, S. 40-46.

Connor, Ian (1995), Die Thatcher-Regierung und die Vereinigung Deutschlands, in: *WeltTrends* Nr. 9, S. 121-133.

Dembinski, Matthias (2003), Ein Sturm im Wasserglas? Deutsche Außenpolitik im Zeichen transatlantischer und europäischer Verwerfungen, HSFK-Report 12/2003.

Diekmann, Andreas (2001), Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Rowohlt Verlag, Hamburg.

Dittberner, Jürgen (2005), Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dittberner, Jürgen (2004), Sind die Parteien noch zu retten? Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle, Logos Verlag, Berlin.

Dittberner, Jürgen (2000), Die F.D.P. an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, Aus Politik und Zeitgeschichte B5/2000.

Dittberner, Jürgen (1987), FDP – Partei der zweiten Wahl: Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktion im Parteiensystem der Bundesrepublik, Westdeutscher Verlag, Opladen.

Dittrich, Denise/Krämer, Sascha (2003), Von vielen Mäusen und einem Elefanten. Über eine Debatte zu den transatlantischen Beziehungen in Potsdam, in: *WeltTrends* Heft Nr. 41, Transatlantische Beziehungen II, Winter 2003/2004, S.174-176.

FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.) (2005), Wechsel-Lexikon – Deutschland erneuern von A – Z, liberal Verlag, Berlin.

- FDP (Hrsg.) (1998), F.D.P. 2002 Strategische Überlegungen zur Zukunft der F.D.P., Bonn.
- Frölich, Jürgen (o.A.), Liberalismus in Deutschland seit 1945. Eine Skizze, Archiv des Liberalismus, Gummersbach.
- Frölich, Stefan (2001), „Auf dem Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Schöningh Verlag, Paderborn.
- Gareis, Sven B. (2005), Soldat für den Weltfrieden. Von der Verteidigungs- zur Einsatzarmee, IFDT Nr. 3-4, S. 14-23.
- Genscher, Hans-Dietrich (1997), Deutsche Außenpolitik, Bonn Aktuell, Stuttgart.
- Genscher, Hans-Dietrich (1995), Erinnerungen, Siedler Verlag, Berlin.
- Genscher, Hans-Dietrich (Hrsg.) (1987), Nach vorn gedacht ... Perspektiven deutscher Außenpolitik, Bonn Aktuell, Stuttgart.
- Gerhardt, Wolfgang (2002), Der Irak und der »Deutsche Weg«, in: liberal, Ausgabe 4/2002, Berlin.
- Gießmann, Hans Joachim (2005), Friedenswahrung und Friedensschaffung: Ein Plädoyer für Prävention, in: Böckenförde, Stephan (Hrsg.) (2005), Chancen der deutschen Außenpolitik. Analysen-Perspektiven-Empfehlungen, TUDpress, Dresden, S. 38-44.
- Gießmann, Hans Joachim (1998), Zum Selbstverständnis deutscher Außenpolitik, in: *WeltTrends* Heft Nr. 21, Neue deutsche Außenpolitik, Winter 1998/99, S. 11-17.
- Goergen, Fritz, (2004), Skandal FDP. Selbstdarsteller und Geschäftemacher zerstören eine politische Idee, BrunoMedia Verlag, Köln.
- Hacke, Christian (2005), Zehn Thesen zum Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Böckenförde, Stephan (Hrsg.) (2005), Chancen der deutschen Außenpolitik. Analysen-Perspektiven-Empfehlungen, TUDpress, Dresden, S. 45-53.
- Hacke, Christian (2003), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Neuauflage. München.
- Hacke, Christian (2002), Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte B48/2002, Bonn, S. 11-15.
- Hacke, Christian (1997), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Weltmacht wider Willen?, Ullstein Buchverlag GmbH, Berlin.
- Haftendorn, Helga (2002), One year after 9/11: A critical appraisal of German-American Relations, American Institute for Contemporary German Studies, John Hopkins University.
- Haftendorn, Helga (2001), Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung: 1945-2000, DVA, Stuttgart.
- Hedstück, Michael/Hellmann, Gunther (2003), „Wir machen einen deutschen Weg.“ Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik, Diskussionspapier.
- Heitmann, Clemens: FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972. Sankt Augustin: COMDOK Verl. 1989.
- Hellmann, Gunther (2004A), Von Gipfelstürmern und Gratwanderern: „Deutsche Wege“ in der Außenpolitik, in: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte, März 2004, S. 31-39.
- Hellmann, Gunther (2004B), Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: *WeltTrends* Heft Nr. 42, Europäische Außenpolitik, Frühjahr 2004, S. 79-88.
- Hellmann, Gunther (1996), Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany, in:

Mershon *International Studies Review*, Vol. 40, S.1-39.

Kaiser, Karl (Hrsg.) (1998), *Zur Zukunft der deutschen Außenpolitik: Reden zur Außenpolitik der Berliner Republik*, Europa Union Verlag, Bonn.

Kramer, Heinz (2003), *EU kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union*, SWP, Berlin.

Kühnhardt, Ludger (1997), *Wertgrundlagen der deutschen Außenpolitik*, in: Kaiser, K./Maull, H. (Hrsg.) (1997), *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd.1, Oldenbourg Verlag, München, S. 99- 127.

Leuschner, Udo (2005), *Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ*, Monsenstein und Vannerdat, Münster.

Link, Werner (2001), *Der Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zur demokratischen Ratio des deutschen Regierungssystems*, in: *Die politische Meinung*, Nr. 384, November 2001, S. 51-55.

Lösche, Peter/Walter, Franz (1995), *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Maull, Hanns W. (2004A), *Deutsche Machtpolitik ohne Macht*, in: *WeltTrends* Heft Nr. 43, *Großmächtiges Deutschland*, Sommer 2004, S. 57-61.

Maull, Hanns W. (2004B), *Die deutsche Außenpolitik: Auf der Suche nach neuen Orientierungen*, Working Paper No. 9-04, Universität Trier.

Maull, Hanns W. (2004C), „Normalisierung“ oder Auszehrung? *Deutsche Außenpolitik im Wandel*, in: *Das Parlament*, Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2004, Bonn, S. 17-23.

Mearsheimer, John (1990), *Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War*, in: *International Security*, Vol.15, No.1, S. 5-56.

Medick-Krakau, Monika (1999), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive – Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst-Otto Czempel Baden-Baden, Nomos.

Möllemann, Jürgen W. (2003), *Klartext. Für Deutschland*, C. Bertelsmann Verlag, München.

Olzog, Günter (Hrsg.) (2000), *Die politischen Parteien in Deutschland: Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung*, München, S. 128-156.

Refflinghaus, Alexander (2002), *Deutsche Türkeiipolitik in der Regierungszeit Helmut Kohls 1982 bis 1998*, Verlag Dr. Köster, Berlin.

Risse, Thomas (2004), *Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?*, in: *Das Parlament*, Aus Politik und Zeitgeschichte, B11/2004, Bonn, S. 24-31.

Risse, Thomas (2003), *Deutsche Identität und Außenpolitik*, FU-Berlin, Berlin.

Rittberger, Volker/ Zelli, Fariborz (2004), *Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative?*, *Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung*, Nr. 41.

Rudolph, Peter (2002), *Deutschland und die USA – eine Beziehungskrise?*, in: *Das Parlament*, Aus Politik und Zeitgeschichte, B48/2002, S. 16-23.

Schiller, Theo (1993), *Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung*, in: *Niedermeyer, Oscar/Stöss, Richard (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen, S. 119-146.

Schmalz, Uwe (2002), *Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Die Frage von Kontinuität und Wandel*, in: *Schneider, M./Jopp, M./Schmalz, U. (2002), Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen*, Europa Union Verlag, Bonn, S. 15-68.

Schöllgen, Gregor (2003), *Der Auftritt*, München, Propyäen, S. 35.

- Schöllgen, Gregor (2001), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (2. Auflage), München.
- Schöllgen, Gregor (2000), *Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung*, in: *Das Parlament*, Aus Politik und Zeitgeschichte, B24/200, S. 14-20.
- Schröder, Gerhard (1998A), *Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder*, 10.11.1998, in: *Internationale Politik*, Dezember 1998, Nr. 12, S. 84.
- Schröder, Gerhard (1998B), *Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Jahresempfang für das Diplomatische Corps*, 23.11.1998, in: *Internationale Politik*, Dezember 1998, Nr. 12, S. 97-100.
- Schulte, Markus (2003), *Paradigmenwechsel. Vom Kalten Krieg zur Bush-Doktrin*, in: *Die politische Meinung*, Nr. 405, August 2003, S. 51-54.
- Schwarz, Peter (2005), *Außenpolitik mit Kompass. Zur internationalen Rolle der Bundesrepublik*, in: *Links: Politische Meinung*, Nr. 430, S. 5-10.
- Schwarz, Peter (2002), *Eine Bilanz der rot-grünen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: *Sozialistische Tageszeitung im Internet*, IKVI.
- Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm (2000), *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Pieper Verlag, München.
- Vorländer, Hans (2003), *FDP – Freie Demokratische Partei*, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2003): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 5., aktual. Aufl. Opladen: Leske+Budrich, Bonn.
- Walter, Franz (1998), *Die Bonner Parteien auf dem Weg in die Berliner Republik: Politische Kolumnen*, Verlag Dr. Kovač, S. 133-170.
- Walter, Franz (1994), *Die Partei der Bessergekleideten. Die FDP auf dem Weg zurück in die Zukunft*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 1091-1100.
- Weick, Curd-Torsten (2001), *Die schwierige Balance. Kontinuitäten und Brüche deutscher Türkeipolitik*, LIT, Hamburg.
- Weidenfeld, Werner (2001), *Wende, Wechsel und Europa. Realistische Perspektiven internationaler Politik*, Leske+Budrich, Opladen, S.119-145.
- Woyke, Wichard (2000), *Deutsche Wiedervereinigung*, in: Woyke, Wichard (Hrsg.) (2000), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 8. Aufl., Leske+Budrich, Opladen, S. 50-57.
- Zöpel, Christoph (2000), *Klassische Außenpolitik – internationale Politik – globale Politik*, in: *Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2000), Germany – Global Visions*, Berlin, S. 3-5.

6.2. Dokumente

Beschlüsse auf den Bundesparteitag der FDP

Das Aussetzen der Wehrpflicht ist als ein zentraler Punkt im Bundestagswahlprogramm und zu einer der Kernforderungen der FDP für mögliche Koalitionen zu machen, Beschluss des 55. Ord. Bundesparteitags, Dresden, 5. – 6. Juni 2004.

Keine Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern, Beschluss des 55. Ord. Bundesparteitags, Dresden, 5. – 6. Juni 2004.

Zehn liberale Leitsätze zum transatlantischen Verhältnis, Beschluss des 55. Ord. Bundesparteitages der FDP, Dresden, 5.- 6. Juni 2004.

Beschluss über den EU-Beitritt der Türkei, 54. Ord. Bundesparteitag der FDP, Bremen, 16. – 18. Mai 2003.

BÜRGERPROGRAMM 2002. Programm der FDP zur Bundestagswahl 2002, beschlossen auf dem 53. Ord. Bundesparteitag, Mannheim, 10. – 12. Mai 2002.

Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft, Bundesparteitag der F.D.P., Wiesbaden, 24. Mai 1997.

Berliner Erklärung von 1959 zur deutschen Frage, beschlossen auf dem 10. Ord. Bundesparteitag, Berlin, vom 21.- 23. Januar 1959.

Berliner Programm, Beschluss des 8. Ord. Bundesparteitags, Berlin, 26. Januar 1957.

Beschlüsse des Bundesvorstands

Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei, Beschluss des Bundesvorstands vom 25. Oktober 2004.

Deutsche Außenpolitik im Lichte des Irak-Krieges, Beschluss des Bundesvorstands vom 7. April 2003.

Doerfer, Achim, Die Türkei auf dem Weg in die EU – politische Kriterien und Chancen, Rede auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Thomas-Dehler-Stiftung und Cigdem in 06. November in München .

Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Vorsitzes in Luxemburg, 12./13. Dezember 1997.

FDP (Hrsg.), Arbeit hat Vorfahrt – Deutschlandprogramm 2005, 28. Juni 2005.

FDP – Programm für die Wahlen zum zweiten Bundestag, beschlossen am 28. Juni 1953 in Bonn.

FDP-Fraktion, Eckpunkte-Papier zur Bundeswehrreform, 24.02.2003.

Genscher, Hans-Dietrich, Rede anlässlich des 44. Deutschen Historikertages über „Traditionen und Visionen“ am 13. September 2002 in Halle/Saale.

Genscher, Hans-Dietrich, Rede bei der 39. Kommandeurstagung der Bundeswehr am 10. April 2002 in Hannover.

Genscher, Hans-Dietrich, Rede des Bundesministers des Auswärtigen, vor der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28. September 1976 in New York.

Gerhardt, Wolfgang, Kontinuität, Prinzipien und neue Herausforderungen für liberale Außenpolitik, Vorlage für das Präsidium der FDP, 01.09.2005.

Gerhardt, Wolfgang, Mitschrift der Rede zu den „Vorstellungen über Prinzipien und Kernaufgaben liberaler Außenpolitik“ auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag der FDP in Berlin, 11. September 2005.

Gerhardt, Wolfgang, Rede auf dem 56. Ordentlichen Bundesparteitag in Köln, 07. Mai 2005.

Gerhardt, Wolfgang, Rede auf dem 55. FDP-Bundesparteitag in Dresden am 6. Juni 2004.

Gerhardt, Wolfgang, Was jetzt zu tun ist! Ziele freidemokratischer Außenpolitik, Rede auf dem 53. FDP-Bundesparteitag in Bremen, 18. Mai 2003.

Gerhardt, Wolfgang, Rede auf dem 53. Ordentlichen Bundesparteitag in Mannheim, 11. Mai 2002.

Gerhardt, Wolfgang, Bundestagsrede zur „Aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan“, 11. Oktober 2001.

Hoyer, Werner, Strucks Äußerungen zu Kampfeinsätzen leichtfertig, 07.06.2005, <http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=9&l2=0&l3=1&aid=2835>.

Hoyer, Werner, Noch kein gutes Zeugnis für die Türkei, Presseinformation Nr. 1157, 09.11.2005.

Hoyer, Werner, Rede zur deutschen Außenpolitik und zum Irak-Krieg im Rahmen der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 20. März 2003, http://www.documentarchiv.de/brd/2003/rede_hoyer_irakkrieg.html.

Hoyer, Werner, Rede auf dem NATO-Gipfel in Prag am 14.11.2002.

Kinkel, Klaus, Amtlicher Bulletin, Nr. 100, 15.12.1997.

Kinkel, Klaus, Rede anlässlich seiner Wahl zum FDP-Vorsitzender, 12. Juni 1993 in Münster.

Stadler, Max, Rede zum Thema „Sicherheit 21 – Was zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus jetzt zu tun ist“ vom 18. Oktober 2001.

Westerwelle, Guido, Liberales Bündnis mit dem Bürger. Überlegungen und Vorschläge des Bundesvorsitzenden der FDP anlässlich der Bundesvorstandsitzung am 12. Dezember 2005.

Westerwelle, Guido, Rede auf dem 56. Ord. Bundesparteitag am 5. Mai 2005 in Köln.

Westerwelle, Guido, 2006: Neuanfang für Deutschland – Überlegungen für das Präsidium der FDP -, Berlin 2004.

Westerwelle, Guido, EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Rede im Deutschen Bundestag am 28. Oktober 2004.

Westerwelle, Guido, EU-Osterweiterung, Rede im Deutschen Bundestag am 30. April 2004.

Westerwelle, Guido, Erwiderung zur Regierungserklärung bezüglich des Irak-Konflikts, Rede Deutscher Bundestag, 13. Februar 2003.

Westerwelle, Guido, Rede auf dem 53. Ord. Bundesparteitag am 10. Mai 2002 in Mannheim.

Westerwelle, Guido, Rede zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Rede im Deutschen Bundestag am 08. November 2001.

6.3. Zeitschriftenartikel

Bickerich, Sebastian, Die Truppe wird gemustert, in: Der Tagesspiegel, 12. Oktober 2005, S. 4.

Blasius, Rainer, Briefkrieg und Würgegriff. Nach der Genfer Außenministerkonferenz entfachte FDP-Chef Dehler einen Koalitionsstreit, in: FAZ, 30. November 2005, S. 10.

Christmann, Stefanie, Der Kosovo-Krieg im Bundestag, Auszüge der Plenardebatten vom 16. 10. 1998 und vom 15. 4. 1999, in: Frankfurter Rundschau, 24. April 2001.

Cruise, Conor, Beware a Reich Resurgent, in: The Times, 31.10.1989, S.1.

Die Welt, Vergessene Soldaten. Bundeswehr in Afghanistan, 29. September 2005, S. 8.

Delf, Arne, FDP-Chef Westerwelle kritisiert Haltung der Union, in: DIE WELT, 1. April 2003.

Dönhoff, Marion Gräfin, Sein Credo: Entspannung und Sicherheit. An eine ideologische Außenpolitik hat er nie geglaubt – zum siebzigsten Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher, in: DIE ZEIT, 04/2002.

Engels, Silvia, Die deutsche Außenpolitik und der Irak-Konflikt. Im Gespräch mit Klaus Kinkel (FDP), in: DIE ZEIT, 19. September 2002.

Financial Times Deutschland, Gerhardt zweifelt am EU-Beitritt der Türkei, <http://www.ftd.de/pw/de/11305.html?mode=print>, 21.06.2005.

Freiraum, Europa: Ein Beispiel für die Freiheit und eine Machtkultur ohne Anmaßung, Interview mit Alt-bundespräsident Walter Scheel, Nr. 8, Dezember 2005, S. 4-8.

Genscher, Hans-Dietrich, Große Sicherheitskoalition, in: PNN, 25.10.2005.

Gerhardt, Wolfgang, Keine Verhandlungen mit militärischen Drohpotential, in: DIE WELT, 30. August 2005, S. 4.

Gerhardt, Wolfgang, Wolfgang Gerhardt über Deutschland in der Welt, in: Rheinischer Merkur, 28. Juli 2005.

Monatszeitung – Graswurzelrevolution (Hrsg.), Dokumentation einer schriftlichen Befragung aller Bundestagsabgeordneten zu ihrem Abstimmungsverhalten hinsichtlich der Bundeswehrbeteiligung am Kosovo-Krieg, Juni 2002.

Handelsblatt, EU verhandelt ab Oktober mit der Türkei, 17. Dezember 2004, S. 5.

Hoffmann, Gunter, Wir sind es allen Staaten dieser Welt schuldig, dass Europäer und Amerikaner zu einer gemeinsamen Position finden, Ein Gespräch mit Hans–Dietrich Genscher, in: DIE ZEIT, 24/2003.

Holbrooke, Richard und Joffe, Josef, Krise der transatlantischen Beziehungen, in: DIE ZEIT, Nr. 21/2000, www.zeit.de/archiv/2000/21.holbrooke-interv.xml.

Koch-Mehrin, Silvana, Zwei, drei, viele Europas TAZ – Pressespiegel, 22. Oktober 2004.

Kölnische Rundschau Pressespiegel, „Die EU stößt an Grenzen“, Klaus Kinkel über Europas Versprechen, Verdauung, Vernetzung, 03. Mai 2004.

Lindner, Martin, Die FDP kann mehr, in: DIE ZEIT, 41/2003.

Mathiopoulos, Margarita, Sicherheit und Kassensturz, in: DIE WELT, Gastkommentar, 10. November 2005.

Meier, Albrecht, 50 Jahre Auswärtiges Amt, TAZ, 13. März 2001.

Meng, Richard, FDP diskutiert Selbstverteidigungsrecht ohne UN-Mandat, in: Frankfurter Rundschau, 28.04.2005, S. 4.

Pilet, Jacques, Geboren im Mittelalter, Wo endet Europa? in: Cicero, 11/2005, S. 24-26.

Pries, Knut, FDP will die Bundeswehr unter Parlamentskontrolle lassen, in: Frankfurter Rundschau, 12.11.2003.

Pursch, Günter, Koalitionsvereinbarungen seit 1949, in: DasParlament, Nr. 46, 14. November 2005, S. 2.

Rittberger, Volker, Zwischen Macht und Normpolitik, in: DIE ZEIT, 27. Mai 2002.

Spiegel, Interview mit Hans-Dietrich Genscher, „Ich habe Kurs gehalten“, Nr. 6/1991, S.22-25.

Süddeutsche Zeitung, Schröder: Bindung der Türkei an die EU ist nationales Interesse, 02. September 2003, S. 4.

TAZ, FDP will deutsche Auslandseinsätze befristen, 31.8.2005, S. 6.

Thumann, Michael, Die Türkei passt rein, in: DIE ZEIT, Nr. 9, 03. März 2004, S. 3.

Verheugen, Gunther (1984), Der Ausverkauf: Macht und Verfall der FDP, Spiegel-Verlag, Hamburg.

6.4. Webseiten

AG Friedensforschung, Uni Kassel	Deutsche Außenpolitik – Entwicklungen, Leistungen und Versäumnisse, http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/Welcome.html	Stand: 20.10.2005
ARD Online	tacheles.02, Interview mit Silvana Koch-Mehrin, 09.02.2004, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID14773,00.html	Stand: 09.11.2005
Auswärtiges Amt	Überblick über die deutsche globale Zusammenarbeit, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/index_html .	Stand: 22.07.2005
Bundeszentrale für poli- tische Bildung	„Es kommt darauf an, die Welt zu interpretieren und zu verändern“ – Interessen, Motivationen und Strategien in der deutschen Außenpoli- tik, Veranstaltungsdokumentation (Februar 2005), http://www.bpb.de/veranstaltungen/SCXHTO,0,0,Es_kommt_darauf_an_die_Welt_zu_interpretieren_und_zu_ver%4ndern.html .	Stand: 10.10.2005
	Mathiopoulos, Margarita, Die Irak-Krise war und ist die Stunde der Wahrheit für die transat- lantischen Beziehungen, http://www.bpb.de/themen/W9VPRP,0,Die_IrakKrise_war_und_ist_die_Stunde_der_Wahrheit_f%C3%BCr_die_transatlantischen_Beziehungen.html	Stand: 10.11.2005
Deutsche Außenpolitik – Online-Archive	FDP diskutiert Selbstverteidigungsrecht ohne UN-Mandat, http://www.deutsche-aussenpolitik.de .	Stand: 12.12.2005
Deutschlandfunk	Heuer, Christiane, FDP befürwortet Strukture- reform der Bundeswehr, Interview mit Jörg van Essen am 18.12.2003, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/222716/	Stand: 03.02.2006
FDP-Fraktion	Themen a bis z „Irak“, http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_themen_abisz.php/_c-539/_nr-38/1.html	Stand: 12.12.2005
	Geschichte der Fraktion, Die FDP im Deutschen Bundestag, 12. Wahlperiode, http://www.fdp-fraktion.de/geschichte.php?id=12 .	Stand: 05.09.2005
	Geschichte der Fraktion, Die FDP im Deutschen Bundestag, 11. Wahlperiode, http://www.fdp-fraktion.de/geschichte.php?id=11 .	Stand: 05.09.2005

FDP-Fraktion	Geschichte der Fraktion, Die FDP im Deutschen Bundestag, 13. Wahlperiode, http://www.fdp-fraktion.de/geschichte.php?id=13	Stand: 05.09.2005
	Gesetzentwürfe, Anträge und Positionspapiere der FDP-Bundestagsfraktion zum Thema: Außenpolitik, http://www.fdp-fraktion.de/index.php?seite=http://www.fdp-fraktion.de/abisz.php?id=50	Stand: 01.09.2005
	Westerwelle, Guido (2004), EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_rede_n_fraktion.php/_c-542/i.html?wc_id=587 &kids=a%3A1%3A%7B%3A695%3Bs%3A4%3A%225798%22%3B%7D	Stand: 01.10.2005
	Meldung, Einblick in die Arbeit der Bundestagsfraktion, vom 04.05.2003, http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=9&l2=0&l3=1&aid=1065	Stand: 16.01.2005
FDP-Köln Portal liberal Meldung	Hoyer, Werner : Verhandlungen mit Türkei ergebnisoffen führen, http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=9&l2=0&l3=1&aid=2959	Stand: 17.12.2004
	Hoyer, Werner (2004), FDP lehnt Verlängerung des Afghanistan-Mandates ab, http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=9&l2=0&l3=1&aid=2330	Stand: 01.11.2005
	Hoyer, Werner (2003), Engagement im Irak verstärken, http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=9&l2=0&l3=1&aid=1335	Stand: 16.01.2005
Homepage von Michael Goldmann	Antrag im Bundestag von Michael Goldmann, Die EU-Perspektive für die Türkei offen halten, http://www.michael-goldmann.de/tuerkei_eu.rtf	Stand: 24.09.2005
hib-Meldung aus dem Bundestag	FDP: Beitrittsverhandlungen mit der Türkei „ergebnisoffen“ führen, Auswärtiges/Antrag, http://www.bundestag.de/bic/hib/2004/2004_261/01.html	Stand: 28.10.2004
	FDP setzt sich für „kohärente deutsche Außenpolitik“ ein, http://www.bundestag.de/bic/hib/2002/2002_175/03 .	Stand: 01.07.2002
Junge Liberale	http://2005.julis.de/?call-id=138-0-876-3599-0-0-0	Stand: 01.12.2005
Lambsdorff Direkt – Homepage von Alexander Graf Lambsdorff	„Bundesregierung darf Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht zustimmen“, http://www.lambsdorffdirekt.de/pressemitteilungen/pm_041006_tuerkei.html , Bonn, 06.10.2004.	Stand: 28.10.2004

Liberaler	Schnarrenberger/Lambsdorff, Schatten auf Türkei-Beitrittsverhandlungen, http://www3.liberaler.de/webcom/show_article.php?wc_c=567&wc_id=110&wc_p=1	Stand: 18.09.2005
MDR Online	Hans-Dietrich Genscher, http://www.mdr.de/geschichte/personen/128938.html	Stand: 05.12.2005
Munzinger Archiv Online	http://www.munzinger.de	Stand: 21.10.2003
Netzzeitung	Parteien-Streit um Isaf-Ausweitung, http://www.netzeitung.de/deutschland/361737.html	Stand 07.10.2005
	FDP mahnt Union zu Fairness gegenüber Türkei, http://www.netzeitung.de/spezial/neuwahl2005/354462.html	Stand: 24.08.2005
	Wahlprogramme im Vergleich: Außenpolitik, http://www.netzeitung.de/spezial/neuwahl2005/352827.html	Stand: 12.08.2005
	Struck wappnet Bundeswehr für Kriegseinsätze, 05. Juni 2005, http://www.netzeitung.de/deutschland/342309.html	Stand: 18.09.2005
Policy Review	Kagan, Robert (2002), Power and Weakness, http://www.policyreview.org/JUN02/kagan.html	Stand: 25.04.2004
Universität Potsdam – Homepage Prof. Dr. Jürgen Dittberner	Transatlantische Irritationen, Juni 2005, http://www.uni-potsdam.de/u/PolWi_Dittb/	Stand: 25.08.2005
	EINMANN-PARTEI, Oktober 2005, http://www.uni-potsdam.de/u/PolWi_Dittb/	Stand: 05.11.2005
	Von Möllemann befreit, Juni 2004, http://www.uni-potsdam.de/u/PolWi_Dittb/	Stand: 25.08.2005
	Kleine Brötchen bei der FDP, Oktober, 2002, http://www.uni-potsdam.de/u/PolWi_Dittb/	Stand: 25.08.2005
	Westerwelle oder die Liberalen, Mai 2002, http://www.uni-potsdam.de/u/PolWi_Dittb/	Stand: 25.08.2005
Virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann- Stiftung	„Politik für die Freiheit. Liberalismus in Deutschland nach 1945“, Projekt der Virtuellen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Archiv des Libera- lismus, http://www.politik-fuer-die-freiheit.de	Stand: 12.12.2005

WDR Online	Möllemann schweigt, Westerwelle bezieht Stellung, vom 30.11.2002, http://www.wdr.de/themen/politik/nrw/moellemann/index_021203.jhtml?rubrikenstyle=politik	Stand: 30.10.2005
	Interview mit Hans-Dietrich Genscher, Sendung vom 3. Oktober 2001, 23.00 Uhr, http://64.233.183.104/search?q=cache:i-B9QxmJ6QJ:www.wdr.de/tv/gauck/index20011003.html+Verantwortungspolitik+statt+Machtpolitik,+die+F%C3%A4higkeit,+sich+auch+in+die+Schuhe+des+anderen+zu+stellen,+&hl=de&gl=de&ct=clnk&cd=1	Stand: 03.01.2005
Wikipedia – Die freie Enzyklopädie	Außenpolitik, http://de.wikipedia.org/wiki/Au%C3%9Fenpolitik Freie Demokratische Partei, http://de.wikipedia.org/wiki/FDP_(Deutschland)	Stand: 30.09.2005
ZDF – Politik & Zeitgeschehen	http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/	Stand: 05.10.2005

Die Erhard-Hübener-Stiftung

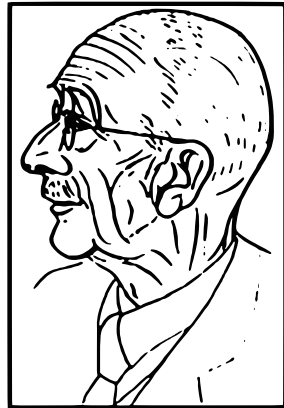
Die Idee des Liberalismus in Sachsen-Anhalt zu fördern war das Ziel eines Kreises liberaler Persönlichkeiten, der sich 1990 zusammenschloss. Als "Gesellschaft zu Verbreitung liberalen Gedankenguts e.V." bereitete er die Gründung einer liberalen Stiftung für das Land Sachsen-Anhalt vor. Die offizielle Gründung erfolgte am 10. Juli 1993.

Bei der Diskussion um die Namensgebung entschied man sich für die Wahl des Namens eines prominenten liberalen Landespolitikers. Somit fiel die Entscheidung für den Namen "Erhard-Hübener-Stiftung". Namenspathe ist der erste Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt von 1946-1949.

Erhard Hübener wurde 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst entfernt und trat 1949 aus Protest gegen politische Entscheidungen der SED von seinem Amt als Ministerpräsident zurück.

Er hat sein Leben lang konsequent liberale Ideen vertreten.

Diesem Ideal folgend will die Stiftung in Sachsen-Anhalt den Liberalismus fördern. Dies erfolgt durch Veranstaltungen und Publikationen. Themen können sowohl aus dem Bereich der Politik und Gesellschaft, wie auch aus Kultur und Wissenschaft stammen. Besonders verpflichtet fühlt sie sich – gemäß dem Vermächtnis von Erhard Hübener – dem Thema "Mitteldeutschland als Zukunftsregion in Europa".



Seit 2001 gibt eine vertragliche Kooperationsvereinbarung mit der Friedrich-Naumann-Stiftung, beide betreiben seitdem ein gemeinsames Regionalbüro in Halle.

Jedes Jahr werden ca. 30-40 Veranstaltungen der liberalen, politischen Erwachsenenbildung durchgeführt, die beide Stiftungen gemeinsam verantworten.

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

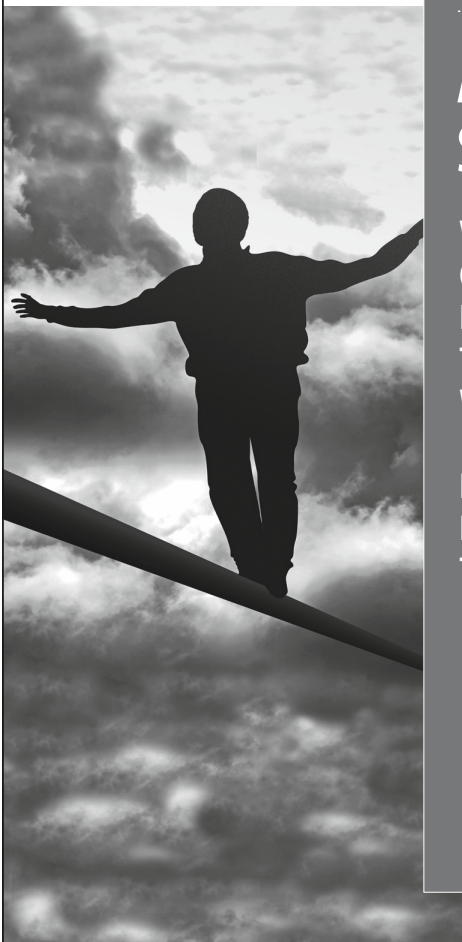
Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 67!

Außenpolitik in Schwarz-Rot

Von Bismarck bis Merkel
Gespräche – Erler, v. Klæden
Berlin – Moskau und Brüssel
Tunnelblick und Burgfrieden
Warschau – Berlin, Moskau

Neues bei Obama?
EU als globaler Akteur
Thailand – Dauerkrise

*Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!*



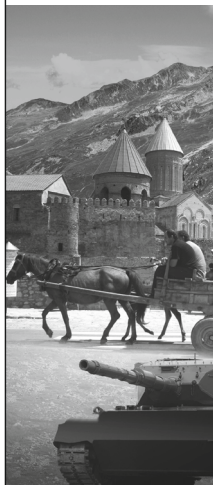
bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 64!



Konfliktherd Kaukasus

Symptome einer Krisenregion
Fünf Tage Krieg
Abspaltung Abchasiens
Interessen des Westens

Staat in der Globalisierung
Entwicklung versus Terror

Obamas Herausforderung
EU-Militär im Tschad

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 65!



Naher Osten – Ferner Frieden

Der Gaza-Krieg im Nahostkonflikt
Wie viele Divisionen?
Hamas nach dem Krieg
Gaza und Völkerrecht

Was treibt den Ölpreis?
Islam und Westen

Syrien: Neuer Partner?
Pakistan: Dauerkrise

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 66!



Energiesicherheit Deutschlands

Globale Energiepolitik
Versorger Russland
Kaspische Ressourcen
Kooperation im Hohen Norden
Atom ist keine Alternative

Somalia – Scheitern als Chance?
Nordkoreas Raketen
Deutsche Wirtschaft in Afrika

Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

bestellung@welttrends.de

4 Hefte für nur 20 €.

Die kleine politische Bibliothek.

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

- | | | | |
|----|-------------------------------------|----|-----------------------------------|
| 68 | NATO in der Sinnkrise | 33 | Entwicklungspolitik |
| 67 | Außenpolitik in Schwarz-Rot | 32 | Balkan – Pulverfaß oder ... ? |
| 66 | Energiesicherheit Deutschlands | 31 | Recht in der Transformation |
| 65 | Naher Osten – Ferner Frieden | 30 | Fundamentalismus |
| 64 | Konfliktherd Kaukasus | 29 | Die autoritäre Herausforderung |
| 63 | Geopolitik Ost | 28 | Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 62 | Zerrissene Türkei | 27 | 10 Jahre Transformation in Polen |
| 61 | Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 26 | (Ab-)Rüstung 2000 |
| 60 | Russische Moderne | 25 | Dezentralisierung und Entwicklung |
| 59 | EU-Außenpolitik nach Lissabon | 24 | Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 58 | Regionalmacht Iran | 23 | Kooperation im Ostseeraum |
| 57 | Ressource Wasser | 22 | Die Ostgrenze der EU |
| 56 | Militärmacht Deutschland? | 21 | Neue deutsche Außenpolitik? |
| 55 | G8 Alternativ | 20 | Demokratie in China? |
| 54 | Identität Europa | 19 | Deutsche und Tschechen |
| 53 | Rotes China Global | 18 | Technokratie |
| 52 | Deutsche Ostpolitik | 17 | Die Stadt als Raum und Akteur |
| 51 | Geheime Dienste | 16 | Naher Osten – Region im Wandel? |
| 50 | Kerniges Europa | 15 | Identitäten in Europa |
| 49 | Militär in Lateinamerika | 14 | Afrika – Jenseits des Staates |
| 48 | Internet Macht Politik | 13 | Deutschland und Polen |
| 47 | Europäische Arbeitspolitik | 12 | Globaler Kulturkampf? |
| 46 | Globale Finanzmärkte | 11 | Europa der Regionen |
| 45 | Von Dynastien und Demokratien | 10 | NATO-Osterweiterung |
| 44 | Modernisierung und Islam | | Sonderheft Russland und die GUS |
| 43 | Großmächtiges Deutschland | 9 | Gewalt und Politik |
| 42 | Europäische Außenpolitik | 8 | Reform der UNO |
| 41 | Transatlantische Perspektiven II | 7 | Integration im Pazifik |
| 40 | Transatlantische Perspektiven | 6 | Zerfall von Imperien |
| 39 | Wohlfahrt und Demokratie | 5 | Migration |
| 38 | Politisierung von Ethnizität | 4 | Geopolitik |
| 37 | Vergelten, vergeben oder vergessen? | 3 | Realer Post-Sozialismus |
| 36 | Gender und IB | 2 | Chaos Europa |
| 35 | Krieg im 21. Jahrhundert | 1 | Neue Weltordnung |
| 34 | EU-Osterweiterung im Endspurt? | | |

Bestellungen

bestellung@welttrends.de oder mit nebenstehendem Bestellformular

Welt Trends

Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 40 € zzgl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 25 € zzgl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 80 € zzgl. Porto.
- WeltTrends* Nr. []
zum Preis von je 8 € (Nr. 1-57 nur 5 €) zzgl. Porto.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Gewünschte Zahlungsweise

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Datum und Unterschrift



Universitätsverlag Potsdam

Der Wissenschaftsverlag für
medienneutrales Publizieren
an der Universität Potsdam

Über **350** lieferbare **gedruckte** Titel
im **Webshop**. Über **2500** Publikationen
online auf dem Publikationsserver
Open Access zum Download.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Tel.: +49 (0)331 977-4623

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die *WeltTrends Papiere!*

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Kapitalismus kontrovers

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papiers interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirirad M.A. (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Welt Trends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.

Unverzichtbar fürs Seminar.

Kostengünstig für das studentische Budget.

Für Studenten und Dozenten!

- | | |
|--|--|
| 1 Nachdenken über Europa | 7 Regime im Nahen und Mittleren Osten |
| 2 Autoritäre Regime | 8 Regieren in Brandenburg |
| 3 Grenzen der EU | 9 Politische Herrschaft im Vergleich |
| 4 Wissenschaftliches Schreiben | 10 Die Karibik-Krise 1962 |
| 5 Herrschaft in Süd- und Mittelamerika | 11 Atomare Rüstung und Abrüstung heute |
| 6 Internationale Beziehungen: Konzepte | 12 Das politische System Irans |
| | 13 Die Genfer Abrüstungskonferenz |

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen *WeltTrends*-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an HD Dr. Raimund Krämer (r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work

PTB 10: Menschen im Wandel

PTB 11: Das Castro-Regime auf Kuba

PTB 12: Die Babelsberger Diplomatenschule

Potsdamer Textbücher **PTB**

Erhard Crome (Hrsg.)

Die Babelsberger Diplomatenschule

Das Institut für
Internationale Beziehungen der DDR

WeltTrends

Bestellungen unter
www.welttrends.de



www.welttrends.de

Die FDP gilt als die „Partei der Außenminister“: In der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik war die FDP 40 Jahre an der Regierung und hatte fast 30 Jahre das Amt des Außenministers inne.

Die Politikwissenschaftlerin Denise Dittrich analysiert in dieser Publikation die außenpolitischen Positionen der FDP im Kontext der neueren deutschen Außenpolitik. Dies ist in die kontroverse Debatte über Kontinuität und Wandel der internationalen Politik Deutschlands seit 1990 eingebettet. Vorgestellt werden die außenpolitisch relevante Strukturen und Personen der Liberalen sowie wichtige Beschlüsse der Partei, die die außenpolitisch Programmatik der FDP als Bestandteil der Regierung (1990 bis 1998) als auch als Opposition (1998 bis 2005) prägten.

Welt  Trends

ISSN 1866-0738
ISBN 978-3-86956-011-3